

Die KommunistInnen 1918 bis 2008

**un
ent
BeWegte**

Walter Baier, Mag. Dr. rer.soc.oec.
(Jahrgang 1954), KPÖ-Vorsitzender 1994 bis 2006.

Ein Essay.

Walter Baier

Inhaltsverzeichnis

Ein stürmischer Auftritt	3
Mühen der Tiefebene	8
Die Kälte des Februar	12
KommunistInnen im Kampf gegen Hitler	24
Das Ende vom Anfang	42
Das „Goldene Zeitalter“ des österreichischen Kapitalismus	52
Fordistischer Vormärz: Die 1970er- und 1980er-Jahre	64
Gibt es ein Leben nach dem Tod? Kommunismus nach 1990	75
Im zehnten Jahrzehnt	87

Vorwort

Diese Broschüre – erschienen zum 90. Jahrestag der KPÖ – erzählt in kompakter Weise die Geschichte des österreichischen Kommunismus. Sie ist dem Andenken an die vielen Tausenden österreichischen Kommunistinnen und Kommunisten gewidmet, die mit ihren Opfern und Leistungen die Zeitgeschichte mitgeschrieben haben. Sie ist damit in erster Linie Statement wider das Vergessen und den Antikommunismus.

Anders als zu früheren Zeiten üblich will der Bundesvorstand der KPÖ kein parteioffizielles, „neues Geschichtsbild“ verordnen. Die Verantwortung für den vorliegenden Text liegt bei seinem Autor. Die Arbeit ist aber aus der Perspektive von Erfahrungen und Erkenntnissen geschrieben, die sich die KPÖ in den vergangenen Jahren gemeinsam angeeignet hat. Daraus ergeben sich die kritischen Wertungen und neuen Gesichtspunkte, die den inhaltlichen Unterschied zu früheren, mehr oder weniger offiziellen Parteigeschichten der KPÖ ausmachen.

Das Bild von der Geschichte unserer Partei, das wir heute vor Augen haben, ergibt sich vor allem aus der Erkenntnis ihrer Widersprüchlichkeit. Nicht nur was positive und negative Aspekte betrifft. Wichtig scheint uns zu verstehen, dass der österreichische Kommunismus zu keiner Zeit den einheitlichen Block darstellte, als den ihn AnhängerInnen wie GegnerInnen porträtieren wollten. Damit öffnet sich eine Reihe neuer Gesichtspunkte.

Erkennbar wird, dass ein innerer Konflikt die gesamte Geschichte der kommunistischen Bewegung, nicht nur in Österreich, durchzieht, nämlich jener zwischen der dogmatisch autoritären Richtung, die der sowjetische Kommunismus unter Stalin in den Zwanzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts einschlug, auf der einen, und einer emanzipatorisch-demokratischen Tendenz auf der anderen Seite. Diesen Konflikt in seinen wesentlichen Etappen nachzuzeichnen hat sich der Autor der vorliegenden Arbeit zum Ziel gesetzt.

Eine Erneuerung des kommunistischen Denkens nach der historischen Niederlage im 20. Jahrhundert, also ein neuer Kommunismus, setzt die Überwindung der dogmatisch-autoritären Tendenz voraus und erfordert ein Anknüpfen

an der demokratisch-emanzipatorischen Tendenz. Der vorliegende Text ist ein grundlegender Beitrag dazu; dafür sei dem Autor herzlich gedankt.

Walter Baiers Essay stellt die Vorarbeit für ein Buch zur selben Thematik dar, das im Frühjahr 2009 in der „Steinbauer Edition“ erscheinen wird. Wir danken dem Verlag ausdrücklich für die Genehmigung zur Veröffentlichung.

Melina Klaus, Bundessprecherin der KPÖ
Mirko Messner, Bundessprecher der KPÖ

Auf kritische Anmerkungen und Anregungen freuen sich HerausgeberIn und Autor.

Ein stürmischer Auftritt

Die Kommunistische Partei Österreichs ist die drittälteste Kommunistische Partei der Welt.

Sie hatte an der Gründung der Kommunistischen Internationale im März 1919 wesentlichen Anteil. Die KPÖ ist zudem die älteste Partei Österreichs, da sie als einzige, die zwölf Jahre ihrer Illegalität und Verfolgung eingeschlossen, ohne Unterbrechung besteht.

Ihre Gründung am 3. November 1918 war Teil eines Dramas, das sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der internationalen Arbeiterbewegung entfaltete. Die sozialdemokratischen Parteien hatten auf Konferenzen 1907 und 1912 mit viel Pathos geschworen, sich dem bevorstehenden Krieg unter allen Umständen zu widersetzen. Als dann aber im Sommer 1914 die Regierungen der imperialistischen Staaten sich gegenseitig den Krieg erklärten, konnten sie das, weil sie – mit Ausnahme von Russland und Bulgarien – von den sozialdemokratischen Parteien politisch unterstützt wurden. Damit kompromittierten diese die pazifistischen Traditionen der ArbeiterInnenbewegung; die Internationale als solche hörte auf zu existieren.

Bereits 1915 kam es auf neutralem, schweizerischem Boden zur politischen Sammlung der sozialdemokratischen KriegsgegnerInnen. Unter ihnen bestanden allerdings schwerwiegende Differenzen hinsichtlich der Konsequenzen, die aus dem Zusammenbruch der Internationale zu ziehen wären. Die von W.I. Lenin angeführte äußerste Linke trat seit der Konferenz von Zimmerwald für einen Bruch und Neubeginn ein. Aus dieser „Zimmerwalder Linken“ sollte nach der Revolution in Russland die Kommunistische Internationale hervorgehen.

Auch in Österreich hatten sich die KriegsgegnerInnen innerhalb der Sozialdemokratie gesammelt. Der Teil unter ihnen, der Massenaktionen der ArbeiterInnenschaft zur Beendigung des Kriegs herbeiführen wollte, nannte sich „Linksradikale“. Zu ihnen gehörten unter anderem Anna Ströhmer und Franz Koritschoner. Letzterer stand auch in Briefkontakt mit Lenin.

Die „Linksradikalen“ waren es, die den entscheidenden Anstoß zum großen Streik im Jänner 1918 gaben, mit dem sich die österreichisch-ungarische Arbeiterklasse gegen den Krieg auflehnte. Nachdem der Streik unter tätiger Mithilfe der sozialdemokratischen Parteiführung von der Regierung beschwichtigt und unterdrückt werden konnte, wurde ein Großteil der „linksradikalen“ LeiterInnen verhaftet und eingesperrt.

Daher waren es auch nicht sie, die im November 1918 die Kommunistische Partei Deutschösterreichs gründeten, sondern zwei kleine, von den anderen oppositionellen Linken isolierte Gruppen um Karl Steinhardt und das Ehepaar Friedländer. Erst mit vierwöchiger Verspätung schlossen sich die „Linksradikalen“ der Partei an. Für ihr Zögern war neben persönlichen Animositäten ausschlaggebend, dass sie mit der Parteigründung zuwarten wollten, um einen Differenzierungsprozess in der Sozialdemokratie auszulösen.

Nicht an der KPÖ-Gründung beteiligt war auch eine andere herausragende Persönlichkeit der revolutionären Bewegung, Leo Rothziegel. Als 17-Jähriger war er in die jüdische Arbeiterpartei „Poale Zion“ eingetreten, näherte sich später den „Linksradikalen“ und spielte im Jännerstreik eine wichtige Rolle.

Nach der Auflösung der österreichisch-ungarischen Armee beteiligte er sich an der Gründung der Roten Garde. Spektakulär trat diese am 12. November 1918 in Erscheinung. Als die rotweißrote Fahne der soeben ausgerufenen Republik Deutschösterreich vor dem Parlament aufgezogen werden sollte, stürmte eine Gruppe Rotgardisten die Rampe, schnitt den weißen Mittelteil heraus und hisste den Rest als Rote Fahne. Gleichzeitig besetzte eine andere Gruppe die Redaktionsräume der Neuen Freien Presse, wo sie die Herausgabe einer Sonderausgabe erzwang, in der die „soziale Republik“ ausgerufen wurde. Obwohl beide Episoden keinen besonderen Einfluss auf die Ereignisse hatten, stellen sie doch interessante Facetten der heißen Tage des November 1918 dar.

Leo Rothziegel war zudem einer der Leiter der „Föderation Revolutionärer Sozialisten (Internationale)“ (FRSI) Auch diese kritisierte die verfrühte Gründung der KPÖ. „Die Föderation will werden“, hieß es in einem Grundsatzartikel, „die Kommunistische Partei wurde gemacht; die erste schafft einen neuen Rahmen und überlässt es dem Willen der Masse, wie sie sich in diesem Rahmen zu betätigen hat, die zweite gründet zuerst eine Parteizentrale und zwingt die Masse, ihre alleinrevolutionären Prinzipien herunterzuwürgen.“

In einer Reihe von Fragen vertrat die Föderation realistischere Position als die soeben gegründete Kommunistische Partei. So sprach sich Rothziegel, der als Gast auf dem 1. Parteitag der KPÖ am 9. Februar 1919 teilnahm, auch gegen „putschistische Tendenzen“ aus.

Leo Rothziegel fiel im April 1919, 27-jährig, bei der Verteidigung der ungarischen Räterepublik, an der er gemeinsam mit 1.200 österreichischen Rotgardisten teilnahm.

Längere Zeit war die FRSI im Vergleich mit der KPÖ als die stärkere Gruppe anzusehen. Ihre Vertrauensleute standen an der Spitze der Roten Garde, und bei den Arbeiterratswahlen im April 1919 erreichte sie 122 Mandate. Beträchtlich war vor allem ihr Einfluss unter den Arbeitslosen. In einem im April beschlos-



Egon Erwin Kisch und
Leo Rothziegel



12. November 1918

senen Aktionsprogramm der von ihr ins Leben gerufenen „Ausschüsse der Wiener Arbeitslosen“ wurde unter anderem gefordert:

- Das Recht aller Arbeitenden auf Arbeit und Selbstbestimmung im Arbeitsprozess
- Voller Lohn auch bei Einschränkung der Arbeitszeit
- Für all jene, die einem Betrieb nicht angegliedert werden können, ein vom Staat auszahlendes Existenzminimum. Die hierfür nötigen Summen sind durch eine sofortige scharfe Vermögensabgabe aufzubringen.

Immerhin gelang es der KPÖ aber, sich zu verbreitern. Um die Jahreswende schlossen sich ihr außer den „Linksradikalen“ eine größere Zahl organisierter Russland-Heimkehrer, die linksradikalen Gruppen aus dem sozialdemokratischen Jugendverband sowie Teile der jüdischen ArbeiterInnenpartei „Poale Zion“ und des antizionistisch jüdischen „Bundes“ an. Im Mai 1919 vereinigte sich schließlich auch die FRSI mit der KPÖ.

Der Hauptmangel der Parteigründung blieb allerdings bestehen, dass es nämlich nicht glückte, größere Teile und namhafte Führungspersönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei einzubeziehen.

Tatsächlich stellte also die KPÖ-Gründung keinen am 3. November 1918 voll-

zogenen, einmaligen Akt dar, sondern einen Prozess, der sich über Monate erstreckte. Das Ergebnis war keine Partei „aus einem Guss“, sondern eine bunt-scheckige Vereinigung sehr unterschiedlicher Gruppen und Persönlichkeiten, deren Übereinstimmung im Willen bestand, eine sozialistische Revolution nach russischem Vorbild durchzuführen.

Die umstrittenste unter diesen Persönlichkeiten ist die 1918 gerade 23-jährige Elfriede Friedländer. Neben ihrer Bedeutung für die Gründung der KPÖ muss ihre Rolle als Initiatorin der KPÖ-Frauenpolitik gewürdigt werden.

Friedländer war auch unkonventionelle Theoretikerin. In ihrer 1920 erschienenen Broschüre „Sexualethik des Kommunismus“ erörtert sie Themen wie Homosexualität, Polygamie und Promiskuität, die in der Arbeiterbewegung auch heute noch mit einem Tabu umgeben sind, und setzt ihren verblüfften GenossInnen auseinander, dass „das Geschlechtsleben in all seinen Formen durchaus Privatangelegenheit jedes Einzelnen“ ist. Die Broschüre hat zwar im Diskurs der Partei keine tiefen Spuren hinterlassen; das Parteiorgan „Rote Fahne“ dürfte andererseits das einzige Blatt Österreichs gewesen sein, das in den 1920er-Jahren die Beratungstermine des revolutionären Sexualtherapeuten Wilhelm Reich publizierte.

Nach ihrer Entfernung aus der Leitung der KPÖ im Sommer 1919 emigrierte Elfriede Friedländer nach Deutschland und wurde als Ruth Fischer eine der umstrittensten FührerInnen der KPD und der Kommunistischen Internationale.

Am 21. März 1919 rief Bela Kun in Budapest die ungarische Räterepublik aus. Die Revolution stand damit buchstäblich vor den Toren Wiens. Mitte April wurde auch in München eine Rätewahl ausgerufen.

Dazwischen lag Österreich, wo die soziale und wirtschaftliche Lage sich über den Winter weiter verschlechtert hatte. Häufige Demonstrationen waren die Folge. Die Mitgliederzahl der KPÖ stieg von 3.000 im Februar auf 40.000 im Juni an.

Mit der Aufnahme in den Arbeiterrat, an dem ursprünglich nur sozialdemokratische ParteigängerInnen teilnehmen konnten, gelang der KPÖ ein beachtlicher Erfolg. Bei der ersten direkten Wahl der Räte erreichte sie rund 8 Prozent. Unter den kommunistischen ArbeiterrätInnen zeichnete sich bald eine Wende zu mehr politischem Realismus ab. Man könne nicht „in einem gewaltigen Sprung von einer historischen Epoche in die andere gelangen“, schätzten sie auf einer Konferenz ein, die wenige Tage nach dem Ende der bayerischen Räterepublik Anfang Mai stattfand. Der Weg „müsse so lange ein friedlicher sein, als die Aussicht besteht, mit friedlichen Mitteln die Grundlagen für die neue Gesellschaft aufzubauen.“

Erklärungen wie diese veranlassten aber die Führung der ungarischen Räterepublik, die sich von einem kommunistischen Umsturz in Wien militärische Entlastung erhoffte, einen Emissär, Ernst Bettelheim, zu schicken, der die Partei von „rechten Tendenzen“ säubern sollte. In Wien angekommen löste dieser, wie er behauptete, im Auftrag der Kommunistischen Internationale die Parteileitung auf und ersetzte sie durch ein vierköpfiges „Direktorium“.

Ziel Bettelheims war es, mittels eines Aufstandes, zumindest in Ostösterreich, die Macht zu ergreifen. Als die Siegermächte des Ersten Weltkriegs die Auflösung der in der Revolution entstandenen Volkswehr anordneten, der auch die Rote Garde angegliedert war, schien dies in greifbarer Nähe. Für 15. Juni wurde zu einer Großdemonstration aufgerufen.

Doch die Regierung erkannte die Gefahr und erreichte die Rücknahme des Auflösungsbefehls. Daher entschied auch die Mehrheit der KPÖ-Führung, lediglich eine friedliche Demonstration durchzuführen.

Trotzdem eröffnete die Polizei am 15. Juni auf 6.000 unbewaffnete DemonstrantInnen das Feuer, als diese durch die Hörlgasse zum Polizeigefängnis marschierten, wo 150 tags zuvor festgenommene kommunistische FunktionärInnen einsaßen. 20 Tote und 70 Schwerverletzte war die Bilanz dieses befohlenen Massakers.

Anfang August brach die ungarische Räteregierung zusammen. Die revolutionäre Woge in Mitteleuropa ebte ab. Der Mitgliederstand der KPÖ schrumpfte wieder auf ein Viertel.

Nach der Ratifizierung des Friedensvertrages von St. Germain und als sich 1920 die Stabilisierung des kapitalistischen Systems in Österreich abzeichnete, entfiel auch die Notwendigkeit, die Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen fortzusetzen. Seit den Wahlen 1920 regierten die Konservativen alleine.

Eine der am meisten bewegten Perioden der österreichischen Zeitgeschichte war zu Ende.

Mühlen der Tiefebene

Das Scheitern der Versuche, eine sozialistische Revolution in Österreich auszulösen, muss zweifellos im Zusammenhang mit dem ungeheuren sozialen Fortschritt gesehen werden, der zwischen 1918 und 1920 unter dem Druck der revolutionären Kräfte erreicht wurde.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurden mit der Ausrufung der demokratischen Republik die Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit verwirklicht. Es wurde das Frauenwahlrecht eingeführt. Die Sozialdemokraten, die zur mandatsstärksten Fraktion in der Nationalversammlung wurden, setzten allein während der drei Monate, in denen die ungarische Räterepublik bestand, neben anderen folgende Gesetze durch:

- das Betriebsrätegesetz,
- das Arbeiterurlaubsgesetz,
- die Sozialisierungsgesetze,
- der Landesverweis der Habsburger.

Dazu kamen in weiterer Folge

- der Achtstundentag,
- das von Adelheid Popp angeregte Heimarbeiterinnengesetz,
- die Einführung der Einigungsämter und die Regelung des Kollektivvertragsrechts,
- die Einrichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte.

Mit dem Ende der Koalitionsregierung ging die Bourgeoisie aber zur Gegenoffensive über. Für die kommunistische Partei kam es nun darauf an, die elitäre und sektiererische Vorstellung zu überwinden, derzufolge die sozialistische Veränderung durch eine militante Minderheit erzwungen werden könnte. Notwendig war im Gegenteil, sich auf eine langfristige Perspektive zur Gewinnung der Mehrheit zu orientieren.

Dabei sollte ausschlaggebend sein, die Fähigkeit zu entwickeln, den Kampf um die Verteidigung der sozialen und demokratischen Errungenschaften zu organisieren, die das Bürgertum als „revolutionären Schutt“ beseitigen wollte.

Die erste prinzipielle Auseinandersetzung in diesem Zusammenhang ergab sich 1920 in Bezug auf die Nationalratswahlen. Der ultraradikale Flügel in der KPÖ setzte zunächst durch, dass die Partei zum Wahlboykott aufrief. Als aber die Kommunistische Internationale sich einschaltete und W.I. Lenin persönlich



Malke Schorr (1985–1961).
Foto nach 1945.

die KPÖ zu einer Beteiligung an der Wahl aufforderte, änderte die Partei ihre Haltung – allerdings weniger aus tatsächlicher Einsicht, sondern hauptsächlich, wie es hieß, aus internationalistischer Disziplin.

Eine genauere Debatte über die Strategie der Partei angesichts der Stabilisierung der politischen Verhältnisse wurde aber vermieden. Diese bildete den Gegenstand einer ein Jahrzehnt andauernden fraktionellen Auseinandersetzung.

Diese immer wieder von neuem aufbrechenden Fraktionskämpfe blockierten und diskreditierten die Partei. Vor allem behinderten sie sie dabei, wirksam in die sozialen Kämpfe einzugreifen, als Kapital und Regierung mit der sogenannten „Genfer Sanierung“ ihren Generalangriff auf die Errungenschaften der Revolution begannen.

Ernüchternd ist auch der feministische Blick auf die Entwicklung der revolutionären Linken dieser Zeit. 1919 waren nicht mehr als 21,2 Prozent der Personen, die sich an der Wahl der Arbeiterräte beteiligten, Frauen. Die Räte, die nach Meinung der KPÖ das Zentrum einer proletarischen Staatsmacht hätten bilden sollen, waren mithin zu fast vier Fünftel von Männern gewählt worden. Ähnlich die Zusammensetzung der KPÖ-WählerInnen. Nur ein Fünftel (!) unter ihnen waren 1920 Frauen. Dass so die Abwehr der konservativen Gegenoffensive keine Aussicht auf Erfolg hatte, erkannte auch die junge KPÖ.

Entsprechend der von Clara Zetkin 1920 ausgearbeiteten „Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung“, die die Kommunistischen Internationale zu ihrem Beschluss erhob, wurde aber eine selbstständige Organisierung der KPÖ-Frauen abgelehnt und stattdessen ein achtköpfiges Reichsfrauenkomitee und eine Zentralstelle für Frauenpropaganda mit der Aufgabe betraut, die KPÖ-Politik unter den Frauen anzuleiten.

Im Jänner 1921 wurde auf Initiative von Anna Ströhmer die erste Reichsfrauenkonferenz der Partei abgehalten. Trotz aller Anstrengungen der Frauen, die Sensibilität der Männer für die von ihnen vertretene Seite der proletarischen Sache zu steigern, blieben die Erfolge zunächst spärlich. Auf dem 4. Parteitag der KPÖ etwa, der 1921 unmittelbar nach der Frauenkonferenz abgehalten wurde, fand sich unter 118 Delegierten nur eine einzige Frau. Noch 1926 wurden unter 5.500 Mitgliedern nicht mehr als 700 Frauen gezählt.

Von 1921 an wurden jedoch jährliche Frauenkonferenzen abgehalten. 1924 gelang es den Frauen, eine eigene Zeitschrift, „Die Arbeiterin“, herauszugeben, die bis 1932 erschien. Aus der Fülle der dort entwickelten Forderungen kristallisierten sich drei heraus, die während der Ersten Republik das Zentrum der kommunistischen Frauenpolitik bildeten:

- Der gleiche Lohn für gleichwertige Arbeit,
- Die Aufhebung der Paragraphen 144 bis 148 des Strafgesetzbuches (Abtreibungsverbot)
- Der 8-Stunden-Tag

Die „Rote Hilfe“, das eindrucksvollste Beispiel einer nichtsektiererischen erfolgreichen Bündnispolitik, wurde, zur Zeit der heftigsten fraktionellen Auseinandersetzungen, von einer Frau, Malke Schorr, geleitet. Auch sie hatte ihren Weg zur KPÖ über die jüdische Organisation „Poale Zion“ gefunden. Ziel der „Roten Hilfe“, die bis 1933 legal und danach im Untergrund bestand, war die Unterstützung von politischen Flüchtlingen, vor allem aus dem Balkan und aus dem faschistischen Italien, die in Österreich Asyl gefunden hatten. Trotz zwischenzeitlichem Verbot und behördlichen Schikanen entwickelte sich die „Rote Hilfe“ zur einflussreichsten Massenorganisation im Nahebereich der KPÖ.

Die generell geringe Anziehungskraft der KPÖ für Frauen hing aber auch mit dem allgemeinen Zustand der Partei zusammen.

1924 war es auf dem 7. Parteitag der KPÖ sogar zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionisten gekommen. Das veranlasste die Kommunistische Internationale zum Eingreifen. Sie beorderte den steirischen Landessekretär der KPÖ, Johann Kopenig, nach Wien, dem in den folgenden Jahren die politische und organisatorische Konsolidierung der KPÖ gelang.

Weniger hilfreich waren inhaltliche Orientierungen, die die KPÖ aus Moskau erreichten, und die sie aufgrund der „Bolschewisierung“, die die ideologische Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung zum Ziel hatte, umsetzen musste.

Im September 1924 griff Stalin die vom Vorsitzenden der Komintern, Grigori Sinowjew, aufgestellte „Sozialfaschismus“-These auf, derzufolge die Sozialdemokratie nichts weiter als der „gemäßigte Flügel des Faschismus“ sei.

Von dieser Position aus war begreiflicherweise keine Politik der Einheitsfront zu entwickeln. Das galt ganz besonders für Österreich, wo die kleine kommunistische Partei es mit der übermächtigen SDAP zu tun hatte, die sich am linken Flügel der internationalen Sozialdemokratie verortete.

Ein Vorzug der um Johann Kopenig formierten Parteiführung bestand darin, dass sie es zunehmend besser verstand, selbstständige politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Als sich Mitte der 1920er-Jahre die sozialen Kämpfe zuspitzten, reagierte die KPÖ mit einem wirtschaftspolitischen 12-Punkte-Programm. Als es ab 1927 zu einer alarmierenden Verstärkung der faschistischen Provokationen kam, bot die KPÖ in einem „Offenen Brief“ an, für die Sozialdemokraten zu stimmen, sofern diese sich verpflichteten, die Entwaffnung der faschistischen Verbände durchzuführen und die bedrohten sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Die SPÖ lehnte dieses Angebot jedoch ab, sodass die kommunistische Partei selbstständig kandidierte.

KPÖ-Stimmenergebnisse (1919 bis 1931)

1919	1920	1923	1927	1931
–	26.651	22.184	16.181	20.876

Die Kälte des Februar

Der 15. Juli 1927 sollte die Berechtigung der kommunistischen Warnungen beweisen. Im Jänner hatten Angehörige des Frontkämpfer-Verbandes im burgenländischen Ort Schattendorf einen Kriegsinvaliden und ein Kind erschossen. Am 14. Juli wurden die Mörder von einem Schwurgericht freigesprochen. Tags darauf demonstrierten 200.000 Wiener ArbeiterInnen vor dem Parlament. Die Polizei drängte die erregte Menge zum Justizpalast ab, von wo aus aber auf sie geschossen wurde. DemonstrantInnen drangen daraufhin in das Gebäude ein und legten Feuer.

Nun begannen Hunderte bereitgestellte, mit Militärkarabinern bewaffnete Polizisten in die Menge zu schießen und verfolgten Flüchtende bis in Vorstädte. In den Abendstunden waren 85 Todesopfer aufseiten der DemonstrantInnen und vier aufseiten der Polizei zu verzeichnen.

In ganz Österreich kam es am nächsten Tag zu Proteststreiks. Straßenbahnen und Eisenbahnen standen still. Statt aber die Proteste auszuweiten, bemühte sich die SDAP-Führung, sie so rasch wie möglich zu beenden und die Auseinandersetzung von der Straße ins Parlament zu verlagern. Dort erreichte sie allerdings nicht das geringste Zugeständnis der Regierung. Ein weiteres Mal demobilisierte sie die zum Kampf bereiten ArbeiterInnen.

Die reaktionären Kräfte hatten aber aus dem 15. Juli 1927 gelernt, wie weit sie inzwischen gehen konnten, ohne eine energische Gegenwehr der Sozialdemokratie zu riskieren.

Die konservative Rechte steuerte daher immer entschlossener auf die Diktatur zu. Dabei bediente sie sich allerdings einer „Salami-Taktik“. Sie setzte demokratische Rechte und soziale Errungenschaften schrittweise und systematisch außer Kraft. Die Führung der Sozialdemokratie meinte, der strategischen Konfrontation durch taktische Rückzüge ausweichen zu können. Doch die Reaktion war zum Entscheidungskampf entschlossen.

Als die Weltwirtschaftskrise 1929 Österreich aufgrund der Exportabhängigkeit seiner Wirtschaft besonders heftig erfasste und die Arbeitslosenzahl in die Höhe schnellte, kam es auch zu einem starken Anwachsen der NSDAP.

Unter diesem Druck wich die SPÖ immer weiter zurück. So hilflos sie gegenüber der Rechten agierte, so arrogant verhielt sie sich gegenüber der immer noch kleinen KPÖ. Trotzdem konnte sich diese ab 1930 immer deutlicher von der unseligen Sozialfaschismus-These lösen. Außerdem gelang es nun auch, die



inneren Kämpfe zu beenden, was ermöglichte, eine massenwirksame politische Strategie zu entwickeln. Das drückte sich sowohl in regionalen Wahlerfolgen als auch in einem neuerlichen organisatorischen Wachstum der Partei aus.

Nach der Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland trat der innenpolitische Kampf auch in Österreich in seine entscheidende letzte Phase ein. Im März 1933 schaltete die Regierung mit einem Geschäftsordnungstrick das Parlament aus und regierte auf dem Verordnungsweg. Sie verhängte eine Pressezensur und ein Versammlungsverbot. Ende März erfolgte die behördliche Auflösung des Republikanischen Schutzbundes. Jeder einzelne dieser Schritte in die Diktatur hätte von der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften mit der Ausrufung des Generalstreiks beantwortet werden müssen. Die ArbeiterInnenschaft hatte auch wiederholt ihre Kampfbereitschaft unter Beweis gestellt. Doch immer wieder wich die Führung der politischen Konfrontation aus.

Auch als 1933 die traditionellen Mai-Aufmärsche verboten wurden, gab sich die SDAP-Führung mit einem symbolischen Widerstand zufrieden. Die von der KPÖ immer wieder geforderte Herstellung einer kämpferischen Einheitsfront wies sie hochmütig zurück.

Als schlussendlich am 26. Mai 1933 die KPÖ verboten wurde, erklärte die so-



Schlingenhof Wien, Februar 1934

zialdemokratische Partei zwar ihre Solidarität, ergriff aber keinerlei praktische Maßnahmen.

Die Weichen waren in Richtung Katastrophe gestellt.

So starb eine Partei

Zu Beginn 1934 verschärfte die Regierung neuerlich die Repression und nahm nun direkten Kurs auf die Ausschaltung der Sozialdemokratischen Partei. Am 1. Jänner wurden die Kammern für Arbeiter und Angestellte „gleichgeschaltet“. In den konservativ dominierten Bundesländern übernahmen faschistische „Landesausschüsse“ die Kontrolle über die Landesverwaltungen. Täglich wurden in den Arbeiterheimen Razzien durchgeführt, Waffendepots des Schutzbundes ausgehoben und Schutzbundführer verhaftet.

Anstatt aber in diesen letzten Augenblicken vor der Katastrophe zum Widerstand aufzurufen, wichen die Führer der Sozialdemokratischen Partei noch weiter zurück. Karl Renner etwa signalisierte die Bereitschaft, dem Kanzler eine Generalvollmacht zur Fortsetzung des Notverordnungsregimes zu erteilen. Partei und Schutzbund zeigten indes Auflösungserscheinungen. In manchen Organisationen nahm der Mitgliederschwund lawinenartige Ausmaße an.

Unablässig warnte die KPÖ vor der vordringenden Reaktion. Am 7. Februar legte sie der Führung der Freien Gewerkschaften einen „Aufruf zum Generalstreik“ vor. Als diese sich als nicht mehr handlungsfähig erwies, entschied die Partei, den Aufruf am 10. Februar selbst und im eigenen Namen in den Betrieben zu verbreiten. Doch die Möglichkeiten der KPÖ waren begrenzt.

Am 12. Februar setzten Linzer Schutzbündler dem Eindringen der Polizei in die sozialdemokratische Parteizentrale bewaffneten Widerstand entgegen, wie es der oberösterreichische LandesparteiSekretär und Schutzbundführer, Richard Bernaschek, in einem Brief an Otto Bauer angekündigt hatte. Dies war das Signal zu einem viertägigen erbitterten Kampf, dessen Brennpunkte in den Arbeiterbezirken Wiens, der Obersteiermark, dem Kohlrevier im Hausruckviertel, in Oberösterreich in Linz und in Steyr sowie in einzelnen niederösterreichischen Industriezentren lagen.

Der Widerstand klassenbewusster Teile der österreichischen ArbeiterInnenenschaft zeichnete sich trotz der Demoralisierung aufgrund der jahrelangen von oben angeordneten Rückzüge durch ein erstaunliches Maß an Umfang und Entschlossenheit aus. Dadurch wurde – nach der Niederlage der deutschen Linken – in Österreich ein Fanal des Widerstands gesetzt, das ganz Europa aufrüttelte.

Militärisch war die ArbeiterInnenbewegung der vereinigten Gewalt von Bundesheer, Polizei und Gendarmerie unterlegen. Dazu kam aber, dass ein Teil der Schutzbundführer bereits vor den Kämpfen verhaftet worden war und ein anderer sich nicht an den vereinbarten Treffpunkten einfand. Es konnte daher nur ein Teil der kampfbereiten ArbeiterInnen bewaffnet werden und nur ein Teil des Schutzbundes in die Kämpfe eingreifen.

Der Hauptgrund für die Niederlage der ArbeiterInnenbewegung lag allerdings im Ausbleiben des geplanten Generalstreiks. Das hatte militärische Folgen, denn das Bundesheer konnte während der gesamten Kämpfe seine Kräfte mittels der Eisenbahn rasch bewegen. Politisch bedeutete aber, dass der Generalstreik nicht zustande kam, dass die Kämpfenden, die sich in ihren Positionen verschanzten, isoliert blieben.

Alles erlebte man in diesen Februar-Tagen, Unentschlossenheit, Inkompetenz und feigen Verrat in der Führung, aber auch glänzende Beispiele der Solidarität und eines proletarischen HeldInnentums, wie es in außerordentlichen geschichtlichen Umständen auftritt. Als am 15. Februar die Waffen schwiegen, gab es auf beiden Seiten Hunderte Tote. Allein auf fünf Wiener Gemeindebauten und das Ottakringer Arbeiterheim, in denen die ArbeiterInnen bis zuletzt Widerstand leisteten, wurden 613 Granaten abgefeuert. Neun Todesurteile wurden vollstreckt, unter anderem an Koloman Wallisch, der den Widerstand in Bruck

an der Mur geleitet hatte, am Floridsdorfer Feuerwehrhauptmann Ingenieur Georg Weissel und dem Hietzinger Schutzbündler Karl Münichreiter, den man schwer verletzt auf einer Tragbahre zum Galgen schleppte.

Sie konnten zusammen nicht kommen ...

Die KPÖ hatte in die Februarkämpfe nur begrenzt eingreifen können. Diese waren in erster Linie von sozialdemokratischen ArbeiterInnen und Schutzbündlern geführt worden. Dass sie die Waffen in die Hand nahmen, war weder von ihrer Parteiführung ausgelöst noch angeleitet worden. Ein wesentliches politisches Charakteristikum der Kämpfe bestand daher darin, dass sie eine späte und verzweifelte Rebellion der klassenbewussten und linken Teile der Sozialdemokratischen Partei gegen die auf der ganzen Linie gescheiterte Politik der Führung darstellten.

Die Warnungen und Aufrufe der KPÖ hatten sich bestätigt, und Tausende SozialdemokratInnen, unter ihnen bekannte GewerkschafterInnen, KommunalpolitikerInnen, OrganisatorInnen der Partei und Intellektuelle, traten in die illegale KPÖ über, deren Mitgliederstand von 4.000 auf 16.000 anwuchs.

Umgekehrt waren die Sozialdemokratische Partei und die mit ihr verbundenen 1.500 Vorfeldorganisationen nicht nur in die Illegalität gedrängt worden; die Partei hörte als solche auf zu existieren. Die in die Tschechoslowakei geflüchtete Führung um Otto Bauer verzichtete darauf, sich zur Parteileitung zu erklären, sondern gründete das „Auslandsbüro der Österreichischen Sozialdemokratie“ (ALÖS), dessen Hauptaktivität darin bestand, die „Arbeiter-Zeitung“ herauszugeben und illegal nach Österreich zu schaffen.

Im Land selbst waren die Reste der Partei zunächst zersplittert. Eine der einflussreichsten Gruppen, die „Fischer-Linke“, die unter dem Namen „Rote Front“ auftrat, schloss sich der KPÖ an. Die meisten anderen wurden von der Gruppe „Revolutionären Sozialisten“ (RS) zu einer illegalen Partei vereinigt.

Sowohl die RS als auch die KPÖ gingen zunächst von einer nur kurzen Lebensdauer des Regimes, einer „kurzen Perspektive“, aus. Beide bekannten sich zur „Diktatur des Proletariats“, die sie als in der Sowjetunion verwirklicht ansahen, und beide sprachen sich für eine ehestbaldige Einheit der Arbeiterbewegung in einer einzigen revolutionären Massenpartei aus. Für die KPÖ schien logisch, dass diese ihrem Charakter nach eine kommunistische Partei sein müsse, die sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen hätte. Letzteres erwies sich allerdings für die RS-Führung, die sich erfolgreich um ihre Anerkennung durch die Sozialistische Arbeiter Internationale (SAI) bemühte, als unannehmbar.

Schon nach einigen Monaten war die Neuverteilung der Kräfte innerhalb der österreichischen ArbeiterInnenbewegung zu einem vorläufigen Abschluss gelangt. Die sich in der Illegalität formierende sozialdemokratische Bewegung war deutlich nach links gerückt. Sie war erstmals in ihrer Geschichte mit einer gleich starken, wenn nicht stärkeren KPÖ konfrontiert, die zudem über einen Erfahrungsvorsprung im illegalen Kampf verfügte.

Umgekehrt musste die KPÖ wahrnehmen, dass sich nach der Katastrophe des Februar 1934 ein neuer organisatorischer Kern der Sozialdemokratie, die Revolutionären Sozialisten, konsolidierte.

Und gemeinsam mussten KPÖ und RS erkennen, dass sie zusammen nur eine Minderheit der ehemals von der Sozialdemokratie organisierten und repräsentierten ArbeiterInnenschaft ausmachten. Diese aber in den Kampf gegen die Diktatur einzubeziehen, bildete das tatsächliche Kriterium einer erfolgreichen Neuformierung der ArbeiterInnenbewegung.

Folgerichtig einigten sich KPÖ und RS im Juli 1934 auf ein Abkommen über eine „Aktionsgemeinschaft“, das neben der politischen Festlegung auf gemeinsame Aktionen auch einen Mechanismus zur Koordinierung schuf. Obwohl in dem Abkommen die Bildung der Einheitspartei als Ziel proklamiert wurde, bestand seine politische Bedeutung doch im Gegenteil, nämlich in der Anerkennung der Realität zweier gleichzeitig bestehender linker Parteien. Das wichtigste praktische Ergebnis des Abkommens war die Durchführung einer Reihe erfolgreicher gemeinsamer Aktionen, so einer „Kampfwoche gegen den Faschismus“ aus Anlass des ersten Jahrestags der Februarereignisse, was die KPÖ veranlasste, sich für eine „Einheitsfront in Permanenz“ einzusetzen.

Im Februar 1935 kam es jedoch zu einer Kurskorrektur bei den RS. Nach der Verhaftung des bisherigen Obmanns Karl Hans Sailer trat der Kärntner Joseph Buttinger an ihre Spitze, der, wie er nach dem Krieg freimütig bekannte, es als sein Ziel betrachtete, den Einfluss der KP zurückzudrängen und die Beziehungen zu ihr einzuschränken.

Trotzdem unterbreitete das ZK der RS im September 1935 einen formellen „Bündnisantrag der Revolutionären Sozialisten an die Kommunistische Partei Österreichs“, der nach komplizierten Debatten im März 1936 auch tatsächlich zu einem von Johann Koplenig und Joseph Buttinger in Prag unterzeichneten Abkommen führte.

Zur selben Zeit erreichte auch die praktische Aktionseinheit der beiden Parteien einen Höhepunkt. Anlass war der große Hochverratsprozess im März 1936, in dem 25 Revolutionäre Sozialisten, unter ihnen Karl Hans Sailer und der junge Bruno Kreisky sowie die beiden kommunistischen Spitzenpolitiker Franz Honner und Friedl Fürnberg, gemeinsam auf der Anklagebank saßen. Mit gro-

ßem Mut nützten sie den Prozess zu einer politischen Abrechnung mit der Diktatur. Gleichzeitig führten die Parteien gemeinsame öffentliche Aktionen durch. Unter diesem Druck und aufgrund einer internationalen Solidaritätskampagne endete der Prozess mit weit mildereren Urteilen als vom Regime ursprünglich beabsichtigt und angekündigt worden war.

Trotz dieses Erfolges begannen aber die Einheitsbemühungen ab nun auf der Stelle zu treten und die Parteiführungen sich immer häufiger in kleinliche Polemiken zu verstricken.

Überschaut man die Debatten der beiden Parteien in Hinblick auf ihre inhaltliche Substanz, so stößt man auf einen charakteristischen Widerspruch. Einerseits entwickelten sie sich, so weit sie strategische Konzepte für den Kampf gegen die Diktatur und die drohende Annexion durch Hitler-Deutschland betrafen, fast ausschließlich auf der Basis von Vorschlägen, die von der KPÖ unterbreitet wurden.

Während für die RS vor allem der Aufbau der eigenen Partei im Vordergrund stand, legte die KPÖ zumindest im selben Ausmaß Wert auf den Aufbau überparteilicher Massenorganisationen. Daher unterstützte sie – nach einer kurzen Episode, in der die Schaffung einer revolutionären Richtungsgewerkschaft erwogen wurde – den illegalen Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften. Die Richtigkeit der von der KPÖ eingenommen Haltung erwies sich, indem es 1935 gelang, die „Provisorische Bundesleitung der Freien Gewerkschaften“ zu gründen, und die Gewerkschaftseinheit unter den Bedingungen der Illegalität herzustellen.

Während die RS dafür eintrat, die vom Regime eingerichteten „Einheitsgewerkschaften“ (EG) zu boykottieren oder zu „zersetzen“, wollte die KPÖ sie als legale Basis nützen, um die „Mitglieder dieser Organisationen gegen die Unternehmer und gegen die faschistischen Kommissäre zu vertreten und die Arbeiter für ihre Forderungen zu mobilisieren.“ Auch hier erwies sich die Richtigkeit der kommunistischen Position. 1936, bei der erstmaligen Wahl betrieblicher Vertrauensleute, gingen zwei Drittel der Mandate an KandidatInnen, die den illegalen Freien Gewerkschaften nahe standen.

Angesichts des ab 1936 zunehmenden Drucks des Deutschen Reichs rief die KPÖ dazu auf, eine Allianz zur Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit zu schließen, die über die ArbeiterInnenbewegung hinaus katholische Kreise, die Bauernschaft und die städtischen Mittelschichten einschließen sollte. Die RS lehnte dies ab. Für sie blieb der Kampf gegen den Faschismus identisch mit der Entfaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung „wodurch die Führung des

Proletariats noch klarer in Erscheinung“ trete. Auch hier erwies sich die Richtigkeit der von der KPÖ vorgeschlagenen Strategie sehr bald.

Die andere Seite des erwähnten Widerspruchs ergibt sich daraus, daß die KP im Unterschied zur RS eine im Stalin'schen Sinn „bolschewisierte“ Partei war. Während sich unter den Revolutionären Sozialisten auch in der Illegalität unterschiedliche Strömungen ausdrücken konnten und es daher ein ständiges Ringen um die politische Linie gab, auch in Bezug auf das Verhältnis zur KPÖ, gestatteten sich die KommunistInnen keinerlei Abweichungen.

Bestanden die RS auf Autonomie gegenüber ihrer Internationalen, so hatte sich die KPÖ den Beschlüssen der Komintern vollkommen unterzuordnen. Das machte sich 1936 negativ bemerkbar, als der erste der drei Moskauer Schauprozesse gegen ehemalige Gefährten Lenins geführt wurde.

Während die Revolutionären Sozialisten die Prozesse, trotz weiterhin ausgedrückter Solidarität mit der Sowjetunion, öffentlich verurteilten, entsprach es der KPÖ-Linie, sie bedingungslos zu verteidigen, ja mehr noch, jede Kritik an ihnen und selbst vorsichtig vorgetragene Zweifel, als „gegenrevolutionär“, „trozkistisch“ und „faschistisch“ zu denunzieren. Dass dies aber ihre Einheitsfront- und Bündnispolitik kompromittieren musste, lag auf der Hand.

Umso mehr, als Österreich durch die in die Sowjetunion emigrierten Schutzbündler noch auf andere, tragische Weise vom Stalinismus betroffen war.

Stalinistische Sonnenfinsternis

Eine der rhetorischen Strategien, mit denen jahrzehntelang die Kritik des Stalinismus in kommunistischen Parteien abgewehrt wurde, besteht darin, die wissenschaftliche Berechtigung des Begriffes zu bestreiten. Tatsächlich aber haben sich seit Leo Trotzki zahlreiche linke AutorInnen mit dem Stalinismus theoretisch auseinandergesetzt, unter ihnen Otto Bauer, Max Adler, Hannah Arendt, Isaac Deutscher, Werner Hoffmann, Dimitri Wolkogonow und Roy Medwedew. Wer sucht, wird also fündig.

Hoffmann, ein Theoretiker der Frankfurter Schule, definiert Stalinismus als jenen Exzess der in der Sowjetunion ausgeübten Macht, der über die Funktionen einer Erziehungsdiktatur hinausging. Die Schwäche dieser Definition, die in der Neuen Linken weithin akzeptiert war, ergibt sich daraus, dass zum Zeitpunkt ihres Entstehens die wahren Ausmaße des „Exzesses“ nicht ermessen wurden.

Wovon ist also die Rede, wenn man vom Stalinismus spricht?

Opferbilanz für die Jahre 1937 bis 1938

Gesamtzahl	Verhaftungen	Erschossene
Medwedew	5–7 Millionen	500.000–600.000
Schatunowskaja	19,8 Mio. (1935–1941)	7 Mio. (1935–1941)
Wolkogonow	3,5–4,5 Mio.	800.000–900.000
Conquest	7–8 Mio.	1 Mio.
Amtliche Angaben (GARF)	2,5 Mio.	681.692

Verschiedene Quellen, zit. nach: Barry McLoughlin, Hans Schafranek, Walter Szevera: Aufbruch – Hoffnung – Endstation. Wien 1997, S.345

Die vom Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) genannte Zahl umfasst nur jene Opfer, deren Erschießung nach „gerichtsähnlichen“ Verfahren angeordnet wurde. Selbst aus ihr geht allerdings hervor, dass in den Jahren des Terrors täglich tausend Menschen erschossen wurden. Insoweit diese mehrheitlich KommunistInnen waren, wurde in der von Walter Baier und Franz Muhri 2001 herausgegeben Dokumentation über die Rehabilitierung österreichischer Stalinismus-Opfer („Stalin und wir“) festgestellt, dass die umfangreichste KommunistInnenverfolgung des 20. Jahrhunderts unter der Losung des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ stattgefunden habe, und dass Stalinismus daher, was immer er sonst noch wäre, ein praktischer und theoretischer Antikommunismus ist.

Doch damit ist das Problem noch nicht bewältigt. Von allem Anfang an basierte die Erfüllung der Stalin'schen Fünfjahrespläne zu einem beträchtlichen Teil auf Zwangsarbeit. 1934, also noch vor dem „Großen Terror“, betrug die Zahl der ZwangsarbeiterInnen in den Lagern 5.000.000 Menschen. Bis 1940 war sie auf das Doppelte angestiegen. Nur 15 Prozent der Langzeithaftierten überlebten den Gulag.

Berücksichtigt man weiters die Opfer der Zwangskollektivierung und der Umsiedlungen, ergibt sich, dass der Stalinismus eines der politischen Großverbrechen darstellt, mit denen das 20. Jahrhundert sich in die Menschheitsgeschichte einschreibt.

Unter den österreichischen Opfern des Stalinismus gehörten die meisten zu den 750 SchutzbündlerInnen, die 1934 in die Sowjetunion emigriert waren. Nachdem 60 Prozent von ihnen der KPÖ beitraten, bildeten sie zwei Drittel ihrer dortigen Mitgliedschaft.

Deren anderes Drittel bestand größtenteils aus KommunistInnen, die im Einverständnis mit der Parteileitung bereits in den 1920er- und 1930er-Jahren in die Sowjetunion übersiedelt waren, darunter die politischen Kader, jedoch auch



Franz Koritschoner, von der UdSSR ausgeliefert und in Auschwitz ermordet.

SpezialistInnen und FacharbeiterInnen wie der 1938 als „Spion“ erschossene Naturwissenschaftler Franz Quittner und der steirische Facharbeiter Friedrich Aust, der 1931 mit Frau und Tochter in die Sowjetunion kam und 1937 hingerichtet wurde.

Die Zahl der Opfer, die der Stalinismus in den Reihen der österreichischen KommunistInnen forderte, lässt sich heute nur schätzen.

Nachdem 200 bis 220 SchutzbündlerInnen bis 1941 freiwillig nach Österreich zurückgekehrt und sich 160 zu den Interbrigaden nach Spanien gemeldet hatten, verblieben rund 400 in der Sowjetunion. 220 gerieten in das Räderwerk des stalinistischen Terrors. Von ihnen wurden 46 an die Gestapo ausgeliefert und 30 erschossen.

Die genaue Anzahl der in den Gefängnissen und im Gulag Umgekommenen ist weiterhin unbekannt, doch ist davon auszugehen, dass auch unter den ÖsterreicherInnen nicht mehr als 10 bis 15 Prozent die extremen Haftbedingungen überlebten. Daraus ergäbe sich, dass aus dem Kreis der SchutzbundemigrantInnen zwischen 150 und 200 ums Leben gekommen sind.

Davon ausgehend muss man die Gesamtzahl der Todesopfer aus den Reihen der KPÖ mit zwischen 250 und 300 annehmen, was mehr als einem Drittel ihrer Mitte der 1930er-Jahre in der Sowjetunion lebenden Mitglieder entspricht.

Unter den KommunistInnen, die in den Strudel der stalinistischen Säuberungen gerieten, befinden sich 16 Funktionäre, die während der Ersten Republik dem Parteivorstand (ab 1927: Zentralkomitee) angehört hatten. Der prominenteste unter ihnen ist Franz Koritschoner, Gründer der „Linksradikalen“ und einer der Führer des großen Streiks im Jänner 1918. Bis 1928 hatte er dem Parteivorstand der KPÖ angehört und war 1929 in die Sowjetunion übersiedelt. 1937 wurde er vom NKWD verhaftet und 1940 auf Entscheidung des Obersten Gerichts der UdSSR an Nazi-Deutschland ausgeliefert. Am 7. Juni 1941 wurde Franz Koritschoner im KZ Auschwitz ermordet.

Endspiel

Ab dem Juli 1936 stand die Abwehr der Einverleibung Österreichs durch Nazi-Deutschland im Vordergrund aller politischen Erwägungen der Kommunistischen Partei.

In der Entwicklung ihrer Strategie konnte sie von der Neuorientierung der Kommunistischen Internationale ausgehen, die 1935 unter Georgi Dimitrow auf ihrem VII. Weltkongress – wenn auch zu spät – jenes Sektierertum überwunden hatte, das für den Aufstieg des Faschismus und die Niederlage der Linken in Deutschland mitverantwortlich war. Den „Faschismus an der Macht“ definierte die Komintern nun hinsichtlich jener Besonderheit, die ihn von allen anderen Formen kapitalistischer Herrschaft unterschied, als eine „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“.

Mochte diese Definition auch einseitig sein, so zielte sie doch auf eine Mobilisierung aller Schichten der Bevölkerungen in einer antifaschistischen, demokratischen Volksfront. In einer zweijährigen Debatte, die 1937 mit einem Parteitag abgeschlossenen wurde, leitete die KPÖ daraus ab, dass diese breite Mobilisierung gegen die Nazis in Österreich erforderte, den Kampf um die nationale Unabhängigkeit ins Zentrum zu rücken.

Nach dem Gespräch Schuschniggs mit Hitler am 12. Februar 1938, in dem dessen Aggressionsabsicht mit aller Brutalität deutlich geworden war, deklarierte die ArbeiterInnenschaft ihre Abwehrbereitschaft immer mutiger und öffentlicher. Bereits zuvor hatten am 14. Jänner in einigen Wiener Großbetrieben Proteststreiks stattgefunden, und am 24. Februar hatten Zehntausende für die Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit vor dem Parlament demonstriert.

Am 3. März kam es zu einer historischen Besprechung zwischen einer Delegation der 1936 gewählten Betriebsvertrauensleute, der auch der Kommunist Theodor Heinisch angehörte, und Schuschnigg. Obwohl die Regierung auch in



Demonstration, März 1938

dieser äußersten Not nicht zur Wiederherstellung der Versammlungs- und Organisationsbereitschaft bereit war, versammelten sich in der Folge 300 Betriebsvertrauensleute auf einer Konferenz und riefen die ArbeiterInnen auf, mit allen Kräften Widerstand gegen die bevorstehende Aggression zu leisten.

Die Bewaffnung der ArbeiterInnen, die Hermann Köhler namens der KPÖ vom Leiter der Staatspolizei verlangte, wurde aber ebenso verweigert wie die Genehmigung zu einer legalen Großdemonstration.

In der Nacht vom 11. auf den 12. März überschritten die Truppen Nazi-Deutschlands die Grenzen Österreichs, um der von Schuschnigg für 13. März anberaumten Volksabstimmung zuvorzukommen. Das Regime, das einige Jahre zuvor keine Skrupel gezeigt hatte, mit schweren Geschützen gegen Arbeiterhäuser vorzugehen, befahl nun angesichts der Vernichtung der staatlichen Unabhängigkeit dem Heer, in den Kasernen zu bleiben. Nicht weniger schmachlich, als es an die Macht gelangt war, dankte es ab.

KommunistInnen im Kampf gegen Hitler

Die Partei lebt – im Land, im Lager, im Exil

Die Polizei- und Gerichtsmaterialien des Dritten Reichs spiegeln deutlich wider, dass der kommunistische Widerstand gegen das NS-Regime der mit Abstand stärkste aller politischen Gruppen war. Der ehemalige wissenschaftliche Leiter der Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands, Wolfgang Neugebauer, führt an, dass von der Gesamtzahl der verurteilten 5.348 WiderstandskämpferInnen 60 Prozent dem kommunistischen Widerstand zuzuordnen sind; zieht man nur den politisch organisierten Widerstand in Betracht, so erhöht sich dieser Anteil auf 75 Prozent. Die im DÖW gesammelten illegalen Druckwerke dieser Zeit sind an die 90 Prozent kommunistischer Provenienz.¹

In der Nacht vom 11. auf den 12. März, noch während die Truppen des Deutschen Reichs die österreichischen Grenzen überschritten, reagierte als einzige politische Partei Österreichs die Kommunistische Partei. Eine in Prag veröffentlichte Erklärung des Zentralkomitees wurde ins Land geschmuggelt und zu Tausenden verbreitet.

„Volk von Österreich! Wehre Dich, leiste Widerstand den fremden Eindringlingen und ihren Agenten. Schließt Euch zusammen, Katholiken und Sozialisten, Arbeiter und Bauern! Schließt Euch zusammen, nun erst recht, zur Front aller Österreicher (...)

Arbeiter, bleibt fest! Seid einig und bleibt treu den stolzen Traditionen der österreichischen Arbeiterklasse. Lasst Euch nicht beugen, trotz dem Terror! Macht die Betriebe zu Zentren des Widerstands! Lasst Euch den Gewerkschaftsbund nicht zerstören! (...)

Völker Europas! Völker der Welt! Hört die Stimme Österreichs! ...Hört seine Stimme und helft, helft! (...)

Lernt endlich am Beispiel Österreichs! Erkennt, dass die Stärke Hitlers nur in

der Unentschlossenheit der westlichen Demokratien und der Kräfte des Friedens liegt ... Die faschistische Barbarei darf in Europa nicht triumphieren.

Das österreichische Volk ist vergewaltigt worden, aber sein Glauben und seine Zuversicht sind ungebrochen. Der Kampf geht weiter.

Durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies, unabhängiges Österreich wieder erstehen.“

(Auszug)

Keine politische Kraft in Österreich hat auf die Annexion mit ähnlicher Leidenschaft und einem vergleichbar aufrüttelnden Aufruf zum Widerstand reagiert. Im Gegenteil.

Am 18. März ließen Österreichs Bischöfe eine feierliche Erklärung von den Kanzeln verlesen, in der sie es als ihre „selbstverständliche nationale Pflicht bezeichneten, sich als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen“ und die „Gläubigen in diesem Sinn zu ermahnen“.

Seitens der Sozialdemokratie signalisierten die beiden bekanntesten politischen Exponenten die Bereitschaft, sich mit dem „Anschluss“ als einer vollzogenen Tatsache abzufinden. Karl Renner gab vor der von Hitler angesetzten Volksabstimmung die Erklärung ab, dass er „als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen als erster Kanzler der Republik Deutschösterreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain mit ‚Ja‘ stimmen“ werde.

Und Otto Bauer argumentierte aus dem Pariser Exil: „Der österreichische Sozialismus kann sich zur vollzogenen Tatsache der Annexion Österreichs durch das Dritte Reich nicht reaktionär verhalten, sondern nur revolutionär. Wir können das Rad der Weltgeschichte nicht zurückdrehen.“

Bereits ab Herbst begann der Lebensstandard der breiten Massen, der unmittelbar nach dem Anschluss aus propagandistischen Gründen und wegen der anlaufenden Kriegsproduktion kurzfristig angestiegen war, wieder zu sinken.

Das Regime reagierte, indem es zu antisemitischen Pogromen aufhetzte. Nirgendwo im Deutschen Reich brannten am 8. November 1938, der sogenannten „Reichskristallnacht“, mehr Synagogen als in Wien. Gleichzeitig verstärkte es den politischen Terror.

Im Kampf mit der Gestapo

Für das ZK der KPÖ bestand in der Schaffung und Stabilisierung einer aktionsfähigen Parteileitung im Inland eine strategische Priorität. Aber bereits im November 1938 wurden in Wien, in der Steiermark und in Kärnten einige Hun-

1) Wolfgang Neugebauer: Der österreichische Widerstand 1938–1945, Edition Steinbauer, Wien 2008

dert FunktionärInnen der KPÖ verhaftet, unter denen sich auch die Mitglieder der ersten zentralen Organisationsleitung befanden. Es wurde klar, dass der Widerstand gegen den Gestapo-Terror völlig andere Formen der Aktion und Organisation erforderte als der Kampf gegen den Austrofaschismus. Mehr als zu irgendeiner Zeit musste die Partei auf Dezentralisierung und die Selbstermächtigung der GenossInnen zählen. In einem Rundschreiben nach dem ZK-Plenum, das im Juli 1939 in Paris stattfand, hieß es: „Du bist die Partei! Je schwieriger die Bedingungen des Kampfes werden, umso größer wird die Rolle und die Verantwortung jedes einzelnen Kommunisten, der nicht unbedingt auf eine Verbindung nach oben warten muss, wenn diese abgerissen wird, sondern im eigenen Wirkungsbereich die Politik der Partei in der Praxis durchsetzen muss.“

Wichtige Zentren des kommunistischen Widerstands bildeten Großbetriebe in Wien, Oberösterreich, der Obersteiermark, im Raum Wiener Neustadt, die Einrichtungen der Gemeinde Wien, die Straßenbahnen und die Feuerwehr sowie die Eisenbahnerstädte Villach und Sankt Pölten. Inhalt der Aktivitäten war die Solidarität mit inhaftierten oder zum Tode verurteilten WiderstandskämpferInnen, die Verteidigung der ArbeiterInnen gegen Lohndrückerei und Arbeitshetze sowie die Behinderung und Sabotage der Rüstungsproduktion.

Auf der erwähnten Tagung des Zentralkomitees in Paris hatte sich die Partei auch strategisch neu orientiert. Ins Zentrum rückte sie den Widerstand gegen den bevorstehenden Krieg. „Jeder Krieg der angegriffenen Völker gegen den faschistischen Überfall“, hieß es unmissverständlich im Bericht Johann Koplenigs vor dem ZK, ist „ist ein gerechter und fortschrittlicher.“

Wenige Wochen später wurde überraschend der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag abgeschlossen. Angesichts der Gefahr einer Allianz Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens stellte dies eine aus sowjetischer Sicht legitime Defensivmaßnahme dar. (Nicht allerdings der im September zusätzlich abgeschlossene „Grenz- und Freundschaftsvertrag“ und die geheimen Zusatzabkommen, mit denen die UdSSR und Deutschland ihre Einflussphären im Baltikum und in Finnland aufteilten.)

Die Kommunistische Internationale änderte daraufhin ihre Linie und erklärte den britischen und den französischen Imperialismus zu ebenso gefährlichen Feinden wie das Dritte Reich.

In dieser Situation war es vor allem der selbstständigen richtigen Orientierung der kommunistischen WiderstandskämpferInnen in der Illegalität zu verdanken, dass der Schwenk der Komintern, den diese erst nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion korrigierte, auf den österreichischen Widerstand keine entscheidenden Auswirkungen hatte.



Hedi Urach (geb. 1910), Mitglied des ZK der KPÖ, hingerichtet 1943.



Margarete Schütte-Lihotzky (1897–2000), Architektin und Widerstandskämpferin, verhaftet 1941. Foto aus den 1950er-Jahren

Ende 1939 wurde auch die zweite illegale Leitung der Partei durch einen Spitzel in der Organisation verraten, aufgespürt und zerschlagen.

Der dritte Versuch, eine Leitung aufzubauen, wurde 1940 gestartet. Aber bereits zu Ende des Jahres kam es zu einer neuerlichen Verhaftungswelle, der insgesamt 500 KommunistInnen zum Opfer fielen. Unter den zum Tode Verurteilten befanden sich die meisten Mitglieder der zentralen und 20 MitarbeiterInnen lokaler Leitungen. Auch in diesem Fall spielten in die illegale Organisation eingeschmuggelte Spitzel eine entscheidende Rolle.

1941 kam es schließlich zu einem vierten und letzten Versuch, eine Leitung des Widerstandskampfes der KPÖ im Inland zu installieren, der ebenfalls tödlich scheiterte.

Stellvertretend für viele andere werden 55 Namen von KommunistInnen, die im Widerstandskampf fielen, auf dem Mitgliedsdokument der KPÖ angegeben.

Da es sich ab 1939 als unmöglich erwies, Zeitungen und Flugschriften nach Österreich einzuschmuggeln, konnten sich die lokalen Organisationen nun ausschließlich über den 1941 aus Moskau sendenden „Freiheitssender Österreich“ orientieren. Darüber hinaus aber waren sie die längste Zeit des Krieges allein

auf ihr eigenes politisches Urteilsvermögen angewiesen sowie auf ihren Mut, die Solidarität Gleichgesinnter und die logistischen Möglichkeiten, die sie sich selbst zu schaffen wussten. Dies erwies sich als die alles entscheidende Kraftquelle des kommunistischen Widerstands.

Verhaftungen im Kreis des kommunistischen Widerstands (1938–1943)

Jahr:	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1938–1945
Verhaft.:	742	1.132	837	1.507	881	1.173	6.272

Kaum einer dieser 6.272 Festgenommenen wurde freigelassen. Viele wurden hingerichtet oder kamen in den Gefängnissen und KZ um, darunter 12 Mitglieder des Zentralkomitees. Bis heute haben ihre Leistungen und Opfer nicht den ihnen zustehenden Platz im kollektiven Gedächtnis der Nation gefunden. Selbst wenn Einzelner bei offiziellen Anlässen gedacht wird, wird nach Tunlichkeit verschwiegen, dass sie sich bis zu ihrem Tod zur Kommunistischen Partei Österreichs bekannt haben.

In der Hölle des KZ

Mehr als 6.000.000 Menschen, der überwiegende Teil weil sie Juden und Jüdinnen waren, Homosexuelle, Sinti, Roma, Zeugen Jehovas und WiderstandskämpferInnen wurden in den Konzentrationslagern ermordet, unter ihnen auch 70.000 ÖsterreicherInnen.

Die meisten österreichischen KommunistInnen befanden sich in den Konzentrationslagern Dachau, Buchenwald, Ravensbrück, Mauthausen und Auschwitz. Auch dort leisteten sie Widerstand. In diesen KZs waren sie auch an den geheimen internationalen Lagerleitungen der Häftlinge beteiligt. Die Leitungen organisierten die Solidarität unter den Häftlingen, leiteten aber auch Sabotage in den KZ angeschlossenen Rüstungsbetrieben an. Es gelang ihnen sogar, bewaffnete Formationen aufzustellen. Dadurch konnten die Pläne der SS vereitelt werden, in den letzten Kriegswochen die Beweise ihrer in den Lagern verübten Untaten und vor allem deren überlebende ZeugInnen zu vernichten.

Bereits 1938 wurden etwa 8.000 Österreicher nach Dachau deportiert, darunter auch der 26-jährige Jura Soyfer, der 1934 der illegalen KPÖ beigetreten war. Er starb am 16. Februar 1939 im KZ-Buchenwald an Typhus. Mehrere hundert österreichische Spanienkämpfer wurden 1940 aus französischen Internierungslagern nach Dachau überstellt und bildeten in der Folge den Kern einer schlag-



Richard Zach (Lehrer, Dichter, Widerstandskämpfer), 1943 24-jährig ermordet.



Jura Soyfer (1912–1939)



kräftigen internationalen Widerstandsorganisation. Diese nahm in den letzten Tagen vor der Befreiung mit der örtlichen Bevölkerung und einer amerikanischen Vorausabteilung Kontakt auf und konnte die Vernichtung des Lagers verhindern.

Auch in Buchenwald waren Kommunisten aus Österreich am Aufbau der internationalen Widerstandsleitung beteiligt. Im April 1945 gelang es dieser durch die Organisierung passiven Widerstands, der in einen Aufstand überging, die Leerung und Vernichtung des Lagers zu verhindern. 20.000 Häftlinge wurden so vor dem Tod bewahrt.

1939 war mit einer größeren Gruppe kommunistischer Widerstandskämpfer auch der steirische Jungkommunist Franz Leitner ins Lager gekommen und Blockältester des „Kinderblocks“ geworden, in dem bis zu 400 jüdische Kinder eingepfercht waren, für seine aufopferungsvollen und riskanten Hilfsaktionen, die vielen Kindern das Leben retteten, wurde Franz Leitner, der die KPÖ nach dem Krieg im steirischen Landtag vertrat, 1999 von Yad Vashem als „Gerechter der Völker“ ausgezeichnet.

92.000 von 132.000 Häftlingen wurden im Frauen-KZ Ravensbrück getötet. Die ersten Österreicherinnen wurden im Frühjahr 1939 eingeliefert. Mit dem Widerstand in Ravensbrück sind die Namen der Sozialistinnen Käthe Leichter, die 1942 in der NS-Tötungsanstalt Berburg umgebracht wurde, der späteren SPÖ-Nationalrätin Rosa Jochmann sowie der Kommunistinnen Mela Ernst, Gerty Schindel, Hanna Sturm und Hermine Jursa verbunden. Die in Ravensbrück geschmiedete Frauensolidarität überdauerte die Jahrzehnte des Kalten Kriegs und alle politischen Verwerfungen seither.

Im KZ Mauthausen wurden bis zur Befreiung 120.000 Menschen vernichtet. Auf Initiative und unter maßgeblicher Beteiligung österreichischer Kommunisten entstand 1941 die internationale Widerstandsleitung der Häftlinge, an der Heinz Dürmayer und Hans Marsalek führend beteiligt waren. Anfang Mai nach dem Rückzug der SS „übernahm“ die Widerstandsorganisation das Lager und beschützte es drei Tage lang vor der SS, die in der Nähe Stellung bezogen hatte und es zu vernichten drohte. 30.000 Häftlinge wurden gerettet.

In der internationalen Widerstandsbewegung im KZ Auschwitz spielte der Spanienkämpfer Hermann Langbein eine wichtige Rolle. Er nützte seine Stellung als Häftlingsschreiber des SS-Standortarztes dazu, jüdische Häftlinge vor dem Tod in der Gaskammer zu bewahren. Er wurde 1967 von Yad Vashem als „Gerechter der Völker“ ausgezeichnet.

Massenbewegung im Exil

Bereits nach ihrem Verbot 1933 war die Kommunistische Partei gezwungen, einen Teil ihrer Tätigkeit aus dem Exil zu organisieren. Von 1933 bis 1938 befand sich der Sitz des Zentralkomitees in Prag, 1938 und 1939 in Paris und ab 1940 in Moskau.

Der Hauptschauplatz des internationalen Ringens mit dem Faschismus verlagerte sich 1936 nach Spanien. Viele ÖsterreicherInnen, die nach dem Februar 1934 ihre Heimat verlassen mussten, entschieden sich dazu, ihren bewaffneten Kampf gegen den Faschismus an der Seite der spanischen Republik fortzusetzen. 1.700 Österreicher und Österreicherinnen, KommunistInnen, SozialistInnen, Parteilose und JüdInnen, folgten dem Aufruf der Kommunistischen Internationale, sich als Freiwillige in die internationalen Brigaden einzureihen. Damit stellten die ÖsterreicherInnen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ihrer Heimat den größten Anteil freiwilliger antifaschistischer KämpferInnen in Spanien. Rund 300 von ihnen fielen im Kampf oder kamen nach dessen Beendigung in deutschen Konzentrationslagern ums Leben.

Belgien und Frankreich bildeten nach dem März 1938 für viele österreichische Flüchtlinge die ersten Stationen des Exils. Bis 1940 befand sich die Leitung der Partei in Paris. Auch im Exil versuchten die KommunistInnen, ihre durch den VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale begründete Orientierung auf breite Bündnisse umzusetzen. Sie entfalteten eine rege politische und kulturelle Aktivität. In Frankreich entstanden mit dem „Circle Culturel Autrichien“ und den „Nouvelle d'Autriche – Österreichische Nachrichten“ breite Foren der Diaspora. Unter anderem wirkte im „Circle Culturel Aurchien“ die kommunistische Ärztin und Universitätsprofessorin Marie Frischauf-Pappenheim, die im Dezember 1928 gemeinsam mit Wilhelm Reich die „Sozialistische Gesellschaft für Sexualberatung und Sexualforschung“ gegründet hatte.

In Belgien umfasste die illegale Organisation der KPÖ mehrere Hundert Mitglieder. Ihrer Leitung gehörte auch Alfred Klahr an.

Nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Frankreich wechselte ein Teil der nach Frankreich exilierten KommunistInnen in den unbesetzten Süden, andere gliederten sich in die „Resistance“ ein. Wie der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Jaques Duclos, in einem Brief an die KPÖ-Leitung später schrieb, waren österreichische KommunistInnen in 30 französischen Departements als Instrukturen am Wiederaufbau der illegalen französischen KP beteiligt. Eine dritte Gruppe von KommunistInnen kehrte als französische FremdarbeiterInnen getarnt nach Österreich zurück, um am Widerstandskampf teilzunehmen.

ÖsterreicherInnen beteiligten sich am „Travail Anti-Allemand“ („Anti-Deutsche Arbeit“). Besonders gefährlich waren dabei die Aktionen der „Mädelgruppen“, die Kontakte mit Wehrmachtsangehörigen knüpften, um sie zur antifaschistischen Agitation zu nützen. Unter den Österreicherinnen, die diese riskanten Aufträge ausführten, waren Gerti Schindel, Lisa Gavric und Irma Schwager.

Rund 50 KommunistInnen aus Österreich fielen in diesem Kampf. Franz Marek, der unter anderem gemeinsam mit Othmar Strobl die KPÖ in Frankreich leitete, übte auch in der französischen Widerstandsbewegung eine leitende Funktion aus, wurde verhaftet, gefoltert und 1944 zum Tode verurteilt. Er überlebte, weil sich die Wehrmacht noch vor dem für die Vollstreckung des Urteils festgesetzten Termin Hals über Kopf aus Paris zurückziehen musste.

Ein großer Teil der österreichischen EmigrantInnen flüchtete nach Kriegsbeginn aus Frankreich nach Großbritannien. Dort traf sich ein Kreis von inzwischen in der antifaschistischen Arbeit erfahrenen kommunistischen Kadern und Intellektuellen, darunter viele ehemalige SozialdemokratInnen. Ihr politisches Ziel war die Wiedererrichtung eines freien Österreich, und ihre neu gewonnene kommunistische Überzeugung stand im Zeichen der von der Kommunistischen Internationale auf ihrem VII. Weltkongress vollzogenen demokratischen Wende.

Die KPÖ, die in Großbritannien von Franz West geleitet wurde, vermochte es, ein Netz sozialer Zentren aufzubauen, das den österreichischen ExilantInnen wirtschaftliche und soziale Hilfe bot, aber auch politischen Halt gab. Die vom „Austrian Centre“ betriebene Küche, Clublokale und Bibliotheken, zwei Verlage, die Zeitschriften, darunter die Wochenzeitung „Zeitspiegel“, die in 40 Ländern verbreitet wurde, und ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm entwickelten eine große Ausstrahlung unter den 15.000 in Großbritannien lebenden österreichischen EmigrantInnen.

Vor allem versuchten die KommunistInnen, sie in den aktiven Kampf gegen Hitler einzubeziehen. Einige Tausend Österreicher meldeten sich als Freiwillige zur britischen Armee. Der Vorschlag der Kommunisten, eine selbstständige österreichische Kampfseinheit zu bilden, wurde von der britischen Regierung allerdings abgelehnt.

Auch wenn KommunistInnen einen entscheidenden Einfluss ausübten, war das „Austrian Centre“, eine politisch überparteiliche Einrichtung. Neben seiner sozialen und politischen Funktion stellte es die Vertretung des anderen, des antifaschistischen Österreich dar und half mit, die britische Öffentlichkeit zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Auf Initiative von KommunistInnen wurde das „Free Austrian Movement“ geschaffen. Es vereinigte Exilgruppen sehr unterschiedlicher Orientierung und vernetzte die auf die ganze Welt verstreuten österreichischen ExilantInnen.



Irma Schwager, geb. 1920, Widerstandskämpferin, Vorsitzende des Bunds Demokratische Frauen. Foto aus den 1950er-Jahren.

Kommunistische Partei und Kommunistischer Jugendverband durften aufgrund der britischen Gesetze nicht legal agieren. Mit dem „Austrian Centre“, der Jugendorganisation „Young Austria“ und dem „Free Austrian Movement“ gelang es ihnen aber, eine tatsächliche Massenbewegung der österreichischen EmigrantInnen zu initiieren. London wurde so zu einem geistigen Laboratorium der Linken. Zutreffend wurden die im britischen Exil geführten Auseinandersetzungen um die Zukunft Österreichs als eine „Politik im Wartesaal“ beschrieben, so der Titel der 1975 erschienenen Untersuchung von Helene Maimann.

Für den österreichischen Kommunismus ergab sich allerdings auch ein eigenümlicher und prägender Widerspruch. Während sich seine politische Führung seit 1940 in Moskau aufhielt, entwickelte sich das intellektuelle und kulturelle Zentrum der Partei zur selben Zeit in London. Bildeten den Kern der „Moskauer“ die sogenannten „Altkommunisten“, die der Gründergeneration der Partei angehörten, oder ihr in den 1920er-Jahren beigetreten waren, so rekrutierten sich die „Londoner“ vornehmlich aus dem Kreis der „neukommunistischen“ Intellektuellen mit austromarxistischer Vergangenheit und meist jüdischer Provenienz.

Auch unterschieden sich die Erfahrungen, die sie in ihren jeweiligen Exilländern machten, beträchtlich. Hinter einer gemeinsamen Rhetorik bezüglich der Zukunft Österreichs und der alles überragenden Bedeutung, die der Sowjetuni-



Alfred Klahr (1904-1944)

on zugeschrieben wurde, verbargen sich sehr unterschiedliche politische Tendenzen.

Ernst Fischer war das wichtigste Verbindungsglied zwischen den beiden unterschiedlichen Gruppen von KommunistInnen, die nach der Befreiung in Österreich zusammentrafen. Einerseits Intellektueller, andererseits einer altösterreichischen Offiziersfamilie entstammend; einerseits bis 1934 linker Sozialdemokrat war er andererseits in der KPÖ-Hierarchie so schnell und so weit aufgestiegen, dass er 1940 dem in Moskau amtierenden Führungskreis angehörte. Von allen Rollen, die Fischer in seiner langen Laufbahn in der KPÖ innehatte, war die des Vermittlers zwischen diesen unterschiedlichen kommunistischen Kulturen seine wichtigste. Als er Ende der 1960er-Jahre aufhörte, gezwungenermaßen und aus freien Stücken, sie zu spielen, brach genau an dieser Stelle die Partei auseinander.

Die Sternstunde des österreichischen Kommunismus

Man kann die Bemerkung des jungen Marx, wonach Theorie zur materiellen Gewalt werde, sobald sie die Massen ergreift, auch als Gütekriterium für Theo-

rien betrachten. Alfred Klahrs 1937 in „Weg und Ziel“ veröffentlichte Aufsatzfolge „Zur nationalen Frage in Österreich“ hat dieses in dreifacher Hinsicht erfüllt:

- Sie schuf die breiteste mögliche politische Basis für den österreichischen Widerstandskampf;
- sie stellte dessen Verbindung mit den 1943 formulierten Kriegszielen der Anti-Hitler-Koalition her;
- und sie regte die kommunistischen Intellektuellen im Exil und danach zur Ausarbeitung einer komplexen Theorie der österreichischen Nation an, was nach dem Austromarxismus zu einer weiteren außerordentlich fruchtbaren Periode des marxistischen Denkens in Österreich führte².

Wie und warum dieses von Anfang an in einem Spannungsverhältnis zum „Marxismus-Leninismus“ Stalin'scher Prägung stand, was – Jahrzehnte später – auch zum Bruch führte, wird weiter unten gezeigt werden.

Alfred Klahr, der 1904 in einem jüdischen Elternhaus geboren wurde, schloss sich bereits in den 1920er-Jahren der KP an. Wie viele Linke (Hugo Huppert, Hilde Koplenig, Albert Fuchs, Genia Lande-Quittner) studierte er an der Juristisch-Staatswissenschaftlichen Fakultät in Hans Kelsens berühmtem Seminar und promovierte 1928.

Auf dem VII. Weltkongress hatte die Kommunistische Internationale 1935 eine radikale Wende in ihrer Politik vollzogen. Angesichts der faschistischen Gefahr orientierte sie nun die Mitgliedsparteien auf breite Allianzen, wobei in den „Volksfronten“ nicht allein die Aktionseinheit der Arbeiterparteien verwirklicht, sondern auch die nicht-faschistischen Teile der Bourgeoisie einbezogen werden sollten.

2) Hier seien beispielhaft einige zeitgenössische AutorInnen und ihre Arbeiten genannt, die dem Kampf um ein progressives österreichisches Nationalbewusstsein gewidmet wurden: Fuchs, Albert, Über österreichische Kultur, London, 1942. Zur Mühlen, Hermynia, Kleine Geschichten von großen Dichtern, Wien, 1946. Priester, Eva, Kurze Geschichte Österreichs Bd.1 und Bd.2, Wien 1946., Marek, Franz, Irrwege der österreichischen Geschichte, Wien, 1946. Fuchs, Albert, Moderne österreichische Dichter, Wien, 1946. Fischer, Ernst, Österreich 1848. Probleme der demokratischen Revolution in Österreich, Wien, 1946. Tausig, Otto (Hrg.), Soyfer, Jura, Vom Paradies zum Weltuntergang, Wien 1947. Kisch, Egon Erwin, Marktplatz der Sensationen, Wien, 1948. Frischauf-Pappenheim, Marie, Der graue Mann. Wien, 1949. Fuchs, Albert, Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918. Wien, 1949. Benesch, Otto, Kleine Geschichte der Kunst in Österreich, Wien 1950. Fischer, Ernst, Dichtung und Deutung, Wien, 1953.

Als Anfang 1937 das Politische Büro der KPÖ entschied, eine Debatte zur nationalen Frage in Österreich zu eröffnen, hielt sich Alfred Klahr als Lektor und Leiter der österreichischen Abteilung der „Internationalen Lenin-Schule“ in Moskau auf. Er wurde beauftragt, entsprechende Studien auszuarbeiten.

Die entscheidende Schlussfolgerung in Klahrs Studien lautete, Österreich sei eine eigene Nation. „Eine Einheit der deutschen Nation, in der auch die Österreicher miteinbezogen sind, hat es bisher nie gegeben und gibt es auch heute nicht.“

In seiner Beweisführung war er, der Zeit und den Umständen entsprechend, von der durch Stalin 1912 („Marxismus und nationale Frage“) vorgegebenen „objektivistischen“ Definition einer Nation ausgegangen. Derzufolge bestehe eine Nation, sobald vier „objektive“ Merkmale verwirklicht wären, die Einheit der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Kultur offenbarenden psychischen Lebensart.

Im Rahmen dieser Orthodoxie ließ sich zwar bündig erklären, dass Österreich „an sich“ eine Nation sei, nicht aber weswegen deren Geschichte und Gegenwart durch einen scharfen Kampf zweier gegensätzlicher nationaler Orientierungen, der österreichischen und der deutschen, charakterisiert war.

Klahrs Schlussfolgerung, dass „die nationale Entwicklung der Österreicher zu einer besonderen österreichischen Nation nicht abgeschlossen“ sei, bedeutete mit anderen Worten, dass das Werden einer Nation zu einem beträchtlichen Teil ein Prozess ihres *Bewusstwerdens* wäre; dass also Nationen nicht einfach „objektive“ Tatsachen darstellten, sondern, wie man heute sozialwissenschaftlich präziser sagen würde, Konstruktionen sind, die unterschiedlichen politischen und kulturellen Einflussfaktoren unterliegen.

Dieser Gedanke ging über die „marxistisch-leninistische“ Nationentheorie Stalins hinaus und war derjenigen Otto Bauers sehr nahe, der die Nation als eine durch das gemeinsame Erleben von Geschichte sich bildende „Schicksalsgemeinschaft“ verstand. Daher fiel er auch unter den „neukommunistischen“ Intellektuellen, die zwischen 1934 und 1938 von der Sozialdemokratie zur KPÖ übergetreten waren, auf einen fruchtbaren Boden, waren diese doch fast ausnahmslos durch die Schule des Austromarxismus gegangen.

Klahrs Lage in Moskau war indes prekär. Nach der Verhaftung einzelner ÖsterreicherInnen in seinem Umfeld schien es 1937 angezeigt, die UdSSR zu verlassen. Er stellte sich der illegalen Parteiarbeit zur Verfügung.

Aus Belgien wurde er nach Frankreich abgeschoben und interniert. Nach der Flucht aus Frankreich wurde er in der Schweiz mit falschen Papieren aufgegriffen und an die französische Vichy-Regierung ausgeliefert, die ihn der Gestapo übergab. 1942 wurde Klahr nach Auschwitz abtransportiert. 1944 gelang ihm

von dort die Flucht. Diese endete unter ungeklärten Umständen. Berichtet wurde, dass ihn in Warschau eine deutsche Streife aufgriff und erschoss.

In seinem letzten, 1944 im KZ verfassten und unter den Häftlingen verbreiteten Text („Auschwitz-Text“) wandte er seine Erkenntnisse über die subjektiven Aspekte der Nationswerdung auf Deutschland an und unterzog die KPD-Politik der Weimarer Republik einer radikalen Kritik. Nicht nur Sektierertum warf er ihr vor, sondern auch, sich in der nationalen Frage ins Schlepptau des Nationalsozialismus begeben zu haben.

Für die exilierten kommunistischen Intellektuellen Österreichs, die sich ab 1940 mehrheitlich in Großbritannien befanden, wurde das österreichische Nationalbewusstsein zur wichtigsten politischen Option im europäischen Kampf gegen den Faschismus.

Diese politische Option war aber auch Bestandteil einer demokratisch-sozialistischen Perspektive. Das österreichische Nationalbewusstsein sollte nicht einfach „erweckt“ sondern revolutioniert werden. Dem widmeten sie ihre reichhaltige kulturelle und wissenschaftliche Produktion.

Vom militärischen Sieg der Alliierten und der Machterweiterung der Sowjetunion erhofften die kommunistischen Pioniere des österreichischen Nationalbewusstseins zwar günstige Rahmenbedingungen für die Errichtung einer antifaschistischen Staatsmacht. Gleichzeitig bereitete man sich aber darauf vor, die Aufgabe, eine „geistig-moralische Reform“ Österreichs einzuleiten und den Weg zum Sozialismus einzuschlagen, selbst zu bewältigen. Dieses autonome Selbstverständnis einer relativ kompakten Gruppe von Intellektuellen, die nach der Befreiung nach Österreich zurückkehrte, stieß auf die im Land und auch in der KPÖ bestehenden Realitäten.

Mit ihrer politischen Orientierung brachten die KommunistInnen auch die Exilorganisation der österreichischen Sozialdemokratie, die sich im April 1938 in Brüssel als „Auslandsvertretung der Österreichischen Sozialisten“ (AVOES) konstituiert hatte, in die Defensive. Im „Brüsseler Manifest“ hatten diese sich auf eine gesamtdeutsche Orientierung und die Ablehnung des aktiven Widerstandskampfs festgelegt. Die von Oskar Pollack und Karl Czernetz in Großbritannien installierte Zweigstelle des AVOES, das „London Büro“ hielt an dieser destruktiven Politik bis zum Moskauer Memorandum im Oktober 1943 fest.

Mit der Kapitulation der 6. Armee vor Stalingrad trat die strategische Wende im Krieg ein. Auf diesem Hintergrund waren Ende Oktober die Außenminister der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens zusammengetreten, um ihre Ziele im Hinblick auf die europäische Nachkriegsordnung festzulegen.

In einer Deklaration über Österreich hieß es:

„Die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kamen darin überein, dass Österreich das erste freie Land, das der Hitler'schen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muss.

Sie betrachten den Anschluss, der Österreich am 15. März 1938 aufgezwungen worden ist, als null und nichtig. (...)

Sie geben ihrem Wunsch Ausdruck ein freies und unabhängiges Österreich wieder hergestellt zu sehen (...)

Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Beteiligung am Krieg auf Seiten Hitlerdeutschlands die Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und dass bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird.“

(Moskauer Deklaration, Auszug)

Während Friedrich Adler, die bis dahin maßgebliche Autorität der sozialdemokratischen Emigration an der gesamtdeutschen Orientierung festhielt, obwohl ihr durch die Moskauer Deklaration jegliche politische Grundlage entzogen war, begann in den anderen Teilen des sozialdemokratischen Exils ein – wenn auch, spätes – Umdenken. So sah sich selbst das betont antikommunistische „London Büro“ ein knappes Monat nach der Moskauer Deklaration zu einer Kehrtwendung bezüglich der bis dahin strikt abgelehnten österreichischen Unabhängigkeit veranlasst.

Mit der Waffe

Für die KommunistInnen und die WiderstandskämpferInnen im Land war die Moskauer Deklaration ein großer politischer Erfolg und bedeutete eine wichtige Ermutigung.

Schon Ende des Jahres 1942 war über den Moskauer Sender „Freies Österreich“ die Bildung einer „Österreichischen Freiheitsfront“ bekannt gegeben und zum bewaffneten Widerstand aufgerufen worden. Zu diesem Zeitpunkt bestanden bereits einige auf kommunistische Initiative hin gebildete Partisanengruppen. Auch in der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee kämpften ÖsterreicherInnen.

1944 vereinbarten die Kommunistischen Parteien Österreichs und Jugoslawiens die Aufstellung von österreichischen Bataillonen im Rahmen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee. Militärisch wurden sie von den aus Moskau delegierten kommunistischen Spitzenfunktionären Fürnberg und Honner geleitet. Politischer Instruktor wurde Erwin Scharf, ein Funktionär der Revolutionären Sozialisten, der sich aus Kärnten zu den Partisanen durchgeschlagen hatte.



Österreichisches Freiheitsbataillon in Slowenien. (1. Reihe: Franz Honner, Friedl Fürnberg)



Namen von 58 gefallene kommunistische WiderstandskämpferInnen, auf dem Mitgliedsausweis der KPÖ.

Das erste der Bataillone griff ab Jänner 1945 in verlustreiche Kämpfe zur Befreiung Sloweniens ein. Zwei weitere Einheiten kamen erst in den letzten Kriegstagen zum Einsatz.

Ebenfalls von Slowenien aus nahm die Kampfgruppe Steiermark ihre Operationen im Gebiet der Sau- und Koralpe auf. Auch ihr Kern wurde von Kommunisten gebildet. Von den im Sommer 1944 aufgebrochenen 24 Mann fielen in Kämpfen um die Jahreswende acht. Bis zum April 1945 war der Bestand der Einheit aber auf 500 angewachsen, und sie konnte die Städte Schwanberg und Deutschlandsberg befreien.

In der Obersteiermark trat eine weitere bewaffnete Widerstandsgruppe in Erscheinung, die aus den Überlebenden der zerschlagenen kommunistischen Widerstandsgruppe gebildet wurde. Zwölf ihrer Mitglieder starben bei Kampfhandlungen oder im KZ.

Im Salzkammergut operierte eine Partisanengruppe unter der Leitung des 1943 aus dem KZ geflüchteten kommunistischen Spanienkämpfers Sepp Plieseis. So wie in der Obersteiermark konnte sich diese Gruppe dank der Unterstützung mutiger ortsansässiger Frauen halten. Die „Salzkammergut-Partisanen“ erlangten Berühmtheit, weil es ihnen gemeinsam mit einer anderen Widerstandsgruppe ge-

lang, von den Nazis in ganz Europa geraubte Kunstwerke, die in einem Stollen des Salzbergwerks gelagert waren, vor der Vernichtung zu bewahren.

Im Laufe des Jahres 1944 bildete sich aus einer Gruppe des Kommunistischen Jugendverbands ein Widerstandsnetzwerk in Wien, das sich „KJV 44“ nannte und bis zum März 1945 in sechs Bezirken Stützpunkte aufbauen konnte. In den ersten Apriltagen begann seine Leitung Waffen auszugeben. Am 8. April gelang es, in Hernals und Ottakring, wo die Gruppen durch die Bevölkerung und desertierende Soldaten Unterstützung erhielten, einige Tausend Volkssturmmänner, Wehrmachtssoldaten und SS-Männer zu entwaffnen, sodass die am Nachmittag vorrückenden Sowjettruppen auf keinen Widerstand stießen.

Die mit Abstand größte militärische Bedeutung erlangte jedoch der Widerstandskampf der Kärntner SlowenInnen. Er war es auch, der sich auf den breitesten Rückhalt in der Bevölkerung stützen konnte. Seine Ursache lag in der bald nach der Annexion Österreichs einsetzenden brutalen Germanisierungspolitik der Nazis, die das Ziel der antislawisch geprägten Kärntner Landespolitik – die Auslöschung der slowenischen Bevölkerung als nationale Minderheit – aufnahm und es auf die Spitze trieb.

Nach der Vertreibung Hunderter Kärntner slowenischer Familien entwickelten sich im Sommer 1942 zunächst Gruppen der OF („Osvobodilna fronta“, Befreiungsfront). Operativ und programmatisch verstanden sie sich als Teil der slowenischen bzw. jugoslawischen Volksbefreiungsbewegung unter Tito. Parallel dazu entstanden bewaffnete Einheiten, die im April 1944 vom slowenischen Generalstab zusammengefasst wurden. Sie führten eine Vielzahl militärischer Aktionen durch, weiteten im Sommer 1944 ihr Operationsgebiet bis über die Drau in die Bezirke Wolfsberg und St. Veit aus und banden so bis Kriegsende eine große Zahl von Wehrmachtssoldaten. An die Tausend WiderstandskämpferInnen slowenischer und anderer Nationalitäten verloren in Kärnten ihr Leben. Am 8. Mai 1945 konnten die slowenischen PartisanInnen im Verband der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee zeitgleich mit der britischen Armee in Klagenfurt einziehen.

Ohne jede Einschränkung ist der Kampf der Kärntner SlowenInnen als der im Sinne der Moskauer Deklaration effektivste „eigene Beitrag“ anzusehen, den Österreich zu seiner Befreiung geleistet hat. Dies fand seinen Niederschlag im Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages, der die Rechte der slowenischen Volksgruppe verfassungs- und völkerrechtlich verbindlich regelt.

* * *

So wie der Nationalsozialismus den ÖsterreicherInnen nicht nur von außen aufgezwungen worden war, so leistete auch der opferreiche Widerstand Tausender mutiger Männer und Frauen, die sich in ihrer überwiegenden Mehrheit zur

Kommunistischen Partei bekannten, einen zwar wichtigen jedoch nicht den ausschlaggebenden Beitrag zur Befreiung. Dieser bestand im militärischen Sieg der alliierten Mächte und in den unermesslichen Opfern, die die Völker der Sowjetunion im Krieg zu bringen hatten.

1945, die überlebenden ausgemergelten JüdInnen und WiderstandskämpferInnen waren kaum aus den KZ, den Gefängnissen, der Emigration und aus dem Untergrund in das Leben zurückgekehrt, als sich die meisten ihrer Landsleute bereits als die wahren Opfer von Nationalsozialismus, Krieg und Viermächtebesetzung neu erfunden hatten.

Die absolute Abwesenheit des Unrechtsbewusstseins aufseiten der Täter vermischte sich mit dem Selbstmitleid derjenigen, die sich als Unbeteiligte an den Verbrechen erklärten. Der Prozess, innerhalb dessen sich die ÖsterreicherInnen nach der Befreiung begannen, als Nation zu erkennen, richtete sich paradoxerweise gegen seine entschiedensten BefürworterInnen. Er schlug eine antikommunistische Richtung ein.

Der Abbruch der geistigen Entnazifizierung ist dafür mitverantwortlich, dass sich Jahrzehnte später ausgerechnet die extreme Rechte als die Vertreterin des wahren „Österreichertums“ ausrufen kann.

In einer Atmosphäre der wechselseitigen Persilscheine, in der beschönigt und unter den Teppich gekehrt wurde, was nur ging, erwiesen sich die Hoffnungen der Opfer und WiderstandskämpferInnen auf einen tatsächlichen moralischen Neubeginn als unreal.

Trotz der vielen Enttäuschungen ist aber vor allem zu vermerken, dass der antifaschistische Kampf der KommunistInnen nicht vergeblich war. Mit ihrem opferreichen Antifaschismus hat sich die KPÖ unauslöschlich in die österreichische Geschichte eingeschrieben. Ihr auch heute noch immer zu wenig beachteter, maßgeblicher Anteil am vielfältigen Widerstand gegen den Faschismus und dem Kampf um ein freies demokratisches Österreich bildet den Hauptgrund für ihre Verwurzelung in der Gesellschaft.

Zudem war der kommunistische Widerstand kein isolierter nationaler Kampf, sondern Teil des europäischen Freiheitskampfes. Österreichische KommunistInnen erwarben ihrer Partei Ansehen und Anerkennung, indem sie den Faschismus in ganz Europa, an der Seite der spanischen Republik, in den Widerstandsbewegungen zahlreicher Länder, in den Konzentrationslagern, an der Seite der jugoslawischen PartisanInnen und in den alliierten Armeen bekämpften.

Ihre Leistungen und ihre Opfer schufen eine Verbindung zum auch heute aktuellen Kampf für ein antifaschistisches, demokratisches, soziales und friedliches Europa. Sie bilden den wesentlichen Aspekt der kommunistischen Tradition und heutigen politischen Kultur.

Das Ende vom Anfang

Neubeginn mit Illusionen

Gegen Ende des Krieges legte die Kommunistische Partei ihre Konzeption für die Periode nach der Befreiung in Form eines Manifests vor. Als unmittelbare Hauptaufgabe wurde zur „Liquidation des gesamten deutsch-faschistischen Machtapparats“ und zur Beseitigung aller Organisationen und Institutionen, die seiner Aufrechterhaltung dienten, aufgerufen.

Ferner wurde davon ausgegangen, dass „aufgrund der politischen Traditionen des österreichischen Volks zweifellos politische Parteien wiedererstehen oder sich neu herausbilden, wobei das Volksinteresse gebietet, keine anderen als wirklich demokratische Parteien zuzulassen.“

Außer auf politischen Pluralismus wurde auf eine gemischte Wirtschaftsform abgezielt, in deren Rahmen eine Verstaatlichung, die vor allem das ehemals deutsche Großkapital umfassen sollte, mit privatem Unternehmertum koexistieren würde.

Als Grundlage für eine gemeinsame provisorische Regierung schlug die KPÖ ein Aktionsprogramm vor, das unter anderem beinhalten sollte,

- die Versammlungs-, Organisations- und Pressefreiheit herzustellen und auf breiter demokratischer Grundlage, einen neuen Staatsapparat zu organisieren,
- die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen,
- die geraubten Güter, Häuser, Wohnungen, Geschäftslokale, Unternehmungen usw. den rechtmäßigen Besitzern zurückzugeben,
- rechtmäßig erworbenes Privateigentum der Bauern, Gewerbetreibenden, Kaufleute und Unternehmer zu schützen und ihre wirtschaftliche Initiative zu ermuntern,
- die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion vorzunehmen und zusammen mit Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer die Arbeitsbeschaffung zu organisieren.

Auch wenn es sich bei diesem Programm um einen Katalog dringender Sofortmaßnahmen handelte, die im Konsens mit den anderen antifaschistischen Kräften realisiert werden sollten, beinhaltete es auch die Überlegung einer schrittweisen demokratischen Veränderung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus. Die wesentliche strategische Idee bestand darin, den „nationalen Kampf



Johann Koplenig und Karl Altmann 1945

gegen die Fremdherrschaft“ mit dem „Klassenkampf, der sich gegen die deutschen Trusts und Monopole“ richte, zu verbinden, und ihn so in einen „wahren Volkskampf“ zu verwandeln.

Anfang April 1945 – in großen Teilen Österreichs wurde zu diesem Zeitpunkt noch gekämpft – erhielt Karl Renner, Staatskanzler der Ersten Republik und deren letzter Nationalratspräsident, vor allem aber auch Exponent des rechten Flügels der Sozialdemokratie, die Autorisierung der vorrückenden Sowjetarmee zur Bildung einer provisorischen Regierung. Für die KPÖ, deren Führung noch immer in Moskau saß, kam dieser Schachzug Stalins überraschend.

Am 13. April gründeten GewerkschafterInnen der drei antifaschistischen Parteirichtungen in eben befreiten Wien den einheitlichen Österreichischen Gewerkschaftsbund, zu dessen Vizepräsident der Kommunist Gottlieb Fiala ernannt wurde. Kommunistische AktivistInnen stellten sich auch vom ersten Augenblick in den Landesregierungen von Wien, Niederösterreich, dem Burgenland und der Steiermark, sowie Hunderten Bezirks- und Gemeindeausschüssen in den Dienst der Reorganisation des sozialen Lebens und der Versorgung der Bevölkerung. Am 27. April 1945 unterzeichneten als Vertreter der antifaschistischen Parteien Karl Renner, Adolf Schärf (beide SPÖ), Leopold Kunschak (ÖVP) und Johann Koplenig (KPÖ) die Unabhängigkeitserklärung der Zweiten Republik Österreich. Ihre



Hella Postranecky-Altmann
(1903–1995)

ersten Artikel lauten: „Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten. Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volk aufgezwungene Anschluss ist null und nichtig. Zur Durchführung dieser Erklärung wird unter Teilnahme aller antifaschistischen Parteirichtungen eine provisorische Staatsregierung eingesetzt und vorbehaltlich der Rechte der besetzenden Mächte mit der vollen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt betraut.“

Der Kommunist Franz Honner leitete das Staatsamt für Inneres und übernahm die Verantwortung für den antifaschistischen Neuaufbau der Sicherheitskräfte. Ernst Fischer wurde mit dem Staatsamt für Unterricht und Volksaufklärung betraut. Als einzige Frau gehörte der Regierung die Kommunistin Hella Postranecky an, die als die Unterstaatssekretärin für Volksernährung die wichtigste und schwierigste Aufgabe des Augenblicks übernahm.

Am 24. September 1945 beauftragte Fischer den jüdischen Kommunisten David Brill mit dem Neuaufbau der Israelitischen Kultusgemeinde. Nach den ersten freien Kultusgemeindewahlen 1946 wurde dieser zu ihrem ersten Präsidenten.

1938 hatten in Österreich 200.000 JüdInnen gelebt. 130.000 konnten sich vor der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik durch Emigration retten. Von ihnen kehrten nur 5.000 zurück. Da sich die österreichische Regierung für die

Rückholung und Betreuung heimkehrwilliger österreichischer JüdInnen unzuständig erklärte, begann im Juni 1946 das „Wanderungsreferat der Israelitischen Kultusgemeinde“ unter der Leitung des Kommunisten Michael Kohn, sich ihrer anzunehmen.

Ende 1945 zählte die Israelitische Kultusgemeinde aber noch nicht mehr als 3.955 Mitglieder, von denen 1.727 aus der Hölle der Konzentrationslager zurückgekehrt waren. Da es die österreichische Praxis war, diese gegenüber den politisch Verfolgten als Opfer zweiter Klasse zu behandeln, konstituierte sich im Februar 1946 unter Leitung des Kommunisten Akim Lewit das „Aktionskomitee der jüdischen KZler“, dessen Ziel war, die Anerkennung als gleichberechtigte Opfer durchzusetzen, was zum Teil gelang.

Sechs Monate lang war die provisorische Regierung nur seitens der sowjetischen Besatzungsmacht anerkannt. Ihre Autorität beschränkte sich auf deren Sektor. Das änderte sich erst durch die im September abgehaltene „Länderkonferenz“, die unter Beteiligung der westlichen Bundesländer stattfand und sich darauf einigte, für den 25. November bundesweite Wahlen anzusetzen. Erst danach wurde die Renner-Regierung auch von den westlichen Besatzungsmächten akzeptiert.

Der frühzeitige Wahltermin war für die KPÖ ein Nachteil. Viele ihrer besten Kader waren im antifaschistischen Widerstand gefallen, nicht wenige waren Opfer des stalinistischen Terrors geworden, Tausende KommunistInnen kehrten erst im Verlauf des Jahres aus den Konzentrationslagern und dem Exil heim. Die Mitgliederzahl der Partei war zwar rasch auf mehr als 100.000 angewachsen, sie hatte aber noch keine Gelegenheit gehabt, eine flächendeckende Organisation aufzubauen.

Ausschlaggebend dafür, daß die KPÖ dem frühen Wahltermin trotzdem zustimmte, war, dass die konservativ geführten Bundesländer diesen zur Bedingung ihrer Beteiligung an der provisorischen Regierung, damit aber für die staatliche Einheit machten.

Die Novemberwahlen wurden auf Basis des Wahlrechts der Ersten Republik durchgeführt, das die Bundesländer mit konservativen Mehrheiten gegenüber den „roten“ Städten und Regionen bevorzugte. Ihr Resultat bewegte sich im Rahmen des Kräfteverhältnisses zwischen Rechts und Links, das vor dem Krieg bestanden hatte. Mit etwas weniger als der Hälfte der Stimmen erreichte die ÖVP die absolute Mandatsmehrheit. Auf die KPÖ entfielen 175.000 Stimmen (fünf Prozent) aber nur vier von 165 Mandaten. Ein Mandat der ÖVP „kostete“ nach diesem Wahlsystem im Schnitt 18.000, ein Mandat der KPÖ aber 43.000 Stimmen.

Die innenpolitischen Weichen wurden mit den frühen Wahlen, wie die restaurativen Kräfte es bezweckt hatten, nach Westen und in Richtung Kapitalismus

gestellt. Die KommunistInnen erlebten dieses Wahlergebnis als eine bittere, unverdiente Zurückweisung. Misst man es an ihren Leistungen und Opfern, trifft dies ohne Zweifel zu. Andererseits ist aber auch zutreffend, dass sich die Zahl der KPÖ-Stimmen im Vergleich zu den letzten Wahlen der Ersten Republik auf das Neunfache gesteigert hatte.

Doch vor allem erwies sich im Ergebnis der Novemberwahlen, dass die von der KPÖ vertretene Entnazifizierung das Programm lediglich einer Minderheit darstellte; und dies nicht nur, weil man damals begann, die KPÖ mit der sowjetischen Besatzungsmacht und deren Übergriffen zu identifizieren; sondern in erster Linie, weil die staatsgründende These, der Faschismus sei den ÖsterreicherInnen ausschließlich von außen aufgezwungen worden, nicht zutrifft. Tatsächlich reichte die Korruption der Gesellschaft durch den Nationalsozialismus viel weiter als es in der ohnehin bestürzend hohen Zahl von 600.000 NSDAP-Mitgliedern, die 1945 von der Wahl ausgeschlossen waren, zum Ausdruck kommt, und vor allem als die heimkehrenden bzw. aus der Illegalität an die Öffentlichkeit tretenden KommunistInnen es wahrhaben wollten.

Mit dem Realismus der Rückschau betrachtet war das KPÖ-Abschneiden bei den Novemberwahlen nicht ausschließlich negativ einzuschätzen. Es signalisierte der Partei zwar bei weitem keine Mehrheit in der Arbeiterbewegung aber doch einen beachtlichen Einfluss.

Peitsche mit und ohne Zuckerbrot

Der Weg Österreichs wurde allerdings zu einem guten Teil durch internationale Entwicklungen bestimmt. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg verzichteten die Siegermächte darauf, Deutschland unerträglich hohe Reparationen aufzuerlegen. Soweit die Sowjetunion auf Reparationen bestand, waren diese durch die erlittenen Zerstörungen gerechtfertigt.

Schon in der Schlussphase des Krieges war von den alliierten Mächten außerdem, den Anregungen J.M. Keynes folgend, festgelegt worden, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft mittels neuer Instrumente, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, die 1944 im Rahmen der Vereinten Nationen geschaffen wurden, zu regulieren.

Anfang 1945 hatten sich bei der Konferenz von Jalta die „großen Drei“, Churchill, Roosevelt und Stalin auf eine europäische Nachkriegsordnung geeinigt, das heißt ihre Einflusssphären abgesteckt. Demzufolge fielen Frankreich, Italien und Griechenland in den westlichen Einflussbereich, obwohl es dort beachtliche Widerstandsbewegungen mit starkem kommunistischen Einfluss gab, während beispielsweise Polen, Ungarn und Rumänien, wo es sich gerade nicht so ver-

hielt, der Sowjetunion zufließen. In diesem Sinn entsprach der in Jalta skizzierte Frieden dem Muster aller Friedensabkommen, die siegreiche Großmächte seit jeher ohne Ansehen der Wünsche von Bevölkerungen eingingen. Vom Standpunkt russischer „Sicherheitsinteressen“ mag das möglicherweise rational gewesen sein; dass so aber keine „Weltrevolution“ zu gewinnen war sollte sich im Kalten Krieg und dessen Resultat zeigen.

Wann hat der Kalte Krieg begonnen? Vieles spricht dafür, dass der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki vor allem eine Drohung der USA an die Adresse der Sowjetunion darstellte und damit den Kalten Krieg einleitete. 1946/1947 wurde die einschneidende Änderung der britischen und US-amerikanischen Politik jedenfalls öffentlich ausgesprochen. Im März 1947 verkündete US-Präsident Truman eine Doktrin, derzufolge das „Eindämmen“ und „Zurückdrängen“ des sowjetischen Einflusses in Europa nun die strategische Priorität bildete.

Auch die Kommunistische Bewegung änderte die Richtung. Die grundlegende Einschätzung bestand darin, dass die Welt in zwei unversöhnliche Lager – Sozialismus, verkörpert in der Sowjetunion, und Kapitalismus, angeführt von den USA – geteilt sei. In der Folge wurden die kommunistischen Alleinherrschaften in Osteuropa installiert. Zur Disziplinierung wurde zwischen den regierenden Parteien und den großen KPen Italiens und Frankreichs das „Kommunistische Informationsbüro“ (Kominform) geschaffen. Jugoslawiens KommunistInnen, die die Gleichschaltung im Zeichen des Kalten Krieges verweigerten, wurden vom Kominform-Büro einer polemischen Kritik unterzogen und als sie diese nicht akzeptierten im Jahr 1949 aus der Gemeinschaft der kommunistischen Bewegung ausgestoßen. Dies hatte auch in Österreich bittere Konsequenzen. Die KPÖ-Führung übernahm die Kominform-Beschlüsse vollinhaltlich und grenzte Hunderte slowenische KommunistInnen aus ihren Reihen aus, obwohl diese einen so entscheidenden Anteil am österreichischen Befreiungskampf gehabt hatten. Der Kalte Krieg führte damit zur ersten Krise der kommunistischen Bewegung nach 1945, auch in Österreich.

Auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges wurde die Peitsche geschwungen. Ausschlaggebend wurde, dass eine von beiden darüber hinaus auch über Zuckerbrot verfügte.

Im Juni 1947 verkündete der ehemalige Chef des US-Generalstabs, George C. Marshall, in Harvard das Europäische Wiederaufbauprogramm (ERP), das den Wirtschaften des zerstörten Kontinents bedeutende Mittel zuführte und auf diesem Weg neue Märkte für die von Kriegs- auf Friedensproduktion umgestellte US-Wirtschaft schuf.

Damit war auch klar, dass ÖVP und SPÖ den Weg der kapitalistischen Restau-

ration und Westorientierung beschleunigten. Im November beschloss die Regierung, eine Währungsreform, die zu Lasten breiter Schichten der Bevölkerung ging. Die KPÖ nahm dies zum Anlass, aus der Regierung auszutreten. Im Juni 1948 schloss Österreich sich dem ERP an, was die KPÖ aufgrund ihrer außenpolitischen Orientierung ablehnen musste.

Damit verlor die KPÖ, obwohl sie sich früher als alle anderen Parteien für die Neutralität und den Staatsvertrag aussprach, die strategische Initiative im Kampf um die Herstellung der österreichischen Unabhängigkeit. Anders und direkt ausgedrückt: 1948 stellte die von der KPÖ vertretene Volksdemokratisierung Österreichs nach osteuropäischem Vorbild die schlechtere Option für die österreichische Bevölkerung dar, die sie nun nicht mehr allein aufgrund antikommunistischer Einstellung, sondern wegen der erkennbaren Nachteile ablehnte.

Im Zuge des verschärften Antikommunismus begann die SPÖ-Führung den ÖGB immer mehr parteipolitisch zu fraktionieren, was dem überparteilichen Charakter des Gewerkschaftsbundes widersprach. 1948 wurde der ehemalige Zentralsekretär der SPÖ, Erwin Scharf, der die Linken im Parteivorstand vertrat und sich öffentlich für die Zusammenarbeit mit der KPÖ ausgesprochen hatte, aus der Partei ausgeschlossen. Die von ihm gegründete und geführte Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) vereinigte sich 1956 mit der KPÖ.

In der Israelitischen Kultusgemeinde wurde die KPÖ-nahe Liste „Jüdische Einigkeit“ zur selben Zeit aus allen führenden Positionen gedrängt, obwohl sie noch immer die mit Abstand stimmenstärkste Gruppe war. An der folgenden politischen Marginalisierung der jüdischen Kommunisten war allerdings nicht nur der politische Gegner schuld. Indem die Partei die antisemitischen Aspekte der Gleichschaltung Osteuropas und in den neuerlichen Schauprozessen leugnete, verlor sie in der jüdischen Öffentlichkeit einen großen Teil der Autorität, die sich sie im Widerstand und nach der Befreiung erworben hatte.

Die Frontstellung, die der Kalte Krieg in der österreichischen Innenpolitik bewirkte, wurde in allen gesellschaftlichen Sektoren durchgesetzt, auch in der Frauenpolitik. Unmittelbar nach der Befreiung waren die kommunistischen Frauenstrukturen der Zwischenkriegszeit reaktiviert worden. Zur Vorsitzenden des Frauenkomitees wurde Hella Postranecky, eine der prominenten Sozialdemokratinnen, die sich in der Illegalität der KPÖ angeschlossen hatten. An der Basis der Partei wurden kommunistische Frauenaktive geschaffen. Vom zentralen Frauenkomitee wurde ab Oktober 1945 die „Stimme der Frau“ herausgegeben. 1946 kam es zu einer Neuorientierung. Kommunistische Frauen gründeten gemeinsam mit anderen den Bund Demokratischer Frauen Österreichs als eine gemeinsame überparteiliche antifaschistische Frauenorganisation. Dem ersten Komitee des BDFÖ gehörten die kommunistische Widerstandskämpferin Anna Grün, die



Anna Strömer-Hornik (1890–1966).
Foto aus 1955.

ehemalige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Maria Köstler sowie Lina Loos, Maria Eis und Hilde Wagener an.

1948 beschloss aber eine Frauenkonferenz der SPÖ, unter ausdrücklicher Nennung des BDFÖ, dass sozialdemokratische Frauen sich keinen überparteilichen Organisationen mehr anschließen sollten. Frauen, die sich dieser Direktive widersetzen, wurden aus der SPÖ ausgeschlossen.

Gleichzeitig führte der Beitritt des BDFÖ zur 1945 gegründeten Internationalen Demokratischen Frauenföderation, in denen auch die Frauenorganisationen der Sowjetunion und der eben entstehenden Volksdemokratien vertreten waren, zu einem Rückzug bürgerlicher Frauen aus der Organisation, in der damit – trotz aller Anstrengungen, die Überparteilichkeit zu bewahren – die Kommunistinnen mit parteipolitisch ungebundenen Frauen allein blieben.

So bildete das Jahr 1948 auch in Österreich die Wasserscheide. Die von der KPÖ in der Illegalität und im Exil selbstständig ausgearbeitete Strategie, über den nationalen Befreiungskampf und eine konsequente Entnazifizierung einen demokratischen Weg zum Sozialismus zu öffnen, scheiterte vor allem an den geopolitischen Bedingungen und an der bedingungslosen Unterordnung der KPÖ-Führung unter diese.

Ihre nachteilige Position auf dem Feld der nationalen Politik vermochte die

Partei Ende der 1940er-Jahre jedoch in den Klassenkämpfen zu kompensieren, die sich um das Ausmaß der Lasten entwickelten, die die ArbeiterInnenklasse für die kapitalistische Restauration tragen sollte. Den Höhepunkt bildete der große Streik im Oktober 1950.

Im Klassenkampf

Seit 1947 hatten ÖGB und Bundeswirtschaftskammer in geheimen Verhandlungen „Lohn- und Preisabkommen“ geschlossen. Da sie zur Beschleunigung der Kapitalakkumulation jeweils beträchtliche Reallohnsenkungen vorsahen, hatten sie immer wieder zu erbitterten Arbeitskämpfen geführt.

Als am 25. September 1950 der Abschluss des vierten Lohn- und Preisabkommens bekannt gegeben wurde, kam es in den wichtigsten Betrieben Oberösterreichs, unter anderem der VOEST in Linz und dem Steyr-Werk, zu spontanen Arbeitsniederlegungen. Erst am nächsten Tag breitete sich der Streik in die sowjetische Besatzungszone nach Wien und Niederösterreich, dann auch in die Steiermark aus. Überall kam es zu Massendemonstrationen, an denen sich auch örtliche sozialdemokratische GewerkschaftsfunktionärInnen beteiligten.

Innerhalb von zwei Tagen hatte sich die größte Streikbewegung der österreichischen ArbeiterInnen und Angestellten seit dem Jänner 1918 entwickelt.

Die KPÖ, die sich vom ersten Augenblick an die Seite der Streikenden stellte, war mit der politischen und taktischen Führung des Kampfes überfordert. Um durch die Einberufung einer gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz eine breit legitimierte Streikleitung aufzubauen und ein Forderungsprogramm zu beschließen, empfahl das Politische Büro, den Streik für einige Tage zu unterbrechen.

Als er am 4. Oktober wieder aufgenommen werden sollte, war jedoch die Dynamik gebrochen. Die Gegenkräfte hatten sich gesammelt. Mit der Denunziation, die KPÖ versuche einen Putsch, vermochten Regierung, Parteien und ÖGB-Führung die Bewegung zu spalten. Wo erforderlich, wurde sie mit dem Einsatz der Exekutive oder der von Franz Olah, dem Sekretär der Bau- und Holzarbeiter-Gewerkschaft, mit Geldern der CIA aufgestellten Rollkommandos brachial niedergeschlagen. Am 5. Oktober beschloss die Betriebsrätekonferenz, die noch immer streikenden Belegschaften zum Abbruch ihrer Aktionen aufzurufen.

Mit dem Oktoberstreik überschritten die Klassenkämpfe der Nachkriegsjahre ihren Höhepunkt. Die Streikenden erreichten ihr Ziel, den vierten Lohn- und Preisakt zu Fall zu bringen, zwar nicht, erzwangen aber einen Stopp der Belastungen. Zusammen mit der kurz darauf einsetzenden fordistischen Konjunktur folgte auf den großen Streik ein Anstieg des Lebensstandards der österreichischen



Oktoberstreik 1950, Demonstration auf der Wiener Ringstraße.

ArbeiterInnenklasse, der mehr als zwei Jahrzehnte anhalten sollte. Der Oktoberstreik leitete das „Goldene Zeitalter“ des österreichischen Kapitalismus ein.

Für die KPÖ war das Ergebnis des großen Kampfes widersprüchlich. Gedeckt durch die von A bis Z erlogene Behauptung, die Kommunistische Partei hätte mit dem Streik einen Putsch bezweckt, wurden Hunderte ihrer Mitglieder aus Betrieben der Verstaatlichten Industrie entlassen und die ÖGB-Gremien von KommunistInnen gesäubert. 85 kommunistische GewerkschaftsfunktionärInnen, darunter Gottlieb Fiala, der Mitbegründer des Gewerkschaftsbundes, wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Stimmenzahl der KPÖ oder von der KPÖ unterstützter Listen, 1945 bis 1959 (inklusive der Bundespräsidentenwahl (1951, Kandidat Gottlieb Fiala)

1945 (NR)	1949 (NR)	1951 (BP)	1953 (NR)	1956 (NR)	1959 (NR)
174.257	213.066	220.000	228.159	192.438	142.578

Andererseits aber gewann die KPÖ unter den österreichischen ArbeiterInnen und Angestellten weiter an Ansehen, was sich auch an den Wahlergebnissen ablesen lässt.

Das „Goldene Zeitalter“ des österreichischen Kapitalismus

Der Staatsvertrag und seine Auswirkungen

Nach Stalins Tod entspannten sich die internationalen Beziehungen. Es kam auch Bewegung in die Verhandlungen um den österreichischen Staatsvertrag. Der sowjetische Außenminister Molotow hatte bei einer Konferenz in Berlin, im Februar 1954, für den Fall einer verbindlichen Zusage Österreichs, sich keinem Militärpakt anzuschließen, einen raschen Abschluss in Aussicht gestellt. Entsprechend ihrer Linie riet die KPÖ der Regierung, diese Möglichkeit zu ergreifen.

Erst ein Jahr später reiste eine österreichische Regierungsdelegation nach Moskau, um nach jahrelangem Widerstreben die österreichische Neutralität als Voraussetzung der Unabhängigkeit zu akzeptieren. Der Weg zum Staatsvertrag war frei.

Am 15. Mai 1955 wurde im Wiener Schloss Belvedere der österreichische Staatsvertrag durch den österreichischen Außenminister Leopold Figl und die Außenminister der vier Besatzungsmächte unterzeichnet. Am 26. Oktober beschloss der Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und KPÖ, aber gegen die des VdU (Vorläufer der FPÖ), das Gesetz über die Immerwährende Neutralität.

Paradoxe Weise war die KPÖ-Führung von dieser Beschleunigung überrascht worden. Auf dem 16. Parteitag 1954 hatte Parteivorsitzender Koplenig – entgegen der ursprünglich positiven Wertung des Molotow-Vorschlags – erklärt, dass angesichts der Verschärfung der Konfrontation zwischen den „zwei Lagern“ ein Staatsvertrag weiter entfernt denn je sei. Wegen des drohenden Anschlusses Österreichs an das wieder aufgerüstete Deutschland entspreche die Losung der Neutralität nicht mehr den Gegebenheiten.

Trotzdem begrüßte die KPÖ 1955 den Abschluss des Staatsvertrags und die Neutralität enthusiastisch, da beide der politischen Orientierung entsprachen, die sie seit zehn Jahren verfolgte.

Doch war der Jubel unter der Oberfläche durchwachsen.

Die Wiedererrichtung der staatlichen Unabhängigkeit, für die die KPÖ seit 1938 wie keine andere Partei gekämpft hatte, stand anders als erhofft nicht im



Das Neue Theater in der Scala.

Zeichen einer Links- sondern einer Rechtentwicklung. Das hatte auch sehr praktische Auswirkungen. In den Betrieben Ostösterreichs wurden unmittelbar nach Abschluss des Staatsvertrags kommunistische ArbeiterInnen zu Hunderten gekündigt. In Wien wurde 1956 das von der KPÖ gegründete „Neue Theater in der Scala“, die einzige Bühne der Stadt, die es wagte, den Brecht-Boykott zu durchbrechen, zum Zusperrern gezwungen.

War also die KPÖ von Moskau in der nationalen Frage ausmanövriert worden?

Möglicherweise. Indizien aber, wie etwa der Verlauf eines Gesprächs, das Parteivorsitzender Koplenig und der ZK-Sekretär Fürnberg im Februar 1948 in Moskau geführt hatte, legen einen anderen Schluss nahe, dass nämlich der engste Zirkel der KPÖ-Führung in der entscheidenden Phase den falschen Leuten der mächtigen Schwesterpartei zugehört und auf die falschen Kräftegruppierungen in ihr gesetzt hatte.

Doch hielt das folgende Jahr 1956 mit den Enthüllungen der Verbrechen Stalins durch den XX. Parteitag der KPdSU noch viel fundamentalere Anfragen an die KommunistInnen parat. Die Art, in der sie bearbeitet bzw. nicht bearbeitet wurden, definierte die Entwicklung der KPÖ für die kommenden Jahrzehnte.

Namens der KPÖ hatte deren Vorsitzender Koplenig am XX. Parteitag teilgenommen. Kurz vor seiner Rückreise war er in kurzer persönlicher Unterredung



Ernst Fischer (1899–1972)



Nikita Chruschtschow (1894–1971)

über Chruschtschows Referat in der geschlossenen Sitzung informiert worden. Dessen allgemeiner Inhalt, dass nämlich unter Stalins Herrschaft Verbrechen sonder Zahl begangen worden waren, konnte für Kopenig, der wie Fischer und Fürnberg im Moskauer Exil gelebt hatte, keine Neuigkeit darstellen. Überrascht wurde er aber offenbar von der Entschlossenheit der sowjetischen Führung, dies nun öffentlich auszusprechen.

Widersinnigerweise bestritt er nach seiner Rückkehr die Existenz des Geheimberichts, und sogar dann noch, als dieser über die New York Times allgemein zugänglich gemacht worden war.

Die Erschütterung der KPÖ betraf nicht nur das ideologische Selbstverständnis. Betroffenheit ergab sich auch daraus, das in den 1930er-Jahren Hunderte österreichische KommunistInnen den stalinistischen Verbrechen zum Opfer gefallen waren. Unter denen, die aus dem sowjetischen Exil heimgekehrt waren und sich der Parteiarbeit zur Verfügung stellten, befanden sich sowohl Opfer wie aktiv Beteiligte. Darüber hinaus machte die widersprüchliche Rolle, die die Parteiführung in Moskau gespielt hatte, den Stalinismus zu einer verdrängten, aber nichtsdestoweniger bedrückenden Realität der parteiinternen Verhältnisse.

Im Herbst 1956 kam es zu Arbeiterprotesten in Polen. Kurze Zeit später rebellierten die StudentInnen und ArbeiterInnen in Ungarn. Zur dramatischen Zu-

spitzung der ungarischen Krise kam es durch das Einrücken sowjetischer Truppen in Budapest, was, obwohl sich die Sowjets nach kurzer Zeit wieder zurückzogen und auch eine neue Regierung gebildet wurde, einen allgemeinen Volksaufstand hervorrief. Diesen warf die Sowjetarmee nun mit geballter militärischer Macht blutig nieder.

Die Ereignisse verfehlten nicht ihre Wirkung auf die KPÖ. Die Parteiführung interpretierte die Vorgänge im Nachbarland als „Konterrevolution“ und akzeptierte in Folge dessen das sowjetische Eingreifen. Die Sympathien der österreichischen der Öffentlichkeit lagen genau gegenteilig.

Aber erstmals stand zu diesem Zeitpunkt auch eine große Zahl der KP-Intellektuellen in Opposition zur Parteiführung. Ernst Fischer legte dem Politischen Büro Ende 1956 eine Denkschrift vor. Darin widersprach er zum Einen der These, dass sich das Verständnis der Deformationen des sowjetischen Systems ausschließlich auf die Person Stalins reduzieren ließ, wie es im Begriff „Personenkult“ nahe gelegt wurde.

Bezüglich Ungarn stellte er fest, dass dieses nicht als „sozialistisch“ bezeichnet werden könnte. Nach der Befreiung hätten zwar vielversprechende Ansätze für eine „sozialistisch demokratische Entwicklung“ bestanden. Diese sei aber 1948 abgebrochen worden. Aufgrund des Kalten Krieges vor allem aber auf den Druck der Sowjetbürokratie zur Zeit Stalins habe die ungarische Partei das sowjetische Beispiel nachgeahmt und bedenkenlos übertragen.

Damit hatte Fischer das Problem der stalinistischen Gleichschaltung Osteuropas, die sich für die KPÖ so fatal ausgewirkt hatte, bereits 1956, das heißt, acht Jahre vor Palmiro Togliattis berühmtem Memorandum, angesprochen. Die von ihm beabsichtigte Debatte wurde von der Parteiführung ebenso abgelehnt wie die vom ehemaligen kommunistischen Kulturstadtrat der Gemeinde Wien, Viktor Matejka, eingeforderte fundamentale Auseinandersetzung mit dem Stalinismus. Erstmals verließ damals eine größere Gruppe Intellektueller, darunter Hermann und Otto Langbein, die Partei. Andere verabschiedeten sich innerlich.

Auf dem 17. Parteitag der KPÖ, der 1957 Schlussfolgerungen aus der geänderten Situation ziehen sollte, unterbreitete Fürnberg im Namen des ZK „Leitsätze“ unter dem Titel „Der Weg Österreichs zum Sozialismus“. Auf Basis nationaler Besonderheiten und gestützt auf ein Bündnis mit den „sozialistischen Staaten“ wurde ein eigenständiger Weg Österreichs zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg in Aussicht genommen.

Damit sollte ein Anknüpfen an die bis 1948 verfochtene Orientierung signalisiert werden. Doch wie relevant war die Selbstbeschränkung einer machtlos gewordenen Partei auf ausschließlich friedliche Mittel? Wie glaubwürdig ihre Versicherung der Eigenständigkeit?

Daß dies alles ausgerechnet noch mit dem Verweis auf jene „sozialistischen Länder“ verbunden wurde, die sich in der Ungarn-Krise blutig diskreditiert hatten, machte es auch ungeeignet für die Bemühung, die Basis der KPÖ zu verbreitern. Für die „Leitsätze“, die 1958 von einer Parteikonferenz angenommen wurden, galt daher Grillparzers Wort: „Auf halbem Weg, zu halber Tat, mit halben Mitteln zauderhaft zu streben“...

Lang anhaltende Konjunktur

1956 hatte indes auch einen positiven Aspekt. Bei den 1956 stattgefundenen Nationalratswahlen erlitt die KPÖ zwar in acht Bundesländern Verluste, erreichte in Wien aber mit 96.000 Stimmen ein Rekordergebnis. Mit bundesweit 179.000 Stimmen konnten drei Mandate gehalten werden. Allgemein wurde der Wahlerfolg in Wien mit einem großen Streik der StraßenbahnerInnen in Zusammenhang gebracht. Wieder schien sich die Möglichkeit zu bewahrheiten, mit klassenkämpferischer sozialökonomischer Interessenspolitik die mangelnde strategische Perspektive ausgleichen zu können.

Doch zur selben Zeit hatte auch die sozialökonomische Entwicklung einen Wendepunkt überschritten. Ab 1953 begann beispielsweise die Arbeitslosigkeit zu sinken.

Die Initialzündung des Wirtschaftsaufschwunges war auch in Österreich vom Marshall-Plan ausgegangen. Zweifelsfrei waren dafür, dass Österreich pro Kopf der Bevölkerung die meisten ERP-Mittel aller europäischen Länder erhielt, dieselben geopolitischen Gründe ausschlaggebend, weswegen sich die KPÖ gegen eine Teilnahme am Marshall-Plan ausgesprochen hatte. Tatsächlich leitete dieser aber in eine Konjunkturphase über, die bis Ende der 1960er-Jahre ungebrochen anhalten sollte.

Die materielle Basis dieser Entwicklung bildeten die Großbetriebe der Grund-, Schwer- und Elektroindustrie, die nach dem Zweiten Weltkrieg in öffentliches Eigentum übergegangen waren. Dazu kam eine ebenfalls zum überwiegenden Teil verstaatlichte Erdöl- und Energiewirtschaft, die aufgrund der reichen Ressourcen den Eigenbedarf des Landes in hohem Maße abdecken konnte. Über die an die im öffentlichen Eigentum stehenden Großbanken angeschlossenen Industriekonzerne kontrollierte der Staat zudem einen beträchtlichen Teil des Maschinen- und Apparatebaus sowie der Chemieindustrie. Nicht nur, dass die Verstaatlichte Industrie Hunderttausenden ArbeiterInnen und Angestellten Arbeit und Einkommen garantierte, sie begünstigte über die Bereitstellung billiger Rohstoffe und Vorprodukte auch die private Kapitalakkumulation.

Die Klassenkämpfe der unmittelbaren Nachkriegsperiode hatten einen spezi-

fischen Mechanismus der wirtschaftlichen Regulierung entstehen lassen. Aus den Lohn- und Preisabkommen und dem 1951 von der Regierung eingerichteten, später vom Verfassungsgerichtshof wieder aufgehobenen Wirtschaftsdirektorium, dem auch Interessensverbände und Nationalbank angehörten, wurde 1957 die „Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen“. Ohne gesetzliche Grundlage wurde sie der Prototyp eines Geflechts von Kommissionen und Beiräten, die aus ÖGB und Arbeiterkammer auf der einen, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer auf der anderen Seite bestanden und das den österreichischen Kapitalismus einer umfassenden Regulierung unterwarf.

Seit 1954 stieg der private Konsum an, was dem konjunkturellen Aufschwung eine stabile Basis verlieh. Mit der Massenproduktion veränderte sich die Konsum- und Lebensweise. Das Wirtschaftswunder fasste Tritt. Ohne dass es den Akteuren und Akteurinnen vollständig bewusst geworden wäre, war mit der Wechselwirkung von industrieller Massenproduktion, sozialpartnerschaftlicher Regulierung und einer neuen „amerikanisierten“ Konsum- und Lebensweise ein für längere Zeit stabiler, der „fordistische“ Entwicklungspfad der kapitalistischen Ökonomie gefunden worden.

Für die KPÖ bedeutete das aber, dass eine ihrer Kernkompetenzen, die klassenkämpferische Interessensvertretung an Bedeutung einbüßte.

Die KommunistInnen stellten zwar weiterhin offensive sozialpolitische Forderungen. Ein Gesetz zur Dynamisierung der Pensionen und der gesetzliche Mindesturlaub von drei Wochen gingen auf ihre Initiativen zurück. In einem allgemeinen Klima der zunehmenden Entpolitisierung konnten so zwar örtliche und betriebliche Positionen gehalten, die verloren gegangene gesellschaftspolitische Initiative nun aber nicht mehr ersetzt werden.

Krise in der Krise

Aus denselben Gründen, nämlich der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung des Kapitalismus, wurde Mitte der 1960er-Jahre die Große Koalition obsolet, umso mehr als ÖVP und SPÖ sich mit der „Sozialpartnerschaft“ den strukturellen Rahmen einer von Wahlergebnissen und Parlamentskonstellationen unabhängigen Zusammenarbeit geschaffen hatten.

Mitte der 1960er-Jahre war die SPÖ durch den internen Kampf, den der ÖGB-Präsident und zwischenzeitliche Innenminister, Franz Olah, um die Parteiführung führte, geschwächt. Diese Lage nützte die ÖVP, um Neuwahlen anzuzetteln.

Die KPÖ, die auf dem 19. Parteitag Franz Muhri zum neuen Vorsitzenden gewählt hatte, befand sich in einer schwierigen Lage. Zwar verfügte sie noch im-

mer über eine beachtliche WählerInnen-Basis. Angesichts des ungerechten Wahlrechts sah die Führung trotzdem wenig Möglichkeit, die parlamentarische Vertretung wiederzugewinnen. Aufgrund dessen einigten sich – entgegen der nachträglichen parteiinternen Darstellung – alle ihre Richtungen darauf, bundesweit, die Stimmabgabe für die SPÖ zu empfehlen. Nur im nördlichen Wien, dem Wahlkreis IV, wo man sich Chancen auf ein Grundmandat ausrechnen konnte, sollte die KPÖ antreten.

KPÖ-Wahlergebnisse 1962 bis 1970 (1966 nur Wahlkreis IV)

1962	1966	1970
135.520	18.636	44.750

Im Ergebnis der Wahlen stellte sich heraus, dass keines der angegebenen Ziele erreicht wurde. Die SPÖ verlor an eine von Olah ins Leben gerufene neue Rechtsgruppierung mehr Stimmen als sie durch die Wahlempfehlung der KPÖ zulegte. Der ÖVP gewann mit einer hysterischen antikommunistischen Kampagne („Die rote Volksfront droht“) die absolute Mehrheit. Enttäuscht wurde auch die Hoffnung der KPÖ auf ein Grundmandat in Wien. Am folgenschwersten stellte sich bei bald darauf abgehaltenen Regionalwahlen in Oberösterreich und in Kärnten aber heraus, dass die Partei einen großen Teil ihrer StammwählerInnen ohne Not und Erfolg aufgegeben hatte.

Dabei wären Überlegungen, auf welche Weise das kommunistische Stimmenpotenzial besser politisch ins Spiel gebracht werden könnte und wie das Verhältnis zur Sozialdemokratie neu zu bestimmen wäre, höchst dringend gewesen. Mit der Idee allerdings, diese Probleme durch eine Änderung der Wahltaktik lösen zu können, wurde ihre Tiefe weit unterschätzt.

Folgt man der Lenin'schen Theorie, so setzt sich der Kampf einer kommunistischen Partei aus drei Komponenten zusammen, der populären, sozialökonomischen Interessensvertretung, der Intervention auf dem Feld der nationalen Politik und der Ideologie. In allen drei Aspekten befand sich die KPÖ Mitte der 1960er-Jahre in einer Sackgasse, wobei das Haupthindernis einer Erneuerung in der ideologisch begründeten Fixierung auf das sowjetische Sozialismusmodell bestand, die nicht nur die politischen Optionen einschränkte, sondern auch die Beurteilung neuer sozialökonomischer Tendenzen des Kapitalismus erschwerte.

1965 kam es zu einem markanten Konflikt an den Hochschulen. Gegen den in Wien lehrenden deutschnationalen Universitätsprofessor, Taras Borodajkewicz, der seine Vorlesungen mit antisemitischen Äußerungen anreicherte, demonstrierten am 31. März 1965 Tausende Studierende, KZlerInnen, Angestellte und



Ernst Kirchweger (1898–1965)



Schweigemarsch auf der Wiener Ringstraße.

ArbeiterInnen. Ein Teilnehmer dieser Demonstration, der kommunistische Antifaschist Ernst Kirchweger, wurde von einem rechtsextremen Gegendemonstranten attackiert und so schwer verletzt, dass er nach wenigen Tagen verstarb. Sein Begräbnis wurde zur größten antifaschistischen Manifestation der Zweiten Republik. Hinter seinem Sarg marschierten die KPÖ-Führung, Mitglieder der Bundesregierung und 25.000 Menschen über die Ringstraße.

In den 1960er-Jahren hatten die steigende Arbeitsproduktivität in der Industrie und das Wachstum der Dienstleistungssektoren begonnen, die Struktur der westeuropäischen Gesellschaften zu verändern. Deutlich kam das in der anwachsenden Zahl der Studierenden zum Ausdruck, deren soziale und geschlechtermäßige Zusammensetzung sich veränderte.

In Westeuropa war es 1966/67 zu einem konjunkturellen Abschwung gekommen. Die ersten Anzeichen einer Krise der kapitalistischen Nachkriegsökonomien wurden sichtbar.

Der schmutzige Krieg, den die USA in Vietnam führte, erschütterte zudem auch die moralische Legitimation von Wirtschaftswunder und Wiederaufbau.

Dies fand in der StudentenInnenbewegung einen deutlichen Ausdruck. Im Pariser Mai rüttelten die neuen gesellschaftlichen Kräfte, die in Bewegung gekommen waren, an der bislang unerschütterlichen Ordnung. Auch diejenigen unter



Alexander Dubcek (1921–1992)



Franz Muhri (1924–2001)

den kommunistischen Parteien Westeuropas, die Machtpositionen und WählerInnenschaft über die zwei Jahrzehnte des Kalten Krieges behaupten konnten, waren durch die Dynamik der StudentInnenbewegung überrascht.

Die einflussreichen kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien erachteten die in Jalta festgesetzte Teilung Europas, die durch den Kalten Krieg verfestigt wurde, für eine bis auf weiteres unabdingbare Voraussetzung des Friedens. Das brachte sie in Gegensatz zu den Bewegungen, die diesen Rahmen nicht akzeptierten.

Indem die gesellschaftlichen Erschütterungen des Jahres 1968 jenseits nationaler Besonderheiten in Widersprüchen der fordistischen Produktions-, Regulations- und Lebensweise ihren Ausgangspunkt hatten, mussten sie sich auch im Staatssozialismus ausdrücken, der sich auf dem Weg befand, diese Entwicklung nachzuholen. Nicht zufällig kulminierten die Ereignisse in der CSSR, dem Staat Osteuropas mit der fortgeschrittensten industriellen Basis und sozialen Struktur.

Im Jänner 1968 hatte das Zentralkomitee der KPC rechtzeitig, um einer gesellschaftlichen Krise zuvorzukommen, Antonin Novotny, einen Kader aus der Ära des Stalinismus, als Generalsekretär durch Alexander Dubcek ersetzt. In einem wenige Monate später beschlossenen Aktionsprogramm legte die Partei

den Kurs auf wirtschaftliche und politische Reformen fest. Unter anderem wurde angekündigt, auf Basis des Sozialismus einen politischen Pluralismus zuzulassen. Tatsächlich begann sich ein vielfältiges politisches und kulturelles Leben zu entfalten.

Das Resultat der dadurch ausgelösten gesellschaftlichen Prozesse war angesichts der schwierigen Lage tatsächlich offen. Im Westen spekulierte man auf einen Seitenwechsel der CSSR. Andererseits versicherte die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, die bei den freien Wahlen nach der Befreiung vom Faschismus die mit Abstand stärkste Kraft im Land gewesen war und nach wie vor eine Massenpartei darstellte, aber die Prozesse in ihrem Sinn zu steuern und vor allem die Zugehörigkeit des Landes zum Warschauer Vertrag garantieren zu können.

Unter Missachtung der unter den Parteien getroffenen Abmachungen und aller Regeln der zwischenstaatlichen Beziehungen überschritten am 21. August 1968 Truppen von fünf Armeen des Warschauer Vertrags die Grenze und setzten dem „Prager Frühling“ ein Ende. Mit der im April 1969 erfolgten Einsetzung Gustav Husaks zum neuen Generalsekretär der KPC wurde die politische „Normalisierung“ der CSSR nach sowjetischen Maßstäben abgeschlossen.

Der austro-eurokommunistische Versuch

Große Teile der KPÖ hatten den „Prager Frühling“ mit Sympathie verfolgt, vor allem in der Hoffnung, dass der erfolgreiche Aufbau eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ auch in Österreich das Bild des Kommunismus verbessern würde.

Die Aktion des Warschauer Vertrages traf alle wie ein Keulenschlag. Noch am 21. August sprach das Politische Büro seine „Missbilligung“ aus. Am 22. August wurde diese vom ZK zu einer „Verurteilung“ verschärft und die Forderung nach dem Abzug der fremden Truppen erhoben. Das war angesichts der geostrategischen Lage Österreichs gleichermaßen mutig wie konsequent. Innenpolitisch lag die Bedeutung der Stellungnahme darin, dass sie die Orientierung auf einen eigenständigen Weg zu einem demokratischen Sozialismus durch die öffentliche Verteidigung der Prager ReformerInnen glaubhaft machen sollte.

Da klar war, dass die Erörterung der entstandenen Lage keine nationale Angelegenheit allein sein konnte, sondern eine Umgruppierung der Linken im internationalen Maßstab erforderte, schlug das Politische Büro der KPÖ nach Absprache mit der Italienischen KP vor, eine Konferenz der westeuropäischen kommunistischen Parteien abzuhalten. Die sowjetische KP warnte in einem Schreiben, das sie allerdings nicht an die KPÖ richtete, vor der „antisowjeti-

schen Frontbildung“ seitens der Österreicher. Die KP Frankreichs lehnte nun die Teilnahme an einer solchen Konferenz ab und brachte sie so zum Scheitern.

Der Beirat des „Tagebuch“, der von der KPÖ subventionierten kulturpolitischen Zeitschrift, dem auch fünf Mitglieder des Zentralkomitees angehörten, ging in einer Erklärung weiter als die Parteiführung. Er verurteilte auch das Abkommen, das der nach Moskau verschleppten Staats- und Parteiführung der CSSR am 25. August abgepresst worden war, als „Diktat und Erpressung“.

Auch Ernst Fischers Verurteilung der Invasion fiel schärfer aus als die parteioffiziellen Stellungnahmen. In einem Fernsehinterview verlangte er nicht nur den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen. Diese Forderung sollte seiner Meinung nach durch eine Konferenz der westeuropäischen Kommunistischen Parteien gemeinsam erhoben werden. „Sollte diese Forderung nicht erfüllt werden, so wäre es an der Zeit, mit der jetzigen sowjetischen Parteiführung zu brechen.“

KPdSU und SED erhöhten nun aber den Druck auf die KPÖ-Führung. Diese weichte ihre Position erstmals bei einem Informationsgespräch auf, zu dem sie im Dezember nach Moskau gereist war. In einer gemeinsamen Erklärung wurden die „Vereinbarungen, die zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei abgeschlossen wurden, „als Ausgangspunkt für die Festigung und Entwicklung des Sozialismus in der Tschechoslowakei, für den Aufschwung ihrer Wirtschaft, der Kultur und der sozialistischen Demokratie auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“ begrüßt.

Der 20. Parteitag der KPÖ im Jänner 1969 brachte in der KPÖ die politische Wende zugunsten der Dogmatiker. Am Ende einer hitzigen Debatte wurden in „geheimer“, tatsächlich aber fraktionell organisierter Abstimmung Franz Marek, Chefredakteur von „Weg und Ziel“, Egon Kodicek, Vorsitzender der „Gewerkschaftlichen Einheit“, sowie die Ökonomen Theodor Prager und Fred Margulies aus dem ZK abgewählt. Ernst Fischer hatte von einer Kandidatur Abstand genommen.

Franz Muhri drohte daraufhin seinen Rücktritt an und erzwang, dass das Wahlergebnis in offener Abstimmung zugunsten der Minderheit korrigiert wurde. Trotzdem war die KPÖ an diesem Tag politisch und moralisch auseinandergebrochen. Die Führer der dogmatischen Gruppe waren nach der geglückten Demonstration des von ihnen hergestellten Kräfteverhältnisses zu keinerlei Kompromiss mehr bereit. Dies zeigte sich in der zähen fraktionellen Auseinandersetzung, die im folgenden Dreivierteljahr auf allen Ebenen der Partei geführt wurde.

Verschärft wurde diese auch dadurch, dass Ernst Fischer, der dem ZK nicht mehr angehörte, durch öffentliche Erklärungen in sie eingriff, in denen er den sich abzeichnenden Richtungswechsel der KPÖ kritisierte. Das nahm die

Schiedskommission zum Anlass, ein schon lange geplantes Parteiausschlussverfahren durchzuführen.

Als das ZK am 27. Oktober 1969 den Ausschluss Ernst Fischers aus der KPÖ bestätigte, traten 27 Mitglieder des Zentralkomitees zurück und in der Folge aus der Partei aus.

Das politische Experiment, mit dem die KPÖ auf eigener theoretischer Grundlage den Eurokommunismus vorweggenommen hatte, war damit beendet. Die längerfristigen Folgen waren negativ. In der Öffentlichkeit wurde die Partei fortan nicht mit ihrer mutigen Verurteilung des Einmarsches, sondern mit deren Rücknahme identifiziert. Die KPÖ konnte ihren politischen Gegnern kein besseres Argument an die Hand geben, um die Versuche, sich als eine eigenständige demokratische Kraft zu positionieren, zu diskreditieren. Und selbst Franz Muhris parteiöffentlich abgegebene Zusage, dass kein Parteimitglied wegen der Beibehaltung einer kritischen Haltung diskriminiert würde, spielte in der parteiinternen Praxis der Folgejahre keine Rolle.

Die KPÖ verlor durch die Parteispaltung ein Drittel ihrer Mitgliedschaft. Unter denen, die die Partei verließen, befanden sich die Führung des KZ-Verbands, zahlreiche bekannte AntifaschistInnen, die Führung der KP-nahen Gewerkschaftsfraktion GE, der Chefredakteur und die Mehrheit der MitarbeiterInnen des Parteiblattes „Volksstimme“ sowie die meisten profilierten Parteintellectualen wie Leopold Spira, Fred Margulies, Theodor Prager und Franz Marek.

Einige der Ausgeschlossenen oder Ausgetretenen schrieben wie Ernst Fischer und Josef Meisel Memoiren, andere publizierten zur Geschichte der sozialistischen Bewegung in Österreich, so Leopold Spira, Franz West und Franz Marek. Eine dritte Gruppe sammelte sich in der Gewerkschaftsfraktion GE. Fast alle blieben im Rahmen der österreichischen Linken in der einen oder anderen Weise, allerdings außerhalb der KPÖ, politisch aktiv.

Fordistischer Vormärz: Die 1970er- und 1980er-Jahre

Während die KPÖ noch mit den organisatorischen Folgen der Parteisplaltung beschäftigt war, fanden im März 1970 Nationalratswahlen statt, die die unter Bruno Kreisky neuformierten SPÖ zur stärksten Partei machten.

Die Sicht auf die negativen Folgen der Spaltung der KPÖ wurde zu dieser Zeit durch eine Reihe kurzfristiger politischer Erfolge verstellt.

Offensichtlich war es unter linken ArbeiterInnen, Angestellten und auch in intellektuellen Kreisen rasch zu einer Ernüchterung über Kreiskys Politik gekommen. So erzielte die KPÖ 1971 auch bei den Nationalratswahlen, in denen die SPÖ unter Bruno Kreisky die absolute Mehrheit gewann, einen Stimmenzuwachs.

In einer Reihe von Betrieben brachen Arbeitskämpfe aus. Der größte unter ihnen war der mehrwöchige, von der Gewerkschaft nicht anerkannte Streik bei Böhler-Ybbstal. Von exemplarischer Bedeutung war auch der Streik im Wiener Frauenbetrieb Hukla. Die als „Gewerkschaftlicher Linksblock“ neuformierte Gewerkschaftsfraktion der KPÖ konnte bei Betriebsratswahlen zum Teil spektakuläre Erfolge feiern.

Die Wirtschaftskrise 1974/75 war in Österreich allerdings deutlicher spürbar als die vorhergegangene und führte zu einem Trendbruch für die KPÖ.

Die zweite Hälfte der 1970er- und die 1980er-Jahre zeichneten sich durch eine trügerische Ruhe aus. Obwohl sich die kapitalistischen Gesellschaften bereits in jenem Umbruch befanden, der von der Linken vollkommen neue Maßstäbe erforderte und die politischen Zustände in Osteuropa unhaltbar geworden waren, schien politischer Stillstand zu herrschen. In drei aufeinanderfolgenden Wahlen gewann die SPÖ die absolute Mehrheit. Für die KPÖ brachten sie jeweils Stimmenverluste. Trotzdem schwelgte man in einem scheinbar durch keinerlei Tatsachen zu erschütternden „historischen Optimismus“.

Im 1982 verabschiedeten Parteiprogramm, „Sozialismus in Österreichs Farben“, das unter der Leitung von Ernst Wimmer entstanden war, wurde noch immer ein unaufhaltsamer Aufstieg des verwirklichten Sozialismus in Osteuropa unterstellt, und das zu einem Zeitpunkt, als die kommunistische Regierung Polens nach monatelangen politischen Massenstreiks die oppositionelle Gewerkschaft „Solidarnosc“ zulassen musste. Die in Polen von Millionen revoltierenden

Arbeitern gestellte „Machtfrage“ war auf sowjetischen Druck durch die Verhängung des Ausnahmezustands zwar zunächst brachial entschieden worden. Allein diese scheinbare Stabilisierung leitete die Endphase des osteuropäischen Realsozialismus ein.

KPÖ-Wahlergebnisse (1971–1990)

1971	1975	1979	1983	1986	1990
61.762	55.032	45.270	31.912	35.104	25.682

Während sich die Stimmenzahl der KPÖ vom Beginn der 1970er- bis zur Mitte der 1980er-Jahre neuerlich halbierte, konnte die Partei aufgrund ihrer speziellen finanziellen Basis weiterhin den Apparat einer Großorganisation, eine Tageszeitung und ein gestaffeltes System von Vorfeldorganisationen unterhalten. Der ins Parteiprogramm geschriebene Satz, dass sich der Fortschritt auch im Sozialismus auf dem Weg des „Entstehens und der Lösung von Widersprüchen“ durchsetze, konnte als ein – wenn auch verhaltenes – Eingeständnis der Krisen in Osteuropa gelesen werden, im selben Moment aber relativierte er diese als Stadien einer insgesamt unaufhaltsamen Vorwärtsbewegung.

Der „Eurokommunismus“, der historisch letzte Versuch, den die großen und angesehenen kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens unternahmen, einen Kommunismus jenseits des „Realsozialismus“ Osteuropas zu konzipieren, machte die ideologische Krise des „Marxismus-Leninismus“ publik. Wer etwa die diplomatisch abgefassten Stellungnahmen analysierte, die einander die Führer der „Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“ auf einer 1976 nach Berlin einberufenen Konferenz vorlasen, verstand leicht, dass an eine einheitliche kommunistische Bewegung in Europa nicht mehr zu denken war.

In den offiziellen KPÖ-Debatten stellten diese beunruhigenden Tatsachen zunächst nur ein Randthema dar. Der aus der Spaltung 1968/69 hervorgegangenen Parteiführung gelang es, mit dem vom bezahlten Apparat getragenen „marxistisch-leninistischen“ Diskurs das dezimierte kommunistische Milieu zu stabilisieren.

Zum allgemein optimistischen kommunistischen Lebensgefühl trugen auch die Siege revolutionärer Bewegungen in Vietnam, Afghanistan und Nikaragua, der Fall der Diktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien bei, sowie dass sich neue Gruppen von Jugendlichen Studierenden und auch in der Öffentlichkeit angesehene Intellektuelle der Partei anschlossen.

Schwieriger als die Integration neuer Gruppen von Intellektuellen erwies sich

die Auseinandersetzung mit der neuen Frauenbewegung. Diese hatte mit der Abschaffung des jahrzehntlang bekämpften Paragraphen 144, der den Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellte, einen wichtigen politischen Sieg errungen und verunsicherte mit ihrer Patriarchatskritik auch die KPÖ.

Über die technologischen Umbrüche, die dabei waren, die kapitalistische Arbeitswelt zu revolutionieren und auf diese Weise das ökonomische und soziale Modell der Nachkriegsära beendeten, diskutierten im „Gewerkschaftlichen Linksblock“ jüngere BetriebsrätInnen und GewerkschaftssekretärInnen mit Intellektuellen, die sich um den späteren Parteivorsitzenden, Walter Silbermayr, sammelten. In diesen Debatten, die man unter dem Schlagwort „Wissenschaftlich-Technische Revolution“ führte, wurde paradoxerweise gerade der revolutionierende Einfluss, den die neuen Technologien weit über die betriebliche Arbeitsorganisation und die Anforderungen an die Belegschaften hinaus auf Sozialstruktur und Kultur der Gesellschaften ausübten, unterschätzt. Im Kapitalismus führte dieser aber zu der von Ronald Reagan und Margaret Thatcher ausgerufenen „neoliberalen Revolution“, im Staatssozialismus zu einem Systemwechsel in Richtung Kapitalismus.

Konfrontiert mit einer „Langzeit-Offensive“ des Kapitals

Die Naivität bezüglich der im Gange befindlichen und der bevorstehenden Umwälzungen kennzeichnete aber die gesamte ArbeiterInnenbewegung. In den Betrieben und Dienststellen begann sich das Kräfteverhältnis zunächst unmerklich und dann immer nachdrücklicher zuungunsten der BetriebsrätInnen und Gewerkschaften zu verschieben, auch wenn diese meinten, aufgrund der institutionalisierten „Sozialpartnerschaft“, der Verstaatlichten Industrie und der von der SPÖ geführten Regierung über unerschütterliche Machtpositionen zu verfügen.

Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen kommunistischer GewerkschafterInnen schätzte die KPÖ ein, dass die ArbeiterInnenschaft es mit einer „Langzeit-Offensive“ des Kapitals zu tun hatte, ohne allerdings benennen zu können, dass diese nicht nur auf eine quantitative Verschlechterung der Einkommensverteilung zielte, sondern auf einen qualitativen Umbau des Kapitalismus.

Die ArbeiterInnenschaft, vor allem in der Verstaatlichten Industrie, in der sich auch der gewerkschaftliche Einfluss der KPÖ konzentrierte, reagierte auf die „Langzeit-Offensive des Kapitals“ nicht mit einer Verstärkung des Klassenkampfes und einer Linkswendung sondern defensiv und konformistisch: Sie flüchtete unter die Kittelfalte der SPÖ, weil diese versprach, die Arbeitsplätze

zu sichern und diese Zusage – eine gewisse Zeit zumindest – auch einhalten konnte.

Man kann Bruno Kreisky als den letzten bedeutenden Führer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Österreichs bezeichnen. Sein zum geflügelten Wort gewordenes Bekenntnis, „100.000 Arbeitslose bereiten mir mehr Kopfzerbrechen als eine Milliarde mehr Defizit“ basierte nicht nur auf seiner politischen Prägung durch die Zwischenkriegszeit und den Faschismus. Es hatte auch eine solide Machtbasis in dem gemeinsam mit der ÖVP geschaffenen viel- und feingliedrigem System der österreichischen Wirtschaftsregulierung und der „Sozialpartnerschaft“.

In den 1970er-Jahren verfügte die Regierung mittels Staatshaushalt, Steuerpolitik und öffentliche Aufträge über die „keynesianischen“ Instrumente der Beschäftigungspolitik. Weiters steuerten die von SPÖ und ÖVP kontrollierten Interessensvertretungen mittels der „Sozialpartnerschaft“ die Lohn- und Preispolitik. Die Verstaatlichte Industrie, in der die Einflussbereiche zwischen den Parteien genau abgezirkelt waren, konnte (zumindest eine Zeit lang) die Beschäftigungszahlen auch während der Krise aufrechterhalten. Die Neutralität erlaubte, Handelsbeziehungen über die Demarkationslinie des Kalten Kriegs zu entwickeln, und die Nationalbank realisierte im Zusammenspiel mit den verstaatlichten Großbanken eine moderate Kapitalverkehrskontrolle.

Der von der KPÖ aus den Debatten marxistischer ÖkonomInnen in Frankreich, Deutschland und der Sowjetunion importierte Begriff „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ erfasste den hochgradig politisierten Charakter dieser Steuerung zutreffend, zudem reflektierte er, dass diese eine Reaktion auf die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstandene existenzielle Herausforderung des kapitalistischen Systems darstellte.

Die KPÖ verwies auch darauf, dass die in diesem System angelegte Verwandlung der Gewerkschaften in zentral gesteuerte Instrumente der Wirtschaftsverwaltung, denn nichts anderes stellte die institutionalisierte „Sozialpartnerschaft“ ja dar, die innere Demokratie und die Kampfkraft der Gewerkschaften ersticke. Weil aber in der Analyse der KPÖ die Vorteile der „Sozialpartnerschaft“ im konkreten Leben der ArbeiterInnen und Angestellten unterschätzt wurden, blieb sie abstrakt und akademisch.

Mehr aufgrund ihrer grundsätzlichen Kapitalismuskritik als basierend auf einer konkreten Einschätzung der ökonomischen Lage warnte die Partei davor, dass das sozialpartnerschaftliche Krisenmanagement früher oder später an seine strukturellen Grenzen stoßen würde.

Aus dieser Kapitalismuskritik leitete die KPÖ als Ausweg aus der „allgemeinen Krise“ des Kapitalismus das strategische Ziel einer „antimonopolistischen

Demokratie“ ab. Unterstützt durch den, wie man unterstellte, epochalen Aufstiegs des Realsozialismus sollte der Weg zu einem „Sozialismus in den Farben Österreichs“ geöffnet werden. Auch dieses strategische Konzept war auf der bis in die 1970er-Jahre gegebenen industriellen und sozialstrukturellen Grundlage der Gesellschaft, und vorausgesetzt es gelänge, die bereits bestehenden Instrumente der Wirtschaftssteuerung weiter zu entwickeln und vor allem, sie zu demokratisieren, keineswegs unvernünftig.

Doch war die ihr zugrunde liegende außenpolitische Annahme irrig. Der Sozialismus bewegte sich nicht auf der Überholspur der Geschichte, und die ArbeiterInnenklasse im Westen wollte sich nicht hinter ihm einreihen. So ging die Geschichte andere Wege. Das Biedermeier gelangte an sein Ende, und zwar so vollständig und radikal, wie sich das noch zu Mitte der 1980er-Jahre kaum jemand vorstellen konnte.

Streit um den Fortschritt?

Die „Wissenschaftlich-Technische Revolution“ in den Betrieben traf Gewerkschaften und Betriebsräte, im Übrigen nicht nur in Österreich, weitgehend unvorbereitet. Bestrebungen, bestimmte technologische Entwicklungen zu blockieren, führten bisweilen in unhaltbare Defensivpositionen und Niederlagen. Versuche, auf Inhalt und Richtung des technologischen Fortschritts durch gewerkschaftliche und gesellschaftspolitische Alternativvorschläge einzuwirken, wie etwa die Vorstöße des Vorsitzenden der Privatangestelltengewerkschaft, Alfred Dallinger, die Einführung der 35-Stunden-Woche (bei vollem Lohn) und eine Wertschöpfungsabgabe auf die Tagesordnung zu setzen, blieben isoliert.

So entzündete sich Mitte der 1970er-Jahre die politisch relevanteste Auseinandersetzung um den Einsatz neuer Technologie außerhalb der Betriebe, die Debatte um das Atomkraftwerk in Zwentendorf. Über das eigentliche Thema hinaus hatte diese symbolische Bedeutung. Die Gewerkschaften, die die von einer weltweiten Energieverknappung ausgelöste Wirtschaftskrise hinter sich und den durch technische Rationalisierungen drohenden Verlust von Arbeitsplätzen vor sich hatten, verstanden die Debatte und die Welt nicht mehr: Atomkraftwerke erzeugten doch jenen Strom, den die Wirtschaft brauchte, um die von den Gewerkschaften verteidigten Arbeitsplätze zu sichern. Was war dagegen einzuwenden? Diese gewerkschaftliche Sichtweise der Dinge konnte nicht wirklich überraschen. 1978 hatten auch Arbeiter des Wiener Steyr-Werks, in dem Radpanzer für die chilenische Militärdiktatur gefertigt wurden, ihre Arbeitsplätze „verteidigt“ indem sie protestierende Jugendliche mit Gewalt von den Werkstoren vertrieben.

Die immer intensiver werdende Debatte, in der immer mehr negative Aspekte und Gefahren der Kernenergie öffentlich benannt wurden, erregte die Gemüter auch, weil sichtbar wurde, wie autoritär die Regierung, die im öffentlichen Eigentum stehende Energiewirtschaft und die „Sozialpartner“ entschieden hatten, als sie ohne Debatte 8 Milliarden Schilling in den Bau eines Kernkraftwerks investierten. Daher dürfte, dass Bruno Kreisky wenige Tage vor der Volksabstimmung androhte, im Falle eines negativen Entscheids zurückzutreten, eher der Nein- als der Ja-Seite geholfen haben, die sich mit 51 Prozent knapp aber doch durchsetzte. Nicht nur der Siemens-Konzern, der die Technologie für das AKW lieferte, und die Regierung, vor allem auch die „Sozialpartner“ hatten eine Niederlage erlitten. Ein neues politisches Subjekt, für das die universitäre Politikwissenschaft das Label „Neue Soziale Bewegungen“ kreierte, hatte die österreichische Szenerie betreten.

Der KPÖ fehlten für die Beurteilung des neuen Phänomens zeitgemäße verlässliche Kriterien: Seit den 1950er-Jahren hatte man dem massenmörderischen, militärischen Einsatz der Kernkraft verurteilt und der von der Sowjetunion forcierten „friedlichen“ Anwendung gegenübergestellt. Der vereinfachten Interpretation des „Historischen Materialismus“ entsprach, den „Produktivkräften“, im gegenständlichen Fall, der Kerntechnologie, einen grundsätzlich progressiven Charakter zu unterstellen, alles Reaktionäre hingegen, den (kapitalistischen) „Produktionsverhältnissen“ anzulasten. Die Kritiken am „Produktivismus“ oder „Industrialismus“, wie sie die politische Ökologie, Teile der Friedensbewegung oder Feministinnen vorbrachten, wurden ebenso wenig zur Kenntnis genommen wie die Kulturkritik der Frankfurter Schule. Aus der Perspektive des dogmatischen „Marxismus-Leninismus“ schien daher alles dafür zu sprechen, zwischen einer vertretbaren „sozialistischen“ Kernkraftnutzung und einer gefährlichen kapitalistischen zu differenzieren.

Ausschlaggebend für die politische Haltung der KPÖ in der Debatte um Zwentendorf war allerdings auch, dass sich der ideologische Dogmatismus mit dem in den Gewerkschaften vorherrschenden sozialdemokratischen Diskurs vereinigte. Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal erwies sich die unter dem ideologischen Einfluss des Dogmatismus stehende KPÖ als ein wahres Kind der fordistischen Arbeiterbewegung.

Dass sich das ZK der KPÖ mit seinem Aufruf, bei der Volksabstimmung über das AKW entweder „kritisch“ mit „Ja“ zu stimmen, wie es die GewerkschafterInnen in der Partei forderten, oder die Abstimmung zu boykottieren, was mit Rücksicht auf die Jugend- und StudentInnenorganisation zugestanden worden war, zwischen alle Stühle setzte, hatte nur episodischen Charakter. Nachhaltiger wirkte das in aller Öffentlichkeit demonstrierte Unverständnis für neue,

durch die „Wissenschaftlich-Technische Revolution“ aufbrechende, gesellschaftliche Widersprüche.

Dasselbe Problem ergab sich in der neuen Friedensbewegung, die sich Anfang der 1980er-Jahre gegen das Wettrüsten in Europa wandte, das die USA mit der Stationierung neuer Atomraketen („Nachrüstung“) ausgelöst hatte. Allgemeine Anerkennung fand wohl das leidenschaftliche Engagement Hunderter KommunistInnen und die organisatorische Leitungskraft, die sie bei der Unterstützung der beiden Großdemonstrationen in Wien, an denen 70.000 bzw. 100.000 Menschen teilnahmen, bewiesen. Im selben Moment aber isolierte sich die Partei durch die einseitige Ausrichtung an den vermeintlichen Notwendigkeiten der sowjetischen Außenpolitik, was parteiintern, wo erforderlich, über Apparat und Leitungen von oben nach unten durchgesetzt wurde.

Diese und andere Erfahrungen bewiesen, dass, wollte die Partei auf die neuen durch die Krise des Fordismus entstehenden Widersprüche und Bewegungen reagieren, dies mit der Aufrechterhaltung dreier Kernthesen der Parteidoctrin unvereinbar war:

- Eine universelle Lösungskompetenz und – zumindest moralische – Überlegenheit des Staatssozialismus zu unterstellen. Tatsächlich befanden sich aber diese Gesellschaften in einem Stadium des Niedergangs, und dies zeichnete sich gerade auf dem Gebiet der Anwendung neuer Technologien ab, was durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl im April 1986 mit weltweiten Auswirkungen spürbar wurde.
- Den Glaube daran, dass alles, was technologisch machbar sei, auch politisch wünschenswert wäre. Gerade dieser Technik-Fetischismus, der in Ost und West die politischen Entscheidungen diktierte, erwies sich Ende der 1970er-Jahre immer mehr als Teil der gesellschaftlichen Probleme denn als der Lösungen.
- Einer gesellschaftlich führenden Rolle der organisierten „Kernschicht der Arbeiterklasse“. Gewiss gab es in ihr eine fortschrittliche politische Strömung, die sich in beachtlichem Ausmaß in der KPÖ organisierte. Jedoch als Ganzes betrachtet reagierte die „Klasse“ in der Krise des Fordismus überwiegend konservativ. Selbst wenn die KPÖ theoretisch auf der Höhe ihrer Aufgabe gewesen wäre, wäre ihr Einfluss nicht groß genug gewesen, dies zu ändern.

Niemand, auch keine einzige Person aus dem Kreis derjenigen, die ein Jahrzehnt später die neue Parteiführung bilden sollten, fand sich, der diese Fragen in der notwendigen Schärfe und überzeugend aufwerfen hätte können, umso mehr als sie an Tabus rührten, die mit der Beendigung der „Parteikrise“ 1968/69 aufgerichtet worden waren.



Friedensmarsch in Wien, Oktober 1982.

Wohin der „sublimierte Klassenkampf“ führte

Die KPÖ hatte die institutionalisierte „Sozialpartnerschaft“ als „Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ interpretiert. Der entscheidende gesellschaftspolitische Gegensatz verlaufe zwischen dessen Eliten (zu denen sie auch die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführungen zählte) und der „Mehrheit des Volks“. Bruno Kreisky hatte demgegenüber die „Sozialpartnerschaft“ als einen „sublimierten Klassenkampf“ bezeichnet. Die folgenden Jahre sollten die KP-Position als realistisch aber zu wenig differenziert erweisen, während die Kreiskys Formel durch den realen Klassenkampf von oben eingeholt wurde.

Die sozialdemokratische „Sublimierung“ des Klassenkampfes beruhte darauf, dass trotz Krise in den staatlich kontrollierten Betrieben keine Massenkündigungen stattfanden. Zum zweiten stimulierte die Regierung die Wirtschaft durch antizyklische Budgetpolitik, das heißt durch kreditfinanzierte öffentliche Aufträge. Bei Keynes war allerdings vorgesehen, dass die zur Belebung aufgenommenen Kredite aus den in der Konjunktur reichlich fließenden Steuern zurückgezahlt werden sollten. Doch die Wirtschaftskrise 1974/75 hatte vor allem strukturelle Ursachen, und so wollte sich kein kräftiger Aufschwung einstellen. Daher sprudelten die Staatseinnahmen nicht nur nicht im erwarteten Ausmaß, sondern die

Regierung war aufgerufen, immer neues Geld in die Wirtschaft zu pumpen.

Zwischen 1970 und 1981 wuchs der Schuldenstand von 50 Milliarden auf 286 Milliarden Schilling an, obwohl sich die Einnahmen aus der Lohnsteuer und der Mehrwertsteuer im gleichen Zeitraum verdreifacht hatten. Daher musste ein immer größerer Anteil des Staatshaushalts für die Zinsen auf die Staatsschuld aufgewendet werden. Diese verwandelten sich umstandslos in die Gewinne der privaten Kapitalanleger, die, um bei Laune gehalten zu werden, auch außerordentlich niedriger Besteuerung unterlagen. Ein mächtiger Mechanismus der Umverteilung der von der Allgemeinheit aufgebrauchten Steuermittel zum sich entwickelnden Finanzkapital war in Gang gesetzt worden.

Bruno Kreisky und sein Finanzminister Hannes Androsch standen bereits 1975 vor einer strategischen Entscheidung: Sollte dieser Umverteilungsprozess, in dessen Verlauf sich einheimisches Großkapital in einem in der Zweiten Republik nicht dagewesenen Ausmaß akkumulierte (und als dessen prominentester Exponent 20 Jahre später Androsch auftreten sollte), durch weitere Verschuldung fortgesetzt und beschleunigt, oder wie kritische ÖkonomInnen und auch die KPÖ forderten, durch eine nachhaltige Besteuerung der Kapitalerträge gestoppt und umgekehrt werden?

Bruno Kreiskys Versuch, durch eine „Quellensteuer“ auf einen Teil der Gewinne aus Finanzveranlagung zuzugreifen, scheiterte am Sperrfeuer des Großkapitals und seines eigenen Finanzministers.

1983 hatte die Staatsschuld so bedenkliche Ausmaße angenommen, dass Bruno Kreisky von seinem Feriendomizil in Mallorca aus ein Paket von Massenbelastungen ankündigte. Dies kostete der SPÖ bei den im Herbst stattfindenden Wahlen die absolute Mehrheit. Kreisky trat als Kanzler und SPÖ-Vorsitzender zurück. Von 1983 bis 1986 regierten die Sozialdemokraten in Koalition mit der FPÖ, und dann bis 1999 mit der ÖVP.

Der von der SP-Alleinregierung in der verstaatlichten Industrie durchgesetzte Verzicht auf Massenkündigungen führte zu dem paradoxen Resultat, dass ausgerechnet in der Krise die Arbeitsproduktivität sank (Produktionsrückgang bei gleichbleibender Beschäftigtenzahl).

Weil die jahrzehntelange Rolle der Verstaatlichten Industrie, die heimische Wirtschaft mit billigen Rohstoffen und Zwischenprodukten zu versorgen, ökonomisch und technologisch obsolet geworden war, forderte die KPÖ den Auf- und Ausbau von wertschöpfungsintensiven Finalproduktionen. Dies scheiterte in erster Linie am Widerstand der in- und ausländischen Privatindustrie, die die Verstaatlichte nicht in technologische Zukunftsbereiche eindringen ließen, aber auch am Strukturkonservatismus der Belegschaftsvertretungen.

Die wiederholten „Reformen“ der Verstaatlichten vervielfachten nur die Ma-

nager, von denen einige zwischen widersprüchlichen politischen Vorgaben und weltwirtschaftlichen Realitäten manövrierend immer riskantere Versuche unternahmen, die operativen Ergebnisse der Firmen durch Finanzspekulationen zu verbessern. Als eine Serie von Fehlspekulationen, welche die VOEST Ende der 1980er-Jahre in Milliardenverluste und in die Zahlungsunfähigkeit trieben, vor der sie die Regierung mit einer Milliardensubvention bewahrte, war die Diskreditierung der Verstaatlichten so weit fortgeschritten, dass die Große Koalition unter dem SPÖ-Kanzler Franz Vranitzky die Privatisierung einleiten konnte.

Die Beschäftigten, durch jahrelange Verunsicherung und öffentliche Herabsetzung zermürbt, von ihren gewerkschaftlichen Vertretungen beschwichtigt, vor allem aber zu blindem Vertrauen und Gehorsam erzogen, nahmen die Auslieferung der Betriebe an das Privatkapital hin. Die Aufrufe der KP zu einem breiten, alle Standorte vereinigenden Widerstand verhallten.

Mit der Verstaatlichten Industrie ging nicht nur die wichtigste Machtposition der ArbeiterInnenbewegung zugrunde, sondern verschwand auch die entscheidende Basis der kommunistischen Gewerkschafts- und Betriebspolitik.

Binnen zweier Jahrzehnte hatte also der „sozialpartnerschaftlich“ sublimierte Klassenkampf den Kräfteverhältnissen zwischen Lohnarbeit und Kapital eine neue Qualität verliehen:

Mit der Privatisierung der verstaatlichten Industrie, der Industriekonzerne der verstaatlichten Großbanken und schließlich auch deren Privatisierung waren es sozialdemokratisch geführte Regierungen, die die Schleusen für den neoliberalen Umbau des österreichischen Kapitalismus geöffnet hatten.

Die wachsenden Gewinneinkommen im Allgemeinen aber insbesondere das explosionsartige Ansteigen der Gewinne auf Finanzveranlagungen ließen in Österreich erstmals nach dem Krieg ein Finanzkapital entstehen, das sich auf der Suche nach Veranlagung in der Realwirtschaft nun um Betriebe der Verstaatlichten anstellte. Dabei stellte sich heraus, dass zum Kreis der „Krisengewinner“ nicht wenige ehemalige Manager der Verstaatlichten selbst und sozialdemokratische Regierungsmitglieder gehörten.

Eingeschüchterte entpolitisierte Belegschaften und die sozialdemokratisch dominierte Gewerkschaftsbürokratie konnten dem qualitativen Umbau des österreichischen Kapitalismus keinen strategischen Widerstand entgegensetzen. Die ÖGB-Spitze mochte dabei gehofft haben, das politische Überleben der Gewerkschaftsbewegung und wohl auch ihr eigenes zu sichern. Sie hatte ihr Golgatha noch vor sich.

Die KPÖ hatte jahrelang vor dieser Entwicklung gewarnt. Mit immer wieder neuen wirtschafts- und industriepolitischen Alternativvorschlägen wollte sie ihr begegnen. Es gelang ihr jedoch nicht, diese in wirksame Politik zu übersetzen:

Nicht nur, dass die ideologische Bindung an den untergehenden sowjetischen Realsozialismus die Glaubwürdigkeit ihrer politischen Vorschläge permanent erschütterte, die Arbeiterschaft, an die sie ihre Politik in erster Linie richtete, erwies sich als nicht mobilisierbar.

Und zu den neuen sozialen Bewegungen, mit denen die jüngere Generation auf die Krise des Fordismus reagierte, vermochte die Partei kein oder allenfalls ein wohlmeinend bevormundendes Verhältnis zu entwickeln, das sie mit dem Begriff „Bündnispolitik“ umschrieb, die definitionsgemäß unter der Ägide der Arbeiterklasse erfolgen sollte. Das erwies sich aber, als kein attraktives Angebot. Die Partei verkannte zu diesem Zeitpunkt die von den neuen Bewegungen gestellte kulturelle Herausforderung und die Notwendigkeit einer radikalen Erneuerung der Linken.

Gibt es ein Leben nach dem Tod? Kommunismus nach 1990

Das unspektakuläre Ende einer Epoche

Michael Sergejewitsch Gorbatschow war 1985 zum Generalsekretär der KPdSU gewählt worden. Er stand vor einem katastrophalen Erbe: Der Krieg, in den sich die Sowjetunion in Afghanistan 1979 eingelassen hatte, erwies sich als ungewinnbar, in Europa drohte eine neue Runde des Wettrüstens, die polnische Krise verdeutlichte die Brüchigkeit des Imperiums, und durch die Verletzung von Menschenrechten, zu deren Einhaltung die Sowjetunion sich 1975 auf der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) verpflichtet hatte, wurde eine politische Angriffsfläche geboten. Vor allem aber wurde auf dem 27. Parteitag der KPdSU enthüllt, dass die Arbeitsproduktivität in der UdSSR gerade 20 Prozent derjenigen der USA ausmachte. Das hieß unter anderem, dass der gesellschaftliche Aufwand der Sowjetunion, um das militär-strategische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, fünfmal (!) so groß wie der der USA war.

Die Sowjetunion befand sich in den 1980er-Jahren nicht in einem „Vorkrisenstadium“ (Gorbatschow), sondern im Verfall und im Zustand der militärischen Überforderung. Der 27. Parteitag rief daher zum radikalen „Umbau“, zur „Perestrojka“ auf.

Das 1985 proklamierte Ziel, den Abstand in der Arbeitsproduktivität bis ins Jahr 2000 auf 50 Prozent zu verringern, erwies sich mit den Mitteln einer technokratischen Wirtschaftsreform als unerreichbar. Das Alpha und Omega jedes Umbaus wäre die Reorganisation des zentralistischen Wirtschaftssystems gewesen, das sich im Zuge der Industrialisierung und der Landwirtschaftskollektivierung Ende der 1920er-Jahre herausgebildet und alle seither unternommenen Reformversuche überdauert hatte.

Der Übergang von einem extensiven zu einem intensiven Wachstumspfad erforderte, so wurde erkannt, den Abbau der zentralistischen Entscheidungs- und Planungsstrukturen, das heißt eine Delegation und Dezentralisierung von Verantwortung.

Statt durch Kommandos sollte die moderne sozialistische Wirtschaft über ökonomische Anreize und verantwortliche Entscheidungen der AkteurInnen reguliert werden. Das wiederum, so wurde ebenfalls richtig erkannt, erforderte eine tief greifende Umgestaltung des politischen und kulturellen Lebens und vor allem eine Demokratisierung, die mit dem Schlagwort „Glasnost“ (Transparenz) umschrieben wurde.

Tatsächlich erweckte Gorbatschows Kritik an der sowjetischen Mailaise Hoffnungen, eröffnete er doch eine in der Sowjetunion seit den 1920er-Jahren nicht gekannte freimütige Diskussion. Allerdings erwies sich auch, dass ihm eine für einen Umbau der Wirtschaft taugliche Konzeption fehlte. Außerdem artikuliert sich bald der Widerstand der im alten System Privilegierten. Die politische Öffnung offenbarte, dass die Kommunistische Partei keineswegs mehr die geistig führende Kraft der Gesellschaft darstellte und die Macht nur formell innehatte. Der in der Union um sich greifende Nationalismus leitete den politischen Verfall in den staatlichen Zerfall über.

Die „Perestrojka“ geriet vier Jahre nach ihrem vielversprechenden Beginn in die Krise. Die Gorbatschow-Führung versuchte durch außenpolitische Rückzüge („Neues Denken in der Weltpolitik“) Zeit zu gewinnen: Einlenken im Raketenstreit, Abzug aus Afghanistan und schließlich die auf mehreren Gipfelgesprächen mit der USA ausgehandelte Aufgabe ihres Einflussbereiches in Ost- und Mitteleuropa.

Um die Jahreswende 1989/90 erwies sich die Herrschaft der Kommunistischen Parteien in einem Land des Warschauer Vertrags nach dem anderen als leere Hülse. In Polen und Ungarn leiteten die regierenden Parteien den Systemwechsel selbst ein, in der DDR, CSSR und Bulgarien wichen die Regimes friedlichen Massenprotesten, nur in Rumänien wurde der bewaffnete Widerstand von Teilen des Ceausescu ergebenen Geheimdienstes blutig niedergekämpft.

Die nach dem Scheitern eines von konservativen KP-Kadern gegen Gorbatschow angezettelten Staatsstreiches im Sommer 1991 vollzogene Auflösung der Sowjetunion und das zwischenzeitliche Verbot der Kommunistischen Partei setzten den Schlusspunkt dieser epochalen Entwicklung.

War dieses Ende vermeidbar und wann, wenn ja, war die letzte Möglichkeit, es zu vermeiden? Ende der 1960er-Jahre im „Prager Frühling“? Mitte der 1950er-Jahre mit dem 20. Parteitag der KPdSU? Oder bereits Ende der 1920er-Jahre, als Stalin seine Despotie erst konsolidieren musste?

Da es unmöglich ist, auf diese Fragen objektive Antworten zu geben, hatten sie vor allem ideologische Bedeutung. Diejenigen, die allein Gorbatschow und die „Perestrojka“ für den Zusammenbruch verantwortlich machten, wollten vor allem beweisen, dass nicht eine diktatorische und autoritäre Variante des Sozial-



Michail S. Gorbatschow

ismus gescheitert sei, sondern die Idee diesen zu demokratisieren. „Gorbatschowismus“, ursprünglich für das Projekt eines demokratisierten Realsozialismus verwendet, wurde in diesen Kreisen zum Synonym für „Verrat“. Damit war die erste Position im Versuch bezogen, den Dogmatismus in der kommunistischen Bewegung zu rehabilitieren.

Die „Perestrojka“ in der KPÖ

Seit Mitte der 1980er-Jahre fand auf allen Ebenen der Partei ein Generationswechsel statt. Parallel zur sowjetischen „Perestrojka“ und unter bewusstem Einsatz ihrer zu diesem Zeitpunkt noch unverbrauchten Rhetorik rief 1986 das ZK zur „Erneuerung“ auf. Als Höhepunkt dieses Prozesses, in dem sich „Kontinuität und Erneuerung“ ergänzen sollten, war der langfristig geplante Wechsel an der Parteispitze vorgesehen.

Walter Silbermayr und Susanne Sohn wurden trotz der kritischen Zeitumstände im Jänner 1990 mit überzeugender Mehrheit zu gleichberechtigten Parteivor-sitzenden gewählt.

Nach weniger als eineinhalb Jahren traten sie von ihren Funktionen zurück und verließen mit einem Drittel des Zentralkomitees die KPÖ. Wieder ging das

böse Wort vom „Verrat“ um. Rückschauend muss heute allerdings gesagt werden, dass wohl jede um die Jahreswende 1989/90 gewählte Parteiführung unter den gegebenen Umständen gescheitert wäre.

Durch die jahrzehntelange unkritische Orientierung am sowjetischen System war die KPÖ in eine tiefe moralische und psychologische Krise geraten.

Offensichtlich dürften für Walter Silbermayr bereits 1990 Anzeichen der späteren Finanzkrise der Partei erkennbar gewesen sein, was es ihm angezeigt sein ließ, „aus Gründen der Arbeitsüberlastung“ wenige Monate nach seiner Wahl zum Vorsitzenden aus der Finanzkommission der KPÖ auszuscheiden.

Die 1989 und 1990 sich rasch verändernde Politik verlangte von der Parteiführung ständig Entscheidungen, für die es keine ausreichenden programmatischen und strategischen Grundlage gab. Bei ihren Improvisationen geriet sie in Gegensatz zur Parteibasis. So als sie den von Bush sen. begonnenen ersten Irak-Krieg der USA mit Verweis auf einen Beschluss des UN-Sicherheitsrat rechtfertigte oder als sie angesichts der damals anlaufenden Debatte um den Beitritt Österreichs zur EG (heute EU) empfahl, die bislang ablehnende Haltung der KPÖ aufzugeben.

Der hauptsächliche Punkt war aber ein anderer. Gorbatschows „Perestrojka“ und „Glasnost“ hatten 1985 die Hoffnung auf eine sozialistische Erneuerung der Sowjetunion geweckt. Mit diesem Rückenwind rechnete man sich kurzfristige politische Erfolge aus, und so wollte man auch den Dogmatismus in der KPÖ überwinden. Der Zusammenbruch in Osteuropa verwandelte jedoch diesen wichtigsten politischen Trumpf in eine Belastung, entzog dem Projekt der Parteiführung die strategische Grundlage und stärkte die Position der Dogmatiker.

Bei den Nationalratswahlen im Herbst 1990 fiel die Zahl der KPÖ-Stimmen auf rund 25.000. Damit war angesichts der Lage zu rechnen, nur die engere Parteiführung wurde überrascht.

Walter Silbermayrs Versuch, mit Hinweis auf diese Wahlniederlage eine unverbindlich gehaltene ideologische Plattform („Wahlausgang und Erneuerung“) durchzusetzen, sich damit aber eine Blankovollmacht für den Umbau der Partei geben zu lassen, wurde im ZK mit Stimmgleichheit abgelehnt.

Als sich die Kritik an Entscheidungen der neuen Führung im Zentralkomitee weiter verstärkte und im Frühjahr 1991 mehr als 90 Prozent der Bezirksorganisationen die Abhaltung eines außerordentlichen Parteitages forderten, der einer strategischen Neuausrichtung dienen sollte, aber nicht notwendigerweise zur Abwahl der Parteispitze geführt hätte, entschied diese, sich der Auseinandersetzung nicht mehr zu stellen und die Partei zu verlassen.

Neoliberaler Umbau und Widerstand

Mit den Privatisierungen, der Umverteilung der Einkommen von unten nach oben und der weiteren Förderung des beträchtlich angewachsenen Finanzsektors reihte die SPÖ-ÖVP-Regierung Österreich in die weltweit durchgesetzte neue „Normalität“ des Kapitalismus ein.

Als 1991 das Ende der Sowjetunion Tatsache geworden war, setzte sie einen weiteren Schritt dieses Wegs auf die Tagesordnung, den Beitritt zur Europäischen Union, in die die Europäischen Gemeinschaften 1992 durch den Vertrag von Maastricht übergeführt worden waren.

Mit der im Maastricht-Vertrag vorgesehenen „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ sollte einerseits das durch die „Wiedervereinigung“ erstarkte Deutschland „europäisiert“ werden. Wirtschaftlich zielte der Vertrag, indem er zu ausgeglichenen Staatshaushalten, einem Vorrang der Währungsstabilität und zum Abbau der öffentlichen Schulden verpflichtete, darauf, die finanzpolitischen Instrumente der staatlichen Krisenbekämpfung abzubauen. Die in Maastricht errichtete Wirtschafts- und Währungsunion diente ausschließlich den Konzernen und dem Finanzkapital. Die mehrheitlich sozialdemokratischen Regierungen, die diesen Vertrag abschlossen, ersetzten damit sehenden Auges das Keynes'sche Rezeptbuch durch die Giftküche der neoklassischen Ökonomie.

Die KPÖ hatte ihre Ablehnung eines Beitritts Österreichs zur EU von allem Anfang an aus einer linken und internationalistischen Sicht begründet.

- Die EU-Mitgliedschaft widerspreche der Neutralität. Ein neutrales Österreich sollte dafür eintreten, dass sich nach dem Warschauer Vertrag auch die NATO auflöste. Statt selber aufzurüsten, solle Europa von Atomwaffen und Militärstützpunkten befreit werden.
- Sozial würde die Übernahme der Maastricht-Kriterien zu steigender Arbeitslosigkeit, weiterer Privatisierung und zu Sozialabbau führen. Die hohe industrielle Kompetenz und die noch in öffentlichem Eigentum stehenden Wirtschaftssektoren bildeten eine Basis für eine wirtschaftspolitische Alternative.
- Österreich könne mit der EU auch in anderer Weise als durch Beitritt zusammenarbeiten.
- Da auch der Euratom-Vertrag mit der EU-Mitgliedschaft übernommen würde, der zum Import von Atomstrom verpflichtet, wäre das „Atomsperrgesetz“ entwertet.
- Die Verlagerung von acht Zehnteln der gesetzgeberischen Kompetenzen an untransparente EU-Gremien bedeute eine Entdemokratisierung. Das führe nicht zu mehr Weltoffenheit, sondern leite Wasser auf die Mühlen der populistischen und fremdenfeindlichen Rechten.

Im Juni 1994 wurde in der Volksabstimmung mit Zweidrittel-Mehrheit für den Beitritt entschieden. Im Vorfeld war Österreich von einer Propagandalawine überrollt worden, an der sich neben der Regierung die „Sozialpartner“, in vorderster Linie der ÖGB, die Medien, allen voran ORF und „Kronen Zeitung“ beteiligten.

Am 1. Jänner 1995 trat der EU-Beitritt in Kraft. Jeder einzelne von der KPÖ vorgebrachte Einwand erwies sich in der Folge als zutreffend.

Mit Verweis auf die EU-Mitgliedschaft forcierte die Regierung ihr Privatisierungs- und Sozialabbauprogramm. 1999 erreichte die Arbeitslosigkeit eine Rekordmarke. Seit Mitte der 1980er-Jahre war die Lohnquote ständig gesunken, während die Gewinne umgekehrt Jahr für Jahr wuchsen.

Zwischen 1986 und 1999 war auch der Stimmenanteil der FP von 6 auf 27 Prozent angestiegen. Im selben Maß, in dem sich die SPÖ-ÖVP-Regierung als eine „Koalition des Aussackler“ (KPÖ-Plakat in den 1990er-Jahren) betätigte, stieg der Stern des 1986 zum FP-Obmann ausgerufenen Jörg Haider, der sich mit ausländerfeindlichen Hetzparolen als „Schutzherr des Kleinen Mannes“ aufspielte.

Die SPÖ-Politik erleichterte dies, indem sie vor den ausländerfeindlichen Parolen immer weiter zurückwich. Zur Lösung des von der FP erfundenen „Ausländerproblems“ versprach die SPÖ 1992 auf einem Großplakat „Gesetze statt Hetze“ zu liefern. Ein von der FP 1998 initiiertes „Ausländer-Volksbegehren“ blieb aufgrund einer demokratischen Massenmobilisierung, an der sich auch die KPÖ beteiligt hatte, weit unter den Erwartungen. Haiders Wahlerfolge setzten sich aber fort.

Bei den Nationalratswahlen 1999 erlitten die beiden Koalitionsparteien neuerlich Verluste. Die SPÖ blieb zwar stärkste Partei, die ÖVP rutschte allerdings mit 26 Prozent auf den 3. Platz hinter die FP (27 Prozent). Im Februar 2000, nach monatelangem taktischen Spiel, präsentierte Wolfgang Schüssel sein erstes Kabinett, die erste schwarz-blaue Regierung der Zweiten Republik.

Zwar war der Entrüstungsschrei aus der SPÖ-Zentrale die eine solche „Wende“ bis zuletzt für unmöglich gehalten hatte, wenig überzeugend. Immerhin war es die SPÖ selbst gewesen, die 1970 eine Minderheitsregierung auf die FP unter Friedrich Peter, einen ehemaligen SS-Offizier, stützte. Die SPÖ war es auch gewesen, die 1983 erstmals ein Regierungsbündnis mit der FP eingegangen war.

Für viele Menschen stellte aber die Regierungsbeteiligung einer offen ausländerfeindlichen Partei, deren Führer bei zahlreichen Gelegenheiten Sympathien für das NS-Regime durchscheinen ließ, eine schiere Unerträglichkeit dar. Hunderttausende demonstrierten im Februar 2000 auf dem Wiener Heldenplatz ge-

gen die neue Regierung. Während des gesamten Monats fanden täglich Massendemonstrationen gegen „Schwarz-Blau“ statt. Vom Februar 2001 bis zum Ende der Regierung Schüssel I im Oktober 2002 wurden in Wien die „Donnerstags-Demonstrationen“ durchgeführt. An allen diesen Aktionen waren die KPÖ und viele KommunistInnen wesentlich beteiligt.

Im „Widerstand“ gegen „Schwarz-Blau“ wurde mehr als früher über die Verantwortung der SPÖ-Führung für das Erstarken der Rechten debattiert. Von der neuen Regierung erwartete man allerdings eine Verschärfung der antisozialen Gangart. Obwohl sich zahlreiche BetriebsrätInnen und FunktionärInnen an den Aktionen gegen „Schwarz-Blau“ beteiligten, ließ der ÖGB bereits im Februar 2000 mitteilen, dass er die Proteste nicht weiter unterstützen werde.

Die bislang letzte Möglichkeit, ein Bündnis mit neuen sozialen Bewegungen zu schließen, versäumte der ÖGB im Juni 2003. Zur Abwehr der schwarz-blauen „Pensionsreform“ hatte der ÖGB-Bundesvorstand zu einem Generalstreik aufgerufen, was auch von den KommunistInnen unterstützt wurde. Wenig später fand in Hallein das erste „Austrian Social Forum“ statt, an dem 2.000 VertreterInnen der eben in Österreich entstehenden globalisierungskritischen Bewegung zur Unterstützung der Gewerkschaftsaktionen aufriefen. Auch daran war die KPÖ maßgeblich beteiligt.

Der Streik wurde im Juni diszipliniert und lückenlos durchgeführt, von der ÖGB-Spitze aber, ohne die Rücknahme der Pensionskürzungen erreicht zu haben, beendet. Heute weiß man, dass damals gerade die Spekulationsverluste aus den Überseegeschäften der Gewerkschaftsbank BAWAG schlagend wurden. Streikenden und der breiten Öffentlichkeit wurde die bittere Wahrheit, die aber außer der Gewerkschaftsführung auch der Regierung bekannt war, noch bis 2006 vorenthalten: Der ÖGB war seines gesamten Vermögens verlustig gegangen. Ganz abgesehen vom fehlenden politischen Willen war der ÖGB zu diesem Zeitpunkt weder zu einer konsequenten Interessensvertretung seiner Mitglieder noch zu einer offensiven Gesellschaftspolitik in der Lage.

1999 brachte eine weitere Wende. Am 4. April begann das durch kein völkerrechtliches Mandat legitimierte NATO-Bombardement der Republik Jugoslawien. Erstmals seit 1945 fielen Bomben auf europäische Großstädte.

Das von Slobodan Milosevic autoritär geführte „Rest-Jugoslawien“ befand sich 1999 auf dem Weg einer regulierten kapitalistischen Restauration. Der von der „Sozialistischen Partei“ entfachte Nationalismus hatte wesentlich zum Zerfall des multinationalen Jugoslawien Tito'scher Prägung beigetragen. Allerdings hatten die von der NATO geflogenen Angriffe nicht, wie propagandistisch behauptet wurde, die Aufgabe, die Beendigung ethnischer Säuberungen zu erzwingen. Solche wurden zur selben Zeit auch in anderen Regionen Ex-Jugosla-

wiens und auch von mit der NATO verbündeten Kräften betrieben. Das strategische Ziel der Luftangriffe bestand, wie man heute weiß, in der staatlichen Abtrennung des Kosovo, die einen Teil der durch die EU und die USA beabsichtigten politischen Neuordnung des Balkans bildete.

Die KPÖ protestierte gegen die Bombardierungen. An die jugoslawische Regierung richtete sie die Forderung, die nationalen Konflikte friedlich zu lösen. An jedem der 78 Tage bis zur Beendigung des Luftkrieges der NATO beteiligte die Kommunistische Partei sich an den öffentlichen Protesten, die vor allem von der serbischen Diaspora getragen wurden.

Zwei Jahre später, nach den terroristischen Attacken auf das World Trade Centre, ging die neu gewählte US-Regierung unter George W. Bush im globalen Maßstab zu einer aggressiven Militärstrategie über. Den Schock ausnützend, den der Anschlag von New York weltweit ausgelöst hatte, erfolgte die Bombardierung und anschließende Besetzung Afghanistans.

Allerdings war um die Jahrhundertwende mit den globalisierungskritischen Bewegungen und dem Welt Sozial Forum in Porto Alegre eine weltweite Gegenkraft entstanden. Im Februar 2003 folgten Millionen Menschen auf der ganzen Welt dem Aufruf des Welt Sozial Forums zu Protestaktionen gegen den bevorstehenden Irak-Krieg. In Wien beteiligten sich 30.000 Menschen an der vom „Austrian Social Forum“ veranstalteten Demonstration, auf der nicht nur die US-Aggression verurteilt wurde, sondern auch die blutige Diktatur Saddam Husseins im Irak.

Fortschritte, Probleme, Klärungen

Gleichzeitig mit der Orientierung in den in den 1990er-Jahren entstandenen neuen innen- und außenpolitischen Realitäten musste die KPÖ aber einen internen und finanziellen Neubeginn zustande bringen.

Der 28. Parteitag, zu dem nach dem Abgang der Parteiführung um Waler Silbermayr und Susanne Sohn alle Mitglieder als stimmberechtigte Delegierte eingeladen waren, hatte im Juni 1991 in Graz stattgefunden und einen Bundesvorstand sowie Margitta Kaltenegger zur Bundessprecherin, Otto Bruckner und Julius Mende zu Bundessprecher, Michael Graber zum Finanzreferenten und Walter Baier zum Bundessekretär gewählt.

Auf dem Parteitag wurde in einer politisch-ideologischen Erklärung mit großer Mehrheit beschlossen,

- die Kommunistische Partei nicht aufzulösen und auch nicht umzubenennen,
- mit Stalinismus und Dogmatismus zu brechen,
- einen Sozialismus demokratischen Charakters anzustreben,

- die Option einer Vereinigung mit anderen linken Kräften langfristig offenzuhalten.

Hinter einer scheinbar großen Einmütigkeit waren allerdings einander ausschließende Vorstellungen über die Zukunft der KPÖ zu erkennen.

Interpretierte die Mehrheit der Parteiführung die Beschlüsse als Auftrag, die mit dem Begriff „Erneuerung“ umschriebene Parteireform fortzusetzen, so verstanden sie die Dogmatiker als taktische Zugeständnisse. Noch hoffte man die „Neuen“ durch Druck und Drohungen wieder auf den „Tugendpfad des Marxismus-Leninismus“ zurückführen zu können. Falls diese sich aber nicht beugten, so könnte man sie ja, wie das Beispiel der erst kürzlich zurückgetretenen Parteiführung zu beweisen schien, auch rasch wieder los werden.

Die Gegensätze in der Partei waren Ausdruck der Identitätskrise, in der sich die kommunistische Bewegung weltweit befand, und diese erfasste diejenigen Parteien am heftigsten, die sich mit dem sowjetischen Modell noch während der Phase seines sichtbaren Niedergangs identifiziert hatten.

Notwendig wäre in dieser Lage vor allem eine hohe Konflikt- und Kompromisskultur gewesen. Eine solche war aber dem von Stalin geprägten „Marxismus-Leninismus“ fremd. In seiner Denkwelt waren aufgrund des ideologischen Absolutheitsanspruches abweichende Meinungen weder zugelassen, noch konnten sie einfach als Irrtümer qualifiziert werden. Sie mussten vielmehr „entlarvt, als „revisionistisch“, „opportunistisch“ „parteizerstörend“ usw. gebrandmarkt und ausgeschlossen werden.

Stalinismus ist religiöses Eiferertum in weltlicher Verkleidung. Zu anderen Zeiten konnte dieses auch einen blutigen Verlauf nehmen. In den 1990er-Jahren veranlasste es die GegnerInnen der „Erneuerung“ lediglich dazu, sich zur „Fundamentalopposition“ zu erklären und sich als „Fraktion“ zu organisieren.

Ein dreiviertel Jahr nach dem 28. Parteitag machten sie das durch die Herausgabe einer eigenen Kampfschrift bekannt. In deren „Proponentenkomitee“, hinter dem der ehemalige ZK-Sekretär Erwin Scharf stand, der schon 1968/69 eine Schlüsselrolle bei der Parteispaltung gespielt hatte, deklarierten sich weitere Akteure des seinerzeitigen Dramas.

Auf dem 29. Parteitag, 1994 in Linz, gab sich die KPÖ ein neues Statut, beschloss einen programmatischen Text („Grundzüge einer Neuorientierung“), der den eingeschlagenen Weg bekräftigte, und wählte Walter Baier zum Vorsitzenden.

Mehrheitlich wurde vom Parteitag auch entschieden, dass sich die KPÖ trotz der schwierigen Lage, in der sie sich befand, an den bevorstehenden Nationalratswahlen beteiligen sollte.

KPÖ-Wahlergebnisse 1994–2008

1994 (NR)	1995 (NR)	1996 (NR)*	1999 (EU)	1999(NR)	2002 (NR)	2006(NR)	2008(NR)
11.919	13.939	17.656	20.497	22.016	27.568	47.578	37.362

*) Die KPÖ trat bei diesen Wahlen gemeinsam mit der trotzkistischen Gruppe „SOV“ an.

Die politische Qualität dieses langsamen Aufbaues einer neuen WählerInnen-schaft wird deutlich, wenn man neben der medialen Ausgrenzung das undemokratische österreichische Wahlrecht bedenkt, das vielen, die mit der KPÖ inhaltlich übereinstimmen, eine Stimme für die Partei als „verloren“ erscheinen lässt. (Gälte übrigens bei den Nationalratswahlen ein demokratisch proportionales Wahlrecht, das heißt, würden alle abgegebenen Stimmen gleich viel zählen, so wäre die KPÖ 2006 in den Nationalrat eingezogen.)

Welchen Unterschied das Vorhandensein einer institutionellen Vertretung macht, verdeutlicht das Beispiel Graz. Bei den Grazer Gemeinderatswahlen, die 1988, noch knapp vor der „Zeitenwende“ stattgefunden hatten, konnte das damals einzige Mandat knapp gehalten werden. 1993, in geänderter politischer Lage, und vor allem dank kluger und beharrlicher Politik baute die Grazer KPÖ ihre Position auf zwei Gemeinderatsmandate aus. Damit schuf sie die Basis für den 1998 geglückten Einzug Ernest Kalteneggers in den Stadtsenat und in den steirischen Landtag 2005.

1993 war das Vermögen der KPÖ durch die deutsche Regierung rechtswidrig beschlagnahmt worden. Die Folge war nicht nur eine jahrzehntelange gerichtliche Auseinandersetzung, sondern vor allem eine schwelende Finanzkrise. Die Einsparungen, Personalkürzungen und Immobilienverkäufe, zu denen die Parteiführung auch schon vor der endgültigen Enteignung im Oktober 2003 gezwungen war, kollidierten immer wieder mit Interessen einzelner Parteigliederungen und führten zu häufigen Konflikten.

Ein weiteres Feld parteiinterner Auseinandersetzungen entstand, als die KPÖ auf dem 30. Parteitag 1997 ein feministisches Frauenprogramm beschloss und Heidi Ambrosch zur Frauenvorsitzenden wählte. Für die Dogmatiker stellte das Frauenprogramm und die Wahl einer feministischen Politikerin in eine Top-Position der Partei eine „kleinbürgerliche Abweichung“ vom „Marxismus-Leninismus“ dar, die sie mit aller Leidenschaft bekämpften.

Auf dem 31. Parteitag (Dezember 2000) und dem 32. Parteitag (Juni, 2003), auf denen die fraktionelle Teilung der Partei vollständig sichtbar geworden war, wurde Walter Baier jeweils mit Mehrheit als Parteivorsitzender bestätigt.

Vier politische Entscheidungen des Bundesvorstands standen vor allem im Zentrum der Angriffe der Parteioption.

- Die Abrechnung mit dem Stalinismus und die Herausgabe einer Dokumentation über das Schicksal der Stalinismus-Opfer aus den Reihen der KPÖ,
- die Teilnahme der Partei an den Neuen Sozialen Bewegungen, insbesondere dem „Widerstand gegen Schwarz-Blau“, den Sozialforen und der feministischen Frauenbewegung,
- die KPÖ als eine pluralistische, demokratische Linkspartei neu zu positionieren,
- und der Beitritt der KPÖ zur Partei der Europäischen Linken.

In die letzte Phase trat die interne Auseinandersetzung in der KPÖ im Herbst 2003 ein aufgrund der jeder Rechtsstaatlichkeit spottenden endgültigen Enteignung durch ein deutsches Gericht. Für das Überleben der Partei war notwendig geworden, in kürzester Zeit, alle Parteiangestellten zu kündigen, die Wochenzeitung „Volksstimme“ einzustellen und alle von der Partei nicht genutzten Immobilien zu verkaufen.

Kaum eine andere Partei hätte einen Schlag dieser Wucht verdauen können. Während intern die dringendsten Schritte zur organisatorischen und finanziellen Festigung der Partei eingeleitet wurden, beteiligte sich die KPÖ extern an einem Wahlbündnis zu den im Frühjahr 2004 abgehaltenen Europaparlamentswahlen. Die „Opposition für ein solidarische Europa“ mit dem Spitzenkandidaten Leo Gabriel erreichte dabei 19.530 Stimmen.

Im Sommer wurde der 32. Parteitag, wie es das Statut vorsah, vom Bundesvorstand der KPÖ als Delegiertenparteitag für Anfang Dezember 2004 nach Linz einberufen.

Die Parteioption versuchte, die kritische Lage in ihrem Sinn zu nützen. Zuerst wurde versucht, den nur sechsköpfigen Bundesvorstand durch Rücktritte handlungsunfähig zu machen. Von anonymer Seite wurde beim Finanzamt Wien eine Strafanzeige gegen die KPÖ wegen angeblicher Steuerhinterziehung abgegeben. In weiterer Folge beantragte eine Gruppe von Parteimitgliedern beim Handelsgericht, die Abhaltung des 32. Parteitages wegen behaupteter Statutenwidrigkeit behördlich zu untersagen. Erstmals seit 1945 war ein Parteitag durch ein Verbot bedroht, absurderweise jedoch aus den eigenen Reihen. Auch wenn die Finanzanzeige mangels eines Tatbestandes sehr rasch zurückgelegt und der Antrag, den Parteitag zu untersagen, vom Gericht abgewiesen wurde, bewiesen die Vorgänge doch die Unhaltbarkeit der inneren Situation.

Inhaltlich und moralisch war die Auseinandersetzung in der KPÖ zu diesem Zeitpunkt bereits entschieden. Vom 28. Parteitag 1991 bis 2004 hatte die Partei auf insgesamt 20 breiten gesamtösterreichischen Zusammenkünften, Parteitag, Bundesfrauenversammlungen und Parteikonferenzen, im Schnitt also fast

jedes halbe Jahr, getagt, im Rahmen derer alle inhaltlichen und methodischen Fragen der KPÖ-Politik entschieden wurden.

Als der 32. Parteitag im Dezember 2004 mit klarer Mehrheit beschloss, die Gruppe von 10 Mitgliedern, die bei Gericht die Untersagung des Parteitages beantragt hatten und die auch den harten Kern der dogmatischen Fraktion bildeten, aus der Partei auszuschließen, war das nicht in erster Linie die statutarische Lösung eines unerträglich gewordenen Konflikts. Es war vor allem eine inhaltliche Richtungsentscheidung im Ergebnis einer mehr als zehn Jahre dauernden Diskussion. Der Landesvorstand der KPÖ-Steiermark, in dem es Sympathien für die Haltungen der „Parteiopposition“ gegeben hatte, protestierte zwar gegen die getroffene Entscheidung, entschied sich aber für den Verbleib in der KPÖ.

Der 32. Parteitag bildete eine Zäsur. Jahrzehntlang war die Geschichte der KPÖ gekennzeichnet durch immer wieder neu entflammende Konflikte zwischen ihrer demokratischen, emanzipatorischen Tendenz auf der einen Seite und einem Diskurs, der sich an der autoritären Dogmatik des sowjetischen Kommunismus orientierte, auf der anderen. Regelmäßig endeten diese mit der Niederlage und Ausgrenzung von VertreterInnen eines emanzipatorischen und demokratischen Kommunismus. Der menschliche, politische und kulturelle Schaden, den sich die KPÖ dadurch selbst zugefügt hat, wuchs über die Jahrzehnte zu ihrer größten politischen Hypothek an.

In den späten 1990er-Jahren hatten sich diese Auseinandersetzungen neuerlich so weit verschärft, dass eine Entscheidung unausweichlich wurde. Neu an der Situation war allerdings, dass der Dogmatismus nicht mehr als Verkörperung der wirtschaftlichen und politischen Macht der in Osteuropa regierenden Parteien auftreten konnte, sondern gezwungen war, sich in seiner ganzen schlichten Wahrheit zu präsentieren, als autoritäre Denkweise auf Grundlage sozialistischer Rhetorik. Dies war in der KPÖ nicht mehr mehrheitsfähig.

Die Partei hat sich somit erstmals in ihrer jüngeren Geschichte mehrheitlich nicht für, sondern gegen den Dogmatismus entschieden und beschlossen, sich als pluralistische demokratische Linkspartei im Rahmen der Europäischen Linken zu positionieren.

Im März 2006 trat Walter Baier als Bundesvorsitzender der KPÖ ab. Der 33. Parteitag, der im November 2007 in Wien stattfand, wählte Melina Klaus zur Bundessprecherin, Mirko Messner zum Bundessprecher und Leo Furtlehner zum Parteikoordinator.

Im zehnten Jahrzehnt

Die KPÖ, die nach der Befreiung vom Faschismus bis zu 130.000 Mitglieder zählte, ist in den Jahrzehnten der Zweiten Republik wieder zu einer Kleinpartei geworden. Seit den 1990er-Jahren weist ihr Trend bei Wahlen aber nach oben, und mit den Wahlergebnissen seit 2006 konnte sie wieder das Stimmenniveau der 1970er-Jahre erreichen. KommunistInnen sind in den Gewerkschaften aktiv, nehmen kommunale Positionen ein, und die Partei ist erstmals seit vielen Jahren wieder in einem Landtag vertreten.

Doch das reicht nicht aus, um einen maßgeblichen Faktor der österreichischen Innenpolitik zu bilden.

Das in Europa vorherrschende neoliberale System des Kapitalismus gerät international und auch in Österreich in eine Krise.

Sozialdemokratische Parteien, quer über den Kontinent, werden von ihren WählerInnen fast fluchtartig verlassen. Gewerkschaften, die den neoliberalen Sozialabbau hinnahmen und die neoliberalen Arbeitsmarktreformen der EU mittragen, verlieren Mitglieder, Macht und Einfluss.

Auf bisherigen politischen Wegen scheint kein Ausweg in Sicht. Nicht zuletzt zeigen die jüngsten Wahlen in Europa, dass, wenn dem politischen Verfall der Sozialdemokratie nicht das politische Programm einer konsequenten und konsequent erneuerten Linken entgegengesetzt wird, die Folge der aktuellen politischen Krise nicht eine Links- sondern eine Rechtsentwicklung, ansteigender Rassismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit sein werden.

Was kann angesichts dessen aus der Geschichte der KPÖ gewonnen werden?

90 Jahre Kommunismus in Österreich sind vor allem neun Jahrzehnte kämpferischer Interessensvertretung, unkorrupter Politik und Widerstand gegen die Herrschenden. Eine Abwägung des Guten und des Schlechten ergibt: Keine andere Partei in Österreich kann auf eine solche Kontinuität des aufrechten Gangs durch die Geschichte verweisen. Österreichs KommunistInnen blicken daher in einem nachdenklich und gleichzeitig selbstbewusst auf ihren Weg durch das 20. Jahrhundert.

Selbst eine kritische Bilanz ergibt, dass die Geschichte der KPÖ nicht ausschließlich und auch nicht in erster Linie durch ein unkritisches Verhältnis zum Stalinismus geprägt war. Allein durch ihren Widerstand gegen die beiden Diktaturen in Österreich erwiesen sich Zehntausende KommunistInnen als DemokratInnen und HumanistInnen der Tat. Doch auch für den innersten Führungskreis,

der den Stalinismus ideologisch verteidigt und beschönigt hatte, ja auch für einzelne seiner Mitglieder, lässt sich der Konflikt zweier Konzeptionen, einer demokratisch emanzipatorischen und einer dogmatisch autoritären als roter Faden durch die Geschichte verfolgen.

Der hierzulande herrschende Antikommunismus verstellt daher die Sicht auf etwas Wesentliches: wie groß der Erfahrungswert und der kulturelle Reichtum des österreichischen Kommunismus tatsächlich ist, an dessen Geschichte Hunderttausende Menschen mitgewirkt haben, Es wäre fatal, würden die KommunistInnen sich diesem Antikommunismus beugen. Sie werden es nicht tun. Sie wollen sich von der Geschichte ihrer Bewegung nicht trennen, sondern sie kritisch aufarbeiten, für künftige Aufgaben nutzbar machen und mit der gesamten Linken teilen. Dabei ist heute deutlicher als früher erkennbar, auf welcher vielfältigen Weise diese mit der Europäischen Linken verknüpft ist, in deren Rahmen sich die KPÖ stellt.

Der bedeutende Theoretiker der österreichischen Arbeiterbewegung, Otto Bauer, hat aus der Niederlage des Februar 1934 gefolgert, dass die Zukunft der sozialistischen Bewegung einem „integralen Sozialismus“ gehöre, das heißt, einer Erneuerung des Sozialismus, die die gegensätzlichen Traditionen seiner getrennten Ströme in einer Synthese von neuer und höherer Qualität aufheben würde. Einige der Gründe, weshalb diese Vision nicht Wirklichkeit wurde, mag man der vorliegenden Arbeit entnommen haben.

Doch damit ist die Geschichte nicht zu Ende.

Eine neue gemeinsame Linke, die verschiedene Strömungen und Traditionen umfasst, kann nicht auf dem Reißbrett entstehen. Ihre Sammlung setzt Auseinandersetzungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, namentlich auch in den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und bei den Grünen voraus. Sie muss Ausdruck eines tatsächlichen breiten politischen Bedürfnisses und nicht nur des guten Willens Einzelner sein.

Die KPÖ ist bereit, den Weg einer neuen Einheit der konsequenten Linken zu gehen, wenn die Voraussetzungen dafür bestehen, und sie wird das Ihre dazu beizutragen, sie zu schaffen.

Impressum:
Kommunistische Partei Österreichs
Drechslergasse 42, 1140 Wien

Layout: Matthäus Zinner
Alle Fotos: KPÖ Archiv
Eigenvervielfältigung.